



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

3

# Voranschlag

Zusatzerläuterungen  
und Statistik

2010

## **Impressum**

### **Redaktion**

Eidg. Finanzverwaltung; SECO (Kap. 3)  
Internet: [www.efv.admin.ch](http://www.efv.admin.ch)

### **Vertrieb**

BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern  
[www.bbl.admin.ch/bundespublikationen](http://www.bbl.admin.ch/bundespublikationen)  
Art.-Nr. 601.200.10d

# INHALTSÜBERSICHT

## **Band 1 Bericht zum Voranschlag**

Kommentar zum Voranschlag

Voranschlag

Kennzahlen des Bundes

Entwurf zum Bundesbeschluss über den Voranschlag für das Jahr 2010

## **Band 2A Voranschlag der Verwaltungseinheiten - Zahlen**

Voranschlagskredite und Ertragspositionen

Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen

## **Band 2B Voranschlag der Verwaltungseinheiten - Begründungen**

Voranschlagskredite und Ertragspositionen

Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen

Zusätzliche Informationen zu den Krediten

## **Band 3 Zusatzerläuterungen und Statistik**

Zusatzerläuterungen

Statistik

## **Band 4 Sonderrechnungen**

Fonds für die Eisenbahngrossprojekte

Infrastrukturfonds

Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen

Eidgenössische Alkoholverwaltung

## **Band 5 Finanzplan 2011-2013**

Zahlen im Überblick

Ausgangslage, Strategie und Ergebnisse

Finanzplan 2011-2013

Anhang

## **Aufbau der Finanzberichterstattung**

*Band 1* informiert in konzentrierter Form über die finanzielle Lage des Bundeshaushalts. Der Anhang liefert wesentliche Zusatzinformationen für die Beurteilung des Zahlenwerks. In *Band 2* werden alle Informationen im Zusammenhang mit den Voranschlagskrediten und Ertrags- bzw. Einnahmenpositionen ausgewiesen. Im Unterschied zu den Bänden 1 und 3 sind in den Voranschlagskrediten und Ertragspositionen die Aufwände und Erträge aus der Leistungsverrechnung zwischen den Verwaltungseinheiten enthalten. Band 2A enthält die Zahlen, Band 2B die Begründungen. *Band 3* geht im Kapitel «Zusatzerläuterungen» unter anderem vertiefend auf einzelne Einnahmen- und Ausgabenpositionen ein, stellt Sensitivitätsanalysen für unterschiedliche Konjunkturszenarien dar und erläutert Querschnittsfunktionen (Personal, Informations- und Kommu-

nikationstechnologien, Bundestresorerie sowie die FLAG-Steuerung). Der Statistikteil zeigt detaillierte Finanzinformationen im Mehrjahresvergleich.

*Band 4* enthält die Sonderrechnungen, welche ausserhalb der Bundesrechnung (Bände 1-3) geführt werden.

*Band 5* zeigt die Entwicklung des Haushalts in den Finanzplanjahren. Die wesentlichen Aussagen finden sich im eigentlichen Berichtsteil. Weitergehende Informationen gibt der Anhang zum Bericht, welcher standardisierte Übersichten für jede der 44 Aufgaben der funktionalen Gliederung (Aufgabenportfolio) sowie der wichtigsten Einnahmenpositionen abbildet.

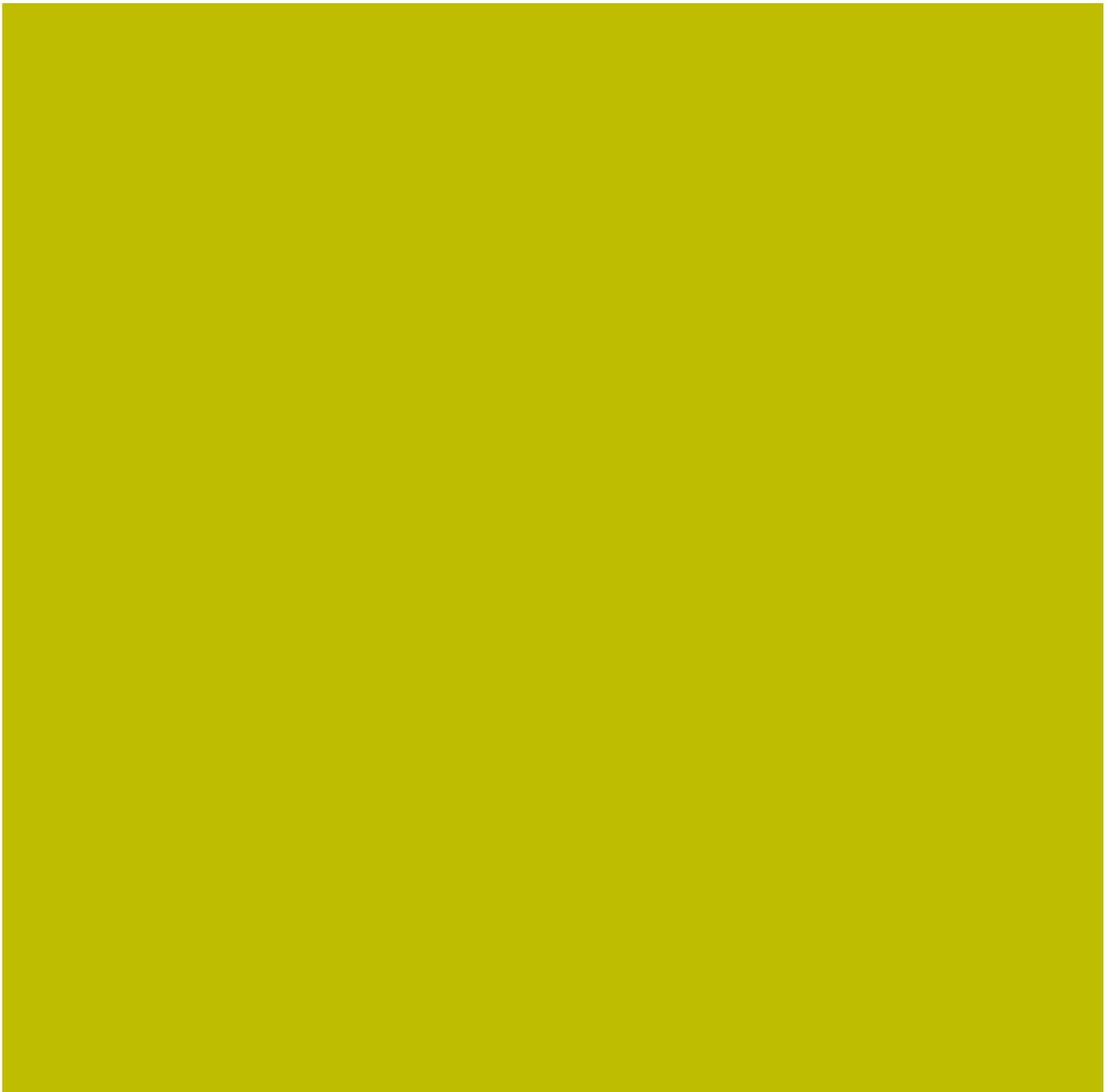


**Zusatzerläuterungen und Statistik**

	Seite
<b>Zusatzerläuterungen</b>	<b>5</b>
1 Zusätzliche Erläuterungen zu ausgewählten Einnahmen	7
11 Direkte Bundessteuer	8
12 Verrechnungssteuer	10
13 Stempelabgaben	12
14 Mehrwertsteuer	14
15 Mineralölsteuer	15
16 Schwerverkehrsabgabe	16
17 Bedeutung des Finanzsektors für die Einnahmen des Bundes	17
2 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten	19
21 Soziale Wohlfahrt	20
22 Finanzen und Steuern	22
23 Verkehr	24
24 Landesverteidigung	25
25 Bildung und Forschung	26
26 Landwirtschaft und Ernährung	28
27 Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	29
28 Übrige Aufgabengebiete	30
3 Stabilisierungsmassnahmen der 3. Stufe	31
31 Notwendigkeit zusätzlicher Massnahmen	31
32 Massnahmen im Bereich des Arbeitsmarktes	32
33 Finanzhilfe für den Kauf von SuisseID-Karten	33
34 Zusätzliche Auslandpromotion von exportorientierten Industrienetzwerken	34
35 Volkswirtschaftliche Wirkungen der Stabilisierungsmassnahmen	34
4 Alternativszenarien	35
5 Querschnittsfunktionen	37
51 Personal	37
52 Informations- und Kommunikationstechnologien IKT	39
53 Bundestresorerie	41
54 Beratungsaufwand	42
6 Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget FLAG	43
7 Vergleich Finanzierungs- und Erfolgsrechnung	45
8 Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten	49
<b>Statistik</b>	<b>51</b>
A Übersicht	55
B Finanzierungsrechnung	59
B1 Einnahmen	59
B2 Ausgaben nach Kontengruppen	62
B3 Ausgaben nach Aufgabengebieten	66
B4 Ausgaben und Einnahmen zweckgebundener Fonds	74
C Erfolgsrechnung	79



## ZUSATZERLÄUTERUNGEN





Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010	Differenz zu VA 2009 absolut	%
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>63 894</b>	<b>59 968</b>	<b>58 133</b>	<b>-1 835</b>	<b>-3,1</b>
<b>Fiskaleinnahmen</b>	<b>58 752</b>	<b>55 514</b>	<b>53 613</b>	<b>-1 901</b>	<b>-3,4</b>
Direkte Bundessteuer	17 513	17 670	16 485	-1 185	-6,7
Verrechnungssteuer	6 460	3 019	3 010	-9	-0,3
Stempelabgaben	2 975	2 600	2 650	50	1,9
Mehrwertsteuer	20 512	21 240	20 260	-980	-4,6
Übrige Verbrauchssteuern	7 517	7 229	7 390	161	2,2
Mineralölsteuer	5 222	5 055	5 055	0	0,0
Tabaksteuer	2 186	2 067	2 229	162	7,8
Biersteuer	110	107	106	-1	-0,9
Verkehrsabgaben	2 137	2 123	1 945	-178	-8,4
Automobilsteuer	363	350	325	-25	-7,1
Nationalstrassenabgabe	333	313	320	7	2,2
Schwerverkehrsabgabe	1 441	1 460	1 300	-160	-11,0
Zölle	1 017	1 000	920	-80	-8,0
Spielbankenabgabe	455	482	370	-112	-23,2
Lenkungsabgaben	163	151	583	432	286,0
Übrige Fiskaleinnahmen	3	0	-	0	-100,0
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1 331</b>	<b>1 302</b>	<b>1 323</b>	<b>21</b>	<b>1,6</b>
Anteil Reingewinn Alkoholverwaltung	235	223	233	10	4,6
Gewinnablieferung SNB	833	833	833	0	0,0
Zunahme des Münzumsatzes	42	43	62	19	44,2
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	196	178	168	-10	-5,6
Übrige Regalien und Konzessionen	25	25	27	2	8,7
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>1 719</b>	<b>1 380</b>	<b>1 347</b>	<b>-33</b>	<b>-2,4</b>
Zinseinnahmen	715	527	564	37	7,0
Beteiligungseinnahmen	905	845	775	-70	-8,3
Übrige Finanzeinnahmen	99	8	8	0	6,2
<b>Übrige laufende Einnahmen</b>	<b>1 840</b>	<b>1 584</b>	<b>1 667</b>	<b>83</b>	<b>5,2</b>
Entgelte	1 441	1 222	1 256	33	2,7
Wehrpflichtersatzabgabe	140	135	140	5	3,7
Gebühren für Amtshandlungen	305	199	206	6	3,2
Rückerstattungen	186	61	98	38	62,1
EU Zinsbesteuerung	147	169	186	17	10,0
Übrige Entgelte	663	659	626	-33	-5,0
Verschiedene Einnahmen	399	362	412	50	13,7
<b>Investitionseinnahmen</b>	<b>252</b>	<b>188</b>	<b>183</b>	<b>-5</b>	<b>-2,8</b>

Die Grafik auf der nächsten Seite zeigt die Struktur der für 2010 budgetierten Einnahmen. Die Mehrwertsteuer bleibt mit rund einem Drittel an den Gesamteinnahmen die wichtigste Einnahmenquelle des Bundes. Gegenüber dem Vorjahresbudget senkt sich der Anteil wegen des konjunkturbedingten Rückgangs und dem Inkrafttreten der Mehrwertsteuerreform allerdings um 0,5 Prozentpunkte. Der Anteil der direkten Bundessteuer reduziert sich um 1,1 Prozentpunkte auf 28,4 Prozent – auch hier wirkt neben der Rezession ein Sonderfaktor (Sofortmassnahmen Ehepaarbesteuerung).

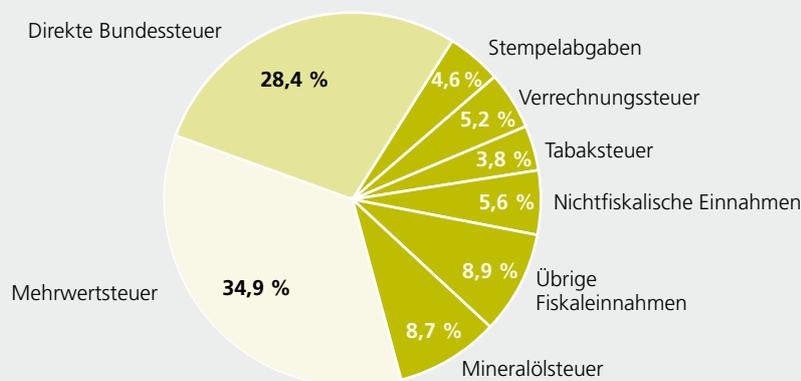
Sowohl die direkten Steuern (direkte Bundessteuer und Verrechnungssteuer) als auch die indirekten Steuern (d.h. alle anderen Fiskaleinnahmen) gehen in der Summe – immer verglichen mit dem Voranschlag 2009 – zurück. Der Rückgang der direkten

Steuern fällt indessen mit -5,8 Prozent stärker aus als derjenige der indirekten (-2,0 %). Der Unterschied liegt zur Hauptsache darin begründet, dass bei den indirekten Steuern der konjunkturbedingte Rückgang durch die erstmals im ordentlichen Haushalt verbuchten Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe gedämpft wird, während er bei der direkten Steuer durch die Wirkung der Sofortmassnahmen bei der Ehepaarbesteuerung noch verstärkt wird. Damit erhöht sich der Anteil der indirekten Steuern um 1,1 Prozentpunkte auf 60,9 Prozent, und derjenige der direkten Steuern geht um 0,9 Prozentpunkte zurück auf 33,6 Prozent.

Im Folgenden wird die Entwicklung einzelner Komponenten der ordentlichen Bundeseinnahmen kommentiert. Ausserdem wird die Bedeutung des Finanzsektors für die Einnahmen des Bundes beleuchtet.

## Struktur der Einnahmen

Ordentliche Einnahmen  
VA 2010: 58 133 Mio.



## 11 Direkte Bundessteuer

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010	Differenz zu VA 2009 absolut	%
<b>Direkte Bundessteuer</b>	<b>17 513</b>	<b>17 670</b>	<b>16 485</b>	<b>-1 185</b>	<b>-6,7</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	27,4	29,5	28,4		
Steuer auf Reinertrag juristischer Personen	8 509	8 151	7 491	-660	-8,1
Steuer auf Einkommen natürlicher Personen	9 097	9 669	9 114	-555	-5,7
Pauschale Steueranrechnung	-93	-150	-120	30	20,0

Die direkte Bundessteuer wird auf dem *Einkommen der natürlichen Personen* sowie auf dem *Reingewinn juristischer Personen* erhoben. Bei der Schätzung der Einnahmen der natürlichen Personen werden die Einkommen der Haushalte als Grundlage verwendet, bei den juristischen Personen die geschätzten Unternehmensgewinne. In beiden Fällen muss auch die zeitliche Verzögerung berücksichtigt werden, die sich aus dem Veranlagungs- und Bezugsverfahren ergibt.

Das Voranschlagsjahr 2010 ist das «Hauptfälligkeitsjahr» der Steuerperiode 2009: Auf den im Jahr 2009 erwirtschafteten Einkommen bzw. Gewinne werden die Steuern im Jahr 2010 fällig.

Im Frühjahr 2010 wird die Steuerschuld für die abgelaufene Steuerperiode 2009 erstmals in Rechnung gestellt. Diese Rechnung beruht jedoch noch auf einer provisorischen Veranlagung, in der Regel gestützt auf die Steuererklärung des Vorjahres (vgl. Schema). Die Steuerpflichtigen können aber der Steuerbehörde Änderungen in ihrer Einkommenssituation frühzeitig melden, damit dies bei der provisorischen Veranlagung berücksichtigt wird. Das Veranlagungs- und Bezugsverfahren führt zu einer effektiven Verzögerung von mindestens ein bis zwei Jahren zwi-

schen der Erwirtschaftung eines Einkommens oder Unternehmensgewinns durch den Steuerpflichtigen und der Verbuchung einer daraus entstehenden Einnahme durch den Bund. Zahlungen durch die Steuerpflichtigen, welche ein Steuerjahr betreffen, können sich über mehrere Jahre erstrecken und führen somit beim Bund auch zu «Eingängen aus früheren Perioden». Die definitive Veranlagung für das Steuerjahr 2009 liegt auch bei der Fälligkeit der Steuerschuld des darauf folgenden Steuerjahres (2010, per 31.3.2011) nicht in jedem Fall vor; im Schema ist dies durch die zeitliche Streckung der Zeitspanne für die definitive Veranlagung dargestellt.

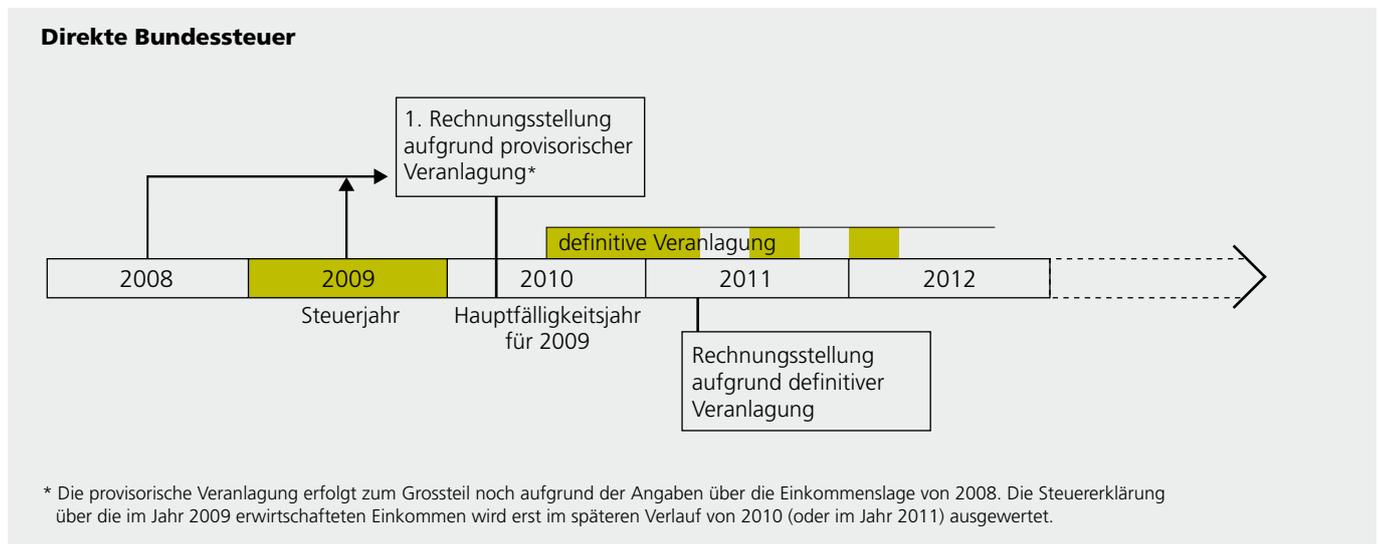
In den letzten Jahren ist eine Tendenz in Richtung einer Verkürzung der beschriebenen Verzögerung bei der Veranlagung zu beobachten, dies vor allem bei den bedeutendsten juristischen Personen. Diese melden der Steuerbehörde ihre steuerbaren Gewinne aus dem fälligen Steuerjahr frühzeitig. Die provisorische Rechnungsstellung erfolgt somit weitgehend auf Basis des Gewinns im fälligen Steuerjahr.

In den Rechnungsjahren 2005 bis 2008 verzeichneten die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer in Folge der Hochkon-

junktur noch hohe Zuwachsraten. Diese Tendenz wird im Voranschlagsjahr 2010 erstmals durchbrochen: Gegenüber dem Voranschlag 2009 nehmen die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer um rund 1,2 Milliarden ab. Die Gründe für den Einnahmerückgang sind sowohl konjunktureller als auch struktureller Natur. So sind die Auswirkungen der aktuellen Wirtschaftskrise erstmals auch bei der direkten Bundessteuer deutlich spürbar: Aufgrund der schlechteren Gewinnentwicklung in den Jahren 2008 und 2009 ist bei den Steuern auf dem Reinertrag juristischer Personen mit konjunkturbedingten Mindereinnahmen in der Höhe von rund 700 Millionen zu rechnen. Auch die Steuern auf dem Einkommen natürlicher Personen verzeichnen einen deutlichen Rückgang (-600 Mio.). Hierfür sind allerdings primär die Sofortmassnahmen bei der Ehepaarbesteuerung verantwortlich. Diese traten Anfang 2008 in Kraft mit dem Ziel, die steuerliche Ungleichbehandlung von Zweiver-

dieneerehepaaren gegenüber gleich situierten Konkubinatspaaren abzubauen. Die Massnahmen zur Milderung dieser steuerlichen «Heiratsstrafe» (Erhöhung des Zweiverdienerabzugs und Einführung eines Verheiratetenabzugs) entfalten 2010 erstmals ihre volle Wirkung und verursachen Mindereinnahmen von 650 Millionen. Der konjunkturbedingte Rückgang der Haushaltseinkommen im Jahr 2009 wirkt sich aufgrund des Veranlagungs- und Bezugsverfahrens erst im Jahr 2011 vollständig auf die Einnahmen des Bundes aus.

Die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer stehen dem Bund nicht vollumfänglich zur Verfügung. 17 Prozent oder 2,8 Milliarden der gesamten Erträge der natürlichen und juristischen Personen, vor Abzug der pauschalen Steueranrechnung (120 Mio.), gehen an die Kantone.



## 12 Verrechnungssteuer

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010	Differenz zu VA 2009 absolut	%
<b>Verrechnungssteuer</b>	<b>6 460</b>	<b>3 019</b>	<b>3 010</b>	<b>-9</b>	<b>-0,3</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	10,1	5,0	5,2		
Verrechnungssteuer (Schweiz)	6 446	3 000	3 000	0	0,0
Steuerrückbehalt USA	14	19	10	-9	-47,4

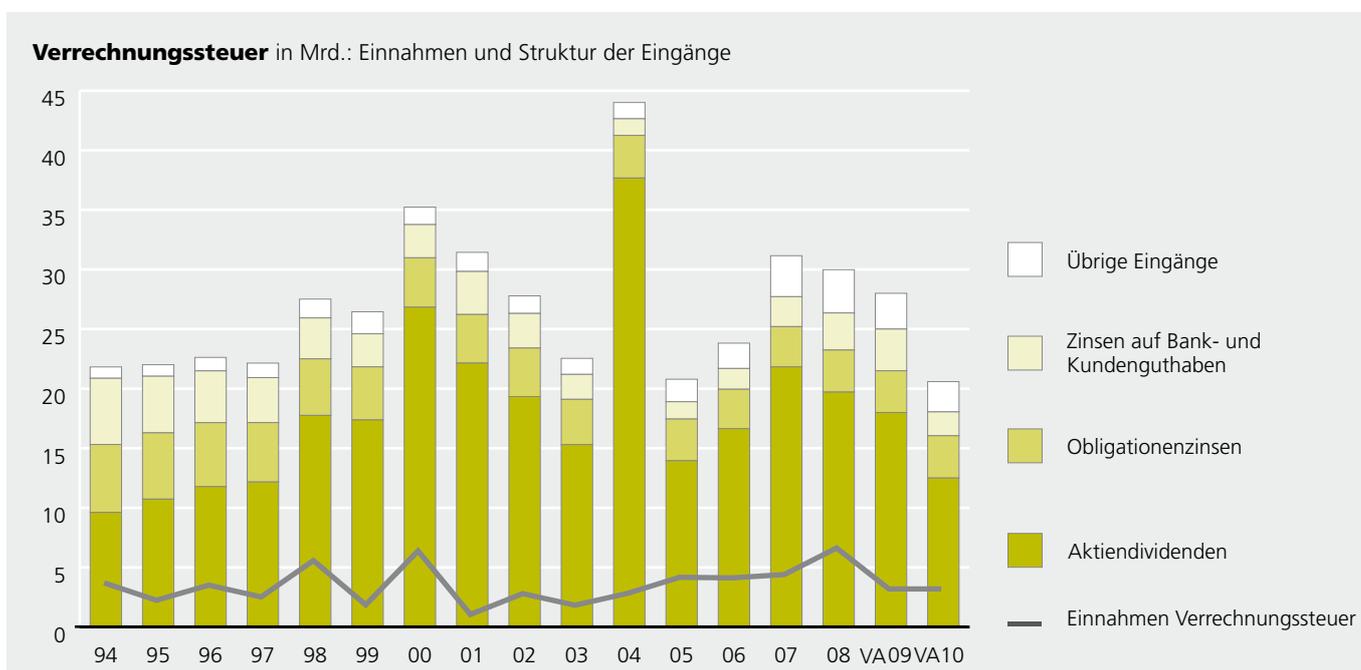
Die Verrechnungssteuer brachte in den letzten vier Jahren als Folge des aussergewöhnlich hohen Wirtschaftswachstums und insbesondere der Dynamik der Finanzmärkte hohe Erträge ein. Eine genaue Schätzung des zukünftigen Ertrags ist infolge der konjunkturellen Schwankungen und der von Natur aus unvorhersehbaren Sonderfaktoren, denen ihre Entwicklung unterliegt, kaum möglich. Deshalb wurde seit 2004 beschlossen, im Budget und im Finanzplan einen langjährigen Durchschnittsbetrag einzustellen.

Für das Jahr 2010 wurden erneut drei Milliarden veranschlagt. Dieser Betrag liegt zwar unter dem Zehnjahresdurchschnitt 1999-2008 (3,4 Mrd.), der durch die aussergewöhnliche Dynamik des Finanzsektors aufgebläht worden war. 2010 besteht dagegen eher das Risiko eines rückläufigen Ertrags. Der Konjunkturunbruch und die Schwierigkeiten des Bankensektors wirken wegen der zeitlichen Verzögerung zwischen den Steuereingängen und den Rückerstattungen naturgemäss dämpfend auf den Ertrag dieser Steuer. Dies umso mehr, als die Abweichung sogar grösser zu sein scheint als im Normalfall, da zahlreiche Gesellschaften mit der Einreichung ihrer Rückerstattungsgesuche noch zuwarten oder tiefere Akontozahlungen verlangen, weil die als Verrechnungssteuer abgezogenen Beträge sicher angelegt und zudem die marktüblichen kurzfristigen Zinssätze sehr niedrig sind. Da der in letzter Zeit verzeichnete Einnahmenüberschuss nicht als Gradmesser für künftige Rechnungsergebnisse

angesehen werden darf, scheint es unter diesen Umständen nicht angebracht, einen Ertrag von mehr als drei Milliarden ins Budget einzustellen.

Diese Steuer unterlag in der Vergangenheit starken Schwankungen. Nebst den Variationen, die auf buchungstechnische Änderungen zurückzuführen sind, ist diese Volatilität hauptsächlich durch zwei Faktoren bedingt: Zunächst handelt es sich bei dieser Fiskaleinnahme um eine *Saldogrösse*, das heisst sie resultiert aus der Differenz zwischen den Steuerabzügen (Einnahmen) und den Rückerstattungen, die auf Antrag vorgenommen werden. Ferner gibt es eine mehr oder weniger grosse *zeitliche Verzögerung* zwischen den Steuereingängen und den Rückerstattungsgesuchen.

Die Prognose einer *Saldogrösse* ist jedoch mit Unsicherheiten behaftet, da sich Fehleinschätzungen bei beiden für den Saldo massgeblichen Grössen kumulieren können. Die Eingänge bei der Verrechnungssteuer werden für 2010 ohne die Beiträge, die dem Meldeverfahren unterliegen, auf 20,5 Milliarden geschätzt, während sich der geschätzte Durchschnittsertrag nach Abzug der Rückerstattungen lediglich auf drei Milliarden beläuft. Aufgrund dieser Grössenordnungen ist eine Prognose umso mehr mit Unsicherheiten behaftet, als die verschiedenen Bestimmungsgrössen der Eingänge und der Rückerstattungen zahlreichen Unwägbarkeiten unterliegen. Auch eine nur geringfügige

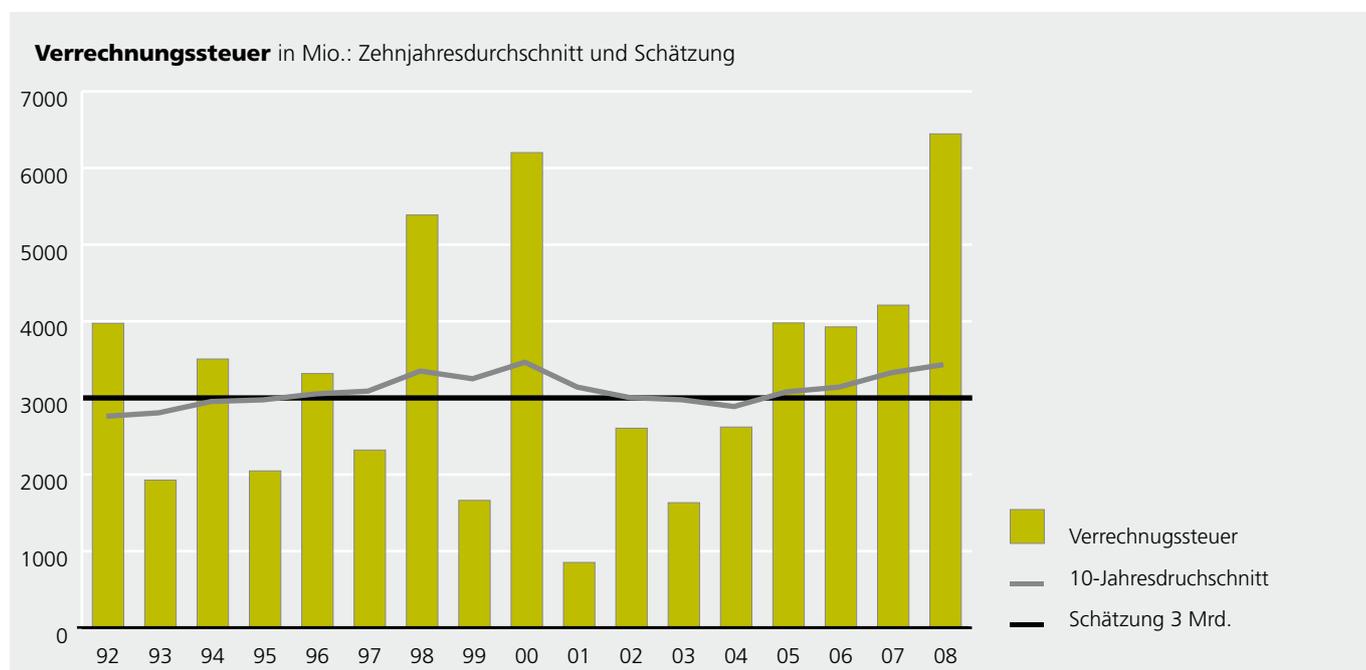


Änderung in der Entwicklung eines dieser Faktoren kann ohne weiteres Abweichungen in Höhe von dreistelligen Millionenbeträgen nach sich ziehen.

Insbesondere die Steuereingänge werden von zahlreichen schwankenden Faktoren (Dividendenausschüttungen, Bankkundenguthaben, Obligationenvolumen, Zinssätze) beeinflusst. Sie hängen sehr stark vom Volumen der Dividendenausschüttungen ab. Nicht nur die konjunkturelle Entwicklung beeinflusst sie, sondern auch die spezifische Situation in den einzelnen Wirtschaftszweigen sowie punktuelle Faktoren, unter anderem die Dividendenausschüttungs- oder Aktienrückkaufpolitik einiger Grossunternehmen. In jüngster Zeit war die Entwicklung dieser Einnahmenkategorie vom Finanzmarktzyklus und den Schwierigkeiten im Bankensektor geprägt. Ab 2010 wird im

Rahmen der Unternehmenssteuerreform II auf den Zinsen aller Kundenguthaben pro Kalenderjahr eine Freigrenze von 200 Franken gewährt, gegenüber einer bisherigen Freigrenze von 50 Franken, die ausschliesslich für die Zinsen von Sparheften galt. Die Auswirkungen dieser Massnahme sind nicht messbar.

Schliesslich sind Schätzungen der Verrechnungssteuer vor allem wegen der mehr oder weniger grossen zeitlichen Verzögerung zwischen der Verbuchung der Steuereingänge und dem Datum der Einreichung der entsprechenden Rückerstattungsgesuche sehr schwierig. Letztere können in der Tat mit einer mehr oder weniger grossen Verspätung eingereicht werden. Ihre Schätzung erweist sich deshalb als heikel, da weder das Datum ihrer Einreichung noch ihre Höhe genau voraussehbar sind.



Angesichts dieser zeitlichen Verzögerung übt der *Konjunkturzyklus* normalerweise einen grossen Einfluss auf die Entwicklung der Verrechnungssteuer aus. In einer wirtschaftlichen Aufschwungphase ist der Ertrag im Allgemeinen relativ hoch oder sehr hoch, während er im Zuge eines zyklischen Abschwungs dazu tendiert, deutlich rückläufig zu sein. So nehmen die Steuereingänge zum Beispiel nach einem Jahr kräftigen Wirtschaftswachstums infolge hoher Dividendenausschüttungen und häufig auch infolge eines Zinsanstiegs deutlich zu, während die verbuchten Rückerstattungen sich zum Teil noch auf die schwächeren Eingänge des Vorjahres beziehen, was das Verrechnungssteuersaldo aufbläht. Das war zwischen 2005 und 2008 der Fall. Im Gegensatz dazu ist in einem Konjunkturabschwung oder nach einer Trendwende im Finanzzyklus das Auseinanderklaffen zwischen den weniger schnell wachsenden Eingängen und den weiterhin hohen Rückerstattungsgesuchen tendenziell der Grund für einen Rückgang des Ertrags.

Die obige Grafik zeigt die Einnahmen aus der Verrechnungssteuer (Balken) und den Zehnjahresdurchschnitt (Kurve). Der

langjährige Durchschnitt ermöglicht nicht nur die Darstellung der charakteristischen sägezahnförmigen Entwicklung dieser Steuer bis zu Beginn des Jahrtausends (bedingt durch die zweijährige Veranlagung der natürlichen Personen); auch die Sonderfaktoren sind ersichtlich. Der um diese Faktoren bereinigte Durchschnitt pendelt sich bei drei Milliarden ein und deutlich wird insbesondere der oben beschriebene *zyklische Charakter* der Steuer. Zu Beginn des neuen Jahrtausends nimmt der Durchschnitt nach einer Phase der schrittweisen Erhöhung, die in einer konjunkturellen Aufschwungphase normal ist, wieder ab und sinkt infolge einer starken Verlangsamung des Wirtschaftswachstums (Platzen der Informatikblase, Attentate in New York) unter die 3-Milliarden-Grenze. Danach beginnt die Kurve des Durchschnittswertes dank dem ausgeprägten Wachstum des Finanzsektors wieder zu steigen. Die Höhe des langjährigen Durchschnitts hängt erwartungsgemäss massgeblich davon ab, auf welchen Zeitraum sich seine Berechnung abstützt. Im ganzen untersuchten Zeitraum ist jedoch kein eindeutiger Trend auszumachen.

### 13 Stempelabgaben

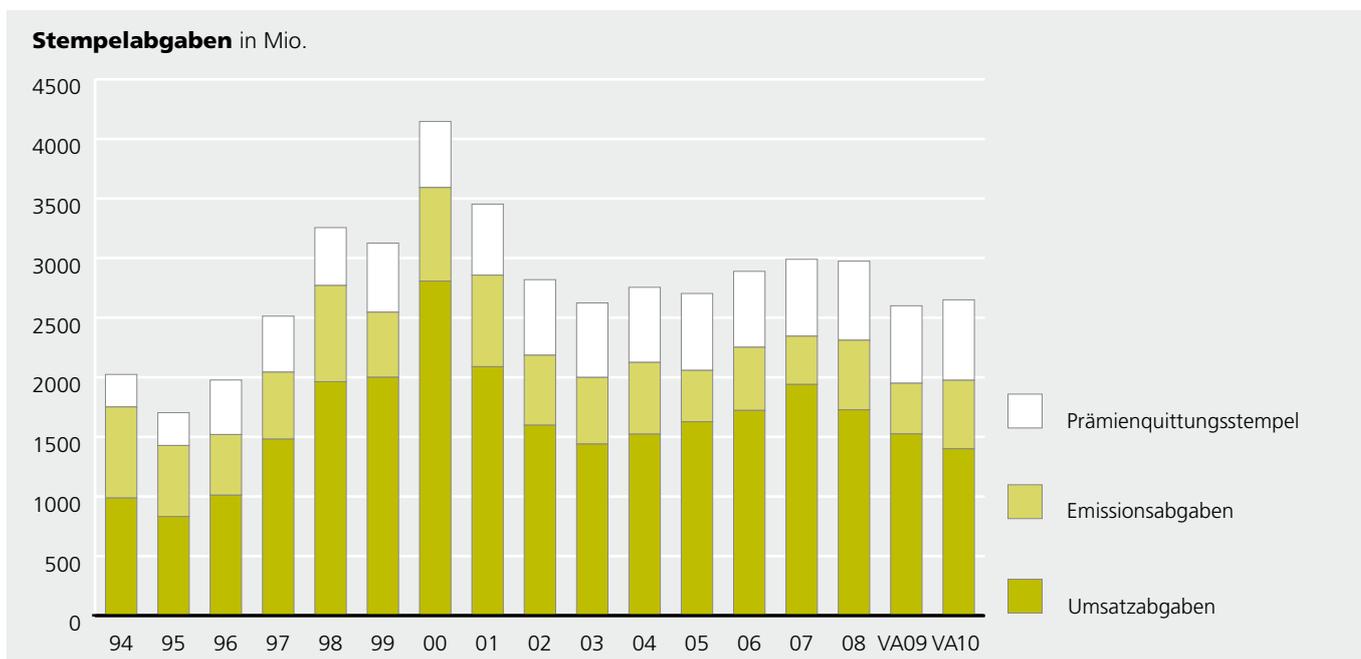
Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010	Differenz zu VA 2009 absolut	%
<b>Stempelabgaben</b>	<b>2 975</b>	<b>2 600</b>	<b>2 650</b>	<b>50</b>	<b>1,9</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	4,7	4,3	4,6		
<b>Emissionsabgabe</b>	<b>584</b>	<b>425</b>	<b>575</b>	<b>150</b>	<b>35,3</b>
<b>Umsatzabgabe</b>	<b>1 727</b>	<b>1 525</b>	<b>1 400</b>	<b>-125</b>	<b>-8,2</b>
Inländische Wertpapiere	250	175	150	-25	-14,3
Ausländische Wertpapiere	1 477	1 350	1 250	-100	-7,4
<b>Prämienquittungsstempel und Übrige</b>	<b>663</b>	<b>650</b>	<b>675</b>	<b>25</b>	<b>3,8</b>

Der Ertrag aus den *Stempelabgaben* unterlag in den vergangenen Jahren starken Schwankungen sowie dem Einfluss der konjunkturellen Entwicklung im In- und Ausland, namentlich demjenigen der vielen Neugründungen und Zusammenschlüsse von Unternehmungen, vor allem aber der äusserst volatilen Entwicklung des Börsengeschehens. Ferner prägten ihn auch die zahlreichen Gesetzesänderungen, die seit 1993 vorgenommen wurden. Namentlich die Gesetzgebung zum Umsatzstempel wurde mehrmals revidiert, um der Globalisierung der Börsengeschäfte Rechnung zu tragen und der Konkurrenz seitens der ausländischen Börsen standhalten zu können.

In Anbetracht dieses von stetem Wandel gezeichneten und sehr instabilen Umfelds erweist sich die Prognose der Erträge aus der Stempelabgabe als heikel. Insbesondere die Einnahmen aus den *Umsatzabgaben*, die knapp zwei Drittel des Gesamtertrags der Stempelabgaben ausmachen, sind schwer zu schätzen. Die Umsatzabgabe wird nämlich zum grössten Teil auf den Börsengeschäften erhoben, die den naturgemäss unvorhersehbaren Schwankungen der Aktienmärkte unterliegen. Ausserdem sind sie den Folgen der Strukturanpassungen im Angebot an Finanz-

produkten und in der Anlagestrategie der Investoren ausgesetzt. Die zukünftigen Auswirkungen solcher Veränderungen sind naturgemäss kaum quantifizierbar. In letzter Zeit wurde das Wachstum der Erträge aus der Umsatzabgabe aufgrund neuer Anlagemöglichkeiten in steuerbefreite Produkte und der Zunahme steuerbefreiter Institutionen merklich geschmälert.

Seit dem Sommer 2007 wirkte sich die Finanzmarktkrise sehr stark auf die Entwicklung der Stempelabgaben aus. Zunächst profitierte der Ertrag aus der *Umsatzabgabe* von Portfeuilleumschichtungen. Der Zunahme der Stempelabgaben von Ende 2007, die sich im ersten Halbjahr 2008 – wenn auch in abgeschwächter Form – fortsetzte, lag also die Umsatzabgabe zu Grunde. Dagegen sind die Einnahmen aus dieser Abgabekategorie seit dem zweiten Halbjahr unter dem Eindruck der anhaltenden Finanzkrise deutlich rückläufig. Der für die Gesamtheit der Stempelabgaben für 2009 veranschlagte Betrag wird wahrscheinlich erreicht und der deutlich stärkere Rückgang des Ertrags aus der Umsatzabgabe dank Mehreinnahmen bei der Emissionsabgabe kompensiert werden können. 2010 dürften die Stempelabgaben eine leichte Zunahme verzeichnen.



Die Budgetierung der Emissionsabgabe geht von der Annahme aus, dass die gegenwärtige Tendenz auf eine erneute Steigerung des Emissionsvolumens von Wertschriften im Privatsektor und auf Kapitalerhöhungen im Bankensektor schliessen lässt. Zudem dürfte das Auflegen neuer mittel- und langfristiger Obligationenanleihen durch den Bund zur Steigerung der Einnahmen aus den Emissionsabgaben beitragen, da diese auf Grund der Dauer der emittierten Obligationen berechnet werden.

Über drei Viertel des Ertrags aus den Umsatzabgaben entfallen auf Börsengeschäfte mit ausländischen Wertpapieren, der Rest entfällt auf den Handel mit inländischen Titeln. Im laufenden Jahr dürften diese Einnahmen wegen der deutlichen Abnahme der Aktiennotierungen unter den für 2009 budgetierten Betrag zu liegen kommen. Seit diesem Frühjahr verzeichnen die Aktienindices nach dem kontinuierlichen Fall der Aktienkurse seit

dem Sommer 2007 jedoch eine leichte Erholung. Die zukünftige Entwicklung der Börsenkurse ist immer noch sehr ungewiss. Man darf jedoch davon ausgehen, dass die für Ende 2010 erhoffte weltweite Konjunkturerholung den Aufschwung, der sich in jüngster Zeit abzeichnet, bekräftigen und die Börsentätigkeit wieder etwas beleben wird. Der Ertrag aus der Umsatzabgabe dürfte demnach leicht höher zu liegen kommen als die nach unten korrigierte Schätzung für 2009 (1350 Mio.) erwarten liess.

Die Einnahmen aus dem Prämienquittungsstempel stiegen in den letzten Jahren insgesamt nur sehr wenig: In gewissen Versicherungssparten reichte die Zunahme gerade aus, um den Rückgang der auf den Prämien der Lebensversicherungen erhobenen Abgaben auszugleichen. Dem Voranschlag 2010 liegt die Annahme zu Grunde, dass diese Einnahmen nahe beim 2008 verzeichneten Wert zu liegen kommen werden.

## 14 Mehrwertsteuer

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010	Differenz zu VA 2009	
				absolut	%
<b>Mehrwertsteuer</b>	<b>20 512</b>	<b>21 240</b>	<b>20 260</b>	<b>-980</b>	<b>-4,6</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	32,1	35,4	34,9		
<b>Allgemeine Bundesmittel</b>	<b>16 630</b>	<b>17 220</b>	<b>16 430</b>	<b>-790</b>	<b>-4,6</b>
<b>Zweckgebundene Mittel</b>	<b>3 883</b>	<b>4 020</b>	<b>3 830</b>	<b>-190</b>	<b>-4,7</b>
Krankenversicherung 5%	875	900	860	-40	-4,4
MWST-Prozent für die AHV (83%)	2 235	2 320	2 210	-110	-4,7
Bundesanteil am AHV-Prozent (17%)	458	470	450	-20	-4,3
Einlage in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte	315	330	310	-20	-6,1

Der Mehrwertsteuer unterliegen die Lieferungen von Gegenständen und die Dienstleistungen, die ein Unternehmen im Inland gegen Entgelt erbringt (einschliesslich Eigenverbrauch), sowie die Einfuhr von Gegenständen und der Bezug von Dienstleistungen von Unternehmen mit Sitz im Ausland.

Abrechnungspflichtig sind grundsätzlich selbständige Leistungserbringer, die einen Umsatz von jährlich mehr als 100 000 Franken aus steuerbaren Leistungen erzielen. Sie haben die Steuer vom Bruttoentgelt zu entrichten. Andererseits dürfen sie in ihrer Abrechnung die Steuer abziehen, die auf den von ihnen selber bezogenen Gegenständen und Dienstleistungen lastet (Vorsteuerabzug).

Das Parlament hat in der Sommersession 2009 das revidierte Mehrwertsteuergesetz verabschiedet und dabei den Inkraftsetzungstermin auf den 1. Januar 2010 festgesetzt. Damit ist ein erster Schritt bei der Vereinfachung der Mehrwertsteuer getan. Die beschlossenen Massnahmen führen bei den Unternehmen zu einer deutlichen Verringerung der administrativen Kosten und legen das Fundament für eine weitergehende Steuerreform.

Von der beschlossenen Mehrwertsteuerreform nicht betroffen sind die Steuersätze. So gilt für die meisten Lieferungen von Gegenständen und für nahezu alle Dienstleistungen weiterhin der Normalsatz von 7,6 Prozent, und Waren des täglichen Bedarfs werden mit dem reduzierten Satz von 2,4 Prozent belastet. Beherbergungsleistungen unterliegen nach dem jüngsten Parlamentsbeschluss bis Ende 2013 weiterhin dem Sondersatz von 3,6 Prozent.

Eine Reihe von Leistungen sind von der Mehrwertsteuer ausgenommen, so namentlich in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Bildung, Kultur, Geld- und Kapitalverkehr, Versicherungen, Vermietung von Wohnungen und Verkauf von Liegenschaften.

Wer solche Leistungen erbringt, hat jedoch kein Anrecht auf Vorsteuerabzug.

Die Einnamenschätzungen stützen sich grundsätzlich auf die prognostizierten Eckwerte für das nominelle Bruttoinlandprodukt, welches in einem engen Zusammenhang mit der Steuerbasis der Mehrwertsteuer steht. Von diesem Prinzip wird allerdings für die Einnamenschätzung im laufenden Jahr abgewichen. Der starke Rückgang der Wirtschaftsleistung im Jahr 2009 ist zu einem grossen Teil auf eine Abnahme der Exporte zurückzuführen, welche bekanntlich nicht der Mehrwertsteuer unterliegen. Die Mehrwertsteuereinnahmen dürften daher im Vergleich zum Bruttoinlandprodukt weniger stark einbrechen. Um dies zu berücksichtigen, wird im laufenden Jahr anstelle des prognostizierten Wachstums des Bruttoinlandprodukts (-2,4%) die Entwicklung der inländischen Endnachfrage (-1,2%) als Indikator für die Einnamenschätzung verwendet. Diese umfasst neben dem privaten und öffentlichen Konsum auch die Bruttoanlageinvestitionen sowie die Importe. Die Exporte hingegen sind kein Bestandteil der inländischen Endnachfrage.

Ausgehend vom Schätzwert für 2009 (20,3 Mrd.) wird im Voranschlagsjahr trotz eines nominellen Wirtschaftswachstums von 0,7 Prozent mit einer Stagnation der Einnahmen gerechnet. Dies ist auf die Mehrwertsteuerreform zurückzuführen, welche 2010 in Kraft tritt und im Einführungsjahr Mindereinnahmen von 150 Millionen verursacht. Ohne diesen Sondereffekt würde sich das Einnamewachstum bei der Mehrwertsteuer ebenfalls auf 0,7 Prozent belaufen.

Bei den in der Tabelle aufgeführten Komponenten sind auch die Debitorenverluste enthalten. Insgesamt werden diese für 2010 auf 200 Millionen geschätzt. Aufwandseitig müssen zur Berechnung der jeweiligen Einnahmenanteile die Debitorenverluste anteilig abgezogen werden.

## 15 Mineralölsteuer

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010	Differenz zu VA 2009	
				absolut	%
<b>Mineralölsteuer</b>	<b>5 222</b>	<b>5 055</b>	<b>5 055</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	8,2	8,4	8,7		
Mineralölsteuer auf Treibstoffen	3 110	3 010	3 010	0	0,0
Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	2 089	2 020	2 020	0	0,0
Mineralölsteuer auf Brennstoffen und Übrige	22	25	25	0	0,0

Der Ertrag aus den *Mineralölsteuern* hängt von verschiedenen Faktoren ab. Bestimmungsgrößen sind der Fahrzeugbestand und die durchschnittliche jährliche Anzahl zurückgelegter Kilometer.

Der *Motorfahrzeugbestand* wuchs in den vergangenen Jahren unablässig. Allerdings scheint damit kein paralleler Anstieg der Treibstoffnachfrage einherzugehen, denn der durchschnittliche Verbrauch der neuen Fahrzeuge ist im Allgemeinen geringer als derjenige der alten Fahrzeuge derselben Kategorie. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die Vereinbarung zwischen den Automobilimporteuren und dem UVEK, mit der eine Senkung des Durchschnittsverbrauchs angestrebt wird. Zudem sollten auch die Energie-Etikette, die Abstufung der kantonalen Motorfahrzeugsteuern nach technischen Besonderheiten (Gesamtgewicht, Steuer-PS) und vielleicht die Erwartung eines tendenziellen Anstiegs des Erdölpreises zur Förderung der treibstoffeffizienten Fahrzeuge beitragen. In jüngerer Vergangenheit war allerdings eine Zunahme der Grossraumlimousinen, SUV 4 x 4 und VAN zu verzeichnen. 2008 war das durchschnittliche Leergewicht der Neuwagen zum ersten Mal seit 12 Jahren rückläufig, was zur Abnahme des durchschnittlichen Treibstoffverbrauchs der in der Schweiz in Verkehr gebrachten Fahrzeuge beitrug. Die technischen Neuerungen und Verbesserungen an den Motoren im Hinblick auf die Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen dürften in Zukunft zu einer weiteren allmählichen Abnahme des Treibstoffverbrauchs beitragen.

Schliesslich lassen bisherige Beobachtungen darauf schliessen, dass eine *Konjunkturabschwächung*, wie sie für 2010 erwartet wird, bei Unternehmen und Privaten tendenziell einen Minderverbrauch an Treibstoff nach sich zieht.

Die Zunahme der *Anzahl zurückgelegter Kilometer* und somit des Treibstoffverbrauchs hängen in erster Linie von den Wetterverhältnissen ab, die von Jahr zu Jahr sehr stark variieren können. Diesem Sonderfaktor kann bei der Budgetierung jedoch nicht Rechnung getragen werden.

Schliesslich wirkt sich auch die Benzinnachfrage in den *Grenzgebieten* auf die Einnahmen aus. Sie hängt insbesondere von den Preisen im internationalen Vergleich ab. Die Zahlen im Voranschlag beruhen auf der Annahme, dass das Preisgefälle beim Benzinpreis in den Grenzregionen zu Deutschland und Frankreich stabil bleiben wird; grössere Änderungen im so genannten Benzintourismus sind deshalb kaum zu erwarten.

In Anbetracht der verschiedenen vorerwähnten Faktoren, welche die Treibstoffnachfrage im Jahre 2010 belasten, dürften die Einnahmen aus den Mineralölsteuern im Vergleich zum aktuell erwarteten Ergebnis für 2009, das jedoch gegenüber dem budgetierten Wert nach oben korrigiert wurde (auf 5155 Mio.), leicht rückläufig sein. Die Hälfte der Nettoeinnahmen aus den Mineralölsteuern und der gesamte Nettoertrag des Zuschlags werden zur Finanzierung von Aufgaben im Zusammenhang mit dem Strassenverkehr eingesetzt.

## 16 Schwerverkehrsabgabe

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010	Differenz zu VA 2009	
				absolut	%
<b>Schwerverkehrsabgabe</b>	<b>1 441</b>	<b>1 460</b>	<b>1 300</b>	<b>-160</b>	<b>-11,0</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	2,3	2,4	2,2		
Einlage in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte	940	938	836	-102	-10,9
Kantonsanteile	470	469	418	-51	-10,9
Übrige	31	54	46	-7	-13,6

Der deutliche Rückgang der Einnahmen aus der *Schwerverkehrsabgabe* (LSVA) erklärt sich dadurch, dass der für 2009 veranschlagte Wert stark überschätzt wurde, weil bei der Budgetierung für das laufende Jahr noch nicht das ganze Ausmass der Rezession, von der die Schweizer Wirtschaft zurzeit betroffen ist, voraussehbar war. Für 2010 werden im Vergleich zu der nach unten korrigierten Schätzung für 2009 keine Mehreinnahmen aus der LSVA erwartet.

Die Einnahmen aus dieser Abgabe sind aus zwei Gründen besonders schwer prognostizierbar: Erstens, weil die Auswirkungen der wirtschaftlichen Rezession auf die Gütertransporte auf der Strasse sowohl im In- und Ausland zurzeit noch nicht absehbar sind. Einen derart ausgeprägten Rückgang der Wirtschaftstätigkeit wie er heute zu beobachten ist, gab es seit 2001, dem Jahr der LSVA-Einführung, noch nicht. Zweitens ist auch noch sehr ungewiss, wie rasch sich der Fahrzeugbestand erneuern wird; mit anderen Worten, wie stark der Anteil an Fahrzeugen in der günstigsten Besteuerungskategorie wachsen wird.

Die Budgetierung beruht auf der Annahme, dass die bis 2010 anhaltende wirtschaftliche Rezession in den Jahren 2009 und 2010 eine grosse Einnahmeneinbusse bei der LSVA nach sich ziehen wird. Was das laufende Jahr angeht, erweist sich der veranschlagte Wert angesichts der düsteren Wirtschaftsaussichten bereits als viel zu hoch. 2010 dürfte der Strassenverkehr wegen der schwachen Güternachfrage sowohl im In- wie im Ausland kaum zunehmen. Die Prognosen der Expertengruppe des Bun-

des rechnen insbesondere zum dritten Mal in Folge mit einem Investitionsrückgang sowie mit einer leichten Abnahme des privaten Konsums. Der Aussenhandel, der 2009 stark rückläufig war, dürfte sich 2010 nur sehr langsam erholen.

Des weiteren wird angenommen, dass die letzte Erhöhung des Satzes der Schwerverkehrsabgabe (LSVA), die am 1. Januar 2008 in Kraft trat, sowie die seit dem 1. Januar 2009 geltende Tarifanpassung die Optimierung des Warentransports begünstigen und den Kauf von weniger Umwelt belastenden und damit weniger stark besteuerten Lastwagen fördern werden.

Schliesslich muss daran erinnert werden, dass gemäss dem Prinzip der Periodengerechtigkeit, das im neuen Rechnungsmodell angewendet wird, die in einem bestimmten Rechnungsjahr ausgewiesenen Einnahmen dem Gesamttotal der Forderungen des Bundes für das betreffende Jahr und nicht etwa den im betreffenden Jahr eingegangenen Zahlungsmitteln entsprechen. Infolgedessen werden die 2010 möglichen anfechtbaren LSVA-Forderungen nicht vom veranschlagten Betrag abgezogen.

Der Ertrag aus dieser Abgabe ist zweckgebunden (siehe vorstehende Tabelle): Rund ein Drittel wird an die Kantone verteilt und zwei Drittel sind für die Finanzierung der Eisenbahngrossprojekte sowie anderer Infrastrukturprojekte im öffentlichen Verkehr bestimmt. Der Restbetrag (Übrige) ist ebenfalls für die Kantone bestimmt; er trägt in erster Linie zur Finanzierung der Polizeikontrollen bei.

## 17 Bedeutung des Finanzsektors für die Einnahmen des Bundes

### Volkswirtschaftliche Bedeutung

Der Finanzsektor nimmt eine herausragende Stellung im Schweizer Wirtschaftsstandort ein. Die Banken und Versicherungen trugen im Jahr 2008 rund 60 Milliarden zum Bruttoinlandprodukt bei und erwirtschafteten damit etwa 11 Prozent der gesamten Wertschöpfung. Dieser Anteil ist auch im internationalen Vergleich hoch und wird innerhalb der Mitgliedsländer der OECD einzig von Luxemburg übertroffen. Noch Anfang der neunziger Jahre betrug der Wertschöpfungsanteil rund 7 Prozent und hat sich – dank einem im Vergleich zum Bruttoinlandprodukt überdurchschnittlichen Wertschöpfungswachstum im Finanzsektor – in den beiden letzten Jahrzehnten deutlich vergrössert. Darüber hinaus beschäftigen Banken und Versicherungen 195 000 Mitarbeiter (2008) und stellen rund 6 Prozent der gesamten Arbeitskräfte in der Schweiz.

Entsprechend gross ist auch die Bedeutung des Finanzsektors für die öffentlichen Haushalte: Die von Banken und Versicherungen entrichteten Gewinn- und Kapitalsteuern sowie die Einkommens- und Vermögenssteuern der Mitarbeiter im Finanzsektor machen gemäss Schätzungen des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) über 13 Prozent (2006) der von Bund, Kantone und Gemeinden gemeinsam erhobenen Einkommens- und Vermögenssteuern aus.

### Finanzsektor und Bundeseinnahmen

Auch der Bund profitiert massgeblich von der Wertschöpfung der Banken und Versicherungen. Diese kann etwas vereinfacht als Summe sämtlicher Löhne und Gewinne im Finanzsektor definiert werden und bildet auf Bundesebene die Bemessungsgrundlage für die Erhebung der direkten Bundessteuer. Die Bedeutung des Finanzsektors für die Einnahmen des Bundes lässt sich somit primär am Beitrag der Banken und Versicherungen am Steueraufkommen aus der direkten Bundessteuer ablesen.

Neben den Ertragssteuern, die direkt durch Banken und Versicherungen an den Bund entrichtet werden, tragen auch die Einkommenssteuern der Mitarbeiter zum Steueraufkommen des Finanzsektors bei. Vor der Finanzkrise, im Zeitraum 2002 bis 2006, betrug die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer, welche dem Finanzsektor zugeordnet werden können, gemäss Schätzungen des EFD zwischen 1,2 Milliarden (2002) und 1,9 Milliarden (2006). Rund 75 Prozent davon wurden direkt durch Unternehmen entrichtet, welche im Finanzsektor ansässig sind und die restlichen 25 Prozent durch die Mitarbeiter der entsprechenden Firmen. Insgesamt erreicht der Beitrag des Finanzsektors zum Steueraufkommen aus der direkten Bundessteuer zwischen 10,6 Prozent (2002) und 13,2 Prozent (2006), was annähernd dem Anteil des Finanzsektors am Schweizer Bruttoinlandprodukt in diesen Jahren entspricht. In diesen Zahlen nicht berücksichtigt sind Steuern und Abgaben welche bei Transaktionen zwischen den Banken und ihren Kunden anfallen. Dazu gehören die Stempelabgaben sowie die Verrechnungssteuer, welche nicht als finanzsektorspezifische Abgaben betrachtet werden.

### Auswirkungen der Finanzkrise

Angesichts der seit längerem anhaltenden *Finanzmarktkrise* stellt sich unweigerlich die Frage nach deren Auswirkung auf die Einnahmen des Bundes. Im Zentrum des Interesses stehen dabei vor allem die beiden Grossbanken, die besonders stark von der Krise getroffen wurden. Seit deren Ausbruch im Sommer 2007 haben beide Institute Abschreibungen und Verluste in Milliardenhöhe bekannt gegeben. Obwohl ein Grossteil dieser Verluste mutmasslich im Ausland angehäuft wurden, dürfte auch das im Inland versteuerte Gewinnsubstrat aufgrund der notwendigen Abschreibungen auf den Beteiligungen ausländischer Tochtergesellschaften betroffen sein. Es ist davon auszugehen, dass die beiden Grossbanken in den nächsten Jahren keine direkten Bundessteuern abliefern werden. Dies würde sich beim Bund in einem jährlichen Einnahmehausfall von rund einer halben Milliarde äussern.

Allerdings ist dieser Effekt bei den Bundeseinnahmen bislang noch nicht spürbar. So haben die Einnahmen aus der Gewinnsteuer im Rechnungsjahr 2008 ein Rekordergebnis erzielt und den Budgetwert um rund 400 Millionen übertroffen. Auch im laufenden Jahr zeigen die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer (gemäss Hochrechnung per Ende Juni) noch keine Schwäche und der noch vor der Krise festgelegte Budgetwert dürfte erreicht werden. Steuerausfälle aufgrund der Verluste bei den Grossbanken dürften somit durch Mehreinnahmen bei den übrigen Steuerpflichtigen kompensiert worden sein. Das Rechnungsergebnis 2008 und die aktuelle Schätzung für das laufende Jahr bilden die Basis für die einnahmenseitige Finanzplanung. Die erwarteten Einnahmehausfälle aufgrund der Verluste bei den Grossbanken sind somit bereits in den Einnahmenschätzungen enthalten.

Wie stark sich die Finanzkrise via Beschäftigungs- und Lohnrückgang bei diesen Unternehmungen auf die Bundeseinnahmen auswirkt, ist bedeutend schwieriger abzuschätzen (insbesondere weil Boni in Form von Mitarbeiteraktien und -optionen in den Lohnstatistiken nicht erhoben werden). Gemäss einer konservativen Schätzung würde ein Beschäftigungsrückgang um 10 000 Stellen (rund 5 % der Gesamtbeschäftigung im Finanzsektor) bei gleichzeitiger Senkung des durchschnittlichen Lohns um 10 Prozent zu Mindereinnahmen bei der direkten Bundessteuer von zwischen 50 und 100 Millionen führen.

Die übrigen Unternehmen im Finanzsektor sind zwar deutlich weniger stark von der Finanzkrise betroffen, aber auch sie dürften unter der nachgelagerten *Wirtschaftskrise* leiden. Das schwierige Börsenumfeld wird insbesondere die Gewinne im Handelsgeschäft beeinträchtigen und auch die Erträge in der Vermögensverwaltung drücken. Weiter ist aufgrund der schwachen Konjunktur mit erhöhten Wertberichtigungen im Kreditgeschäft zu rechnen. Auch diese Effekte werden – zusammen mit einer höheren *Arbeitslosigkeit* und tieferen Einkommen im Finanzsektor – die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer belasten. Diese Auswirkungen sind aber in der Einnahmenprognose der Eidgenössischen Steuerverwaltung via die Annahmen über die Gewinn- und Einkommensentwicklung implizit enthalten.



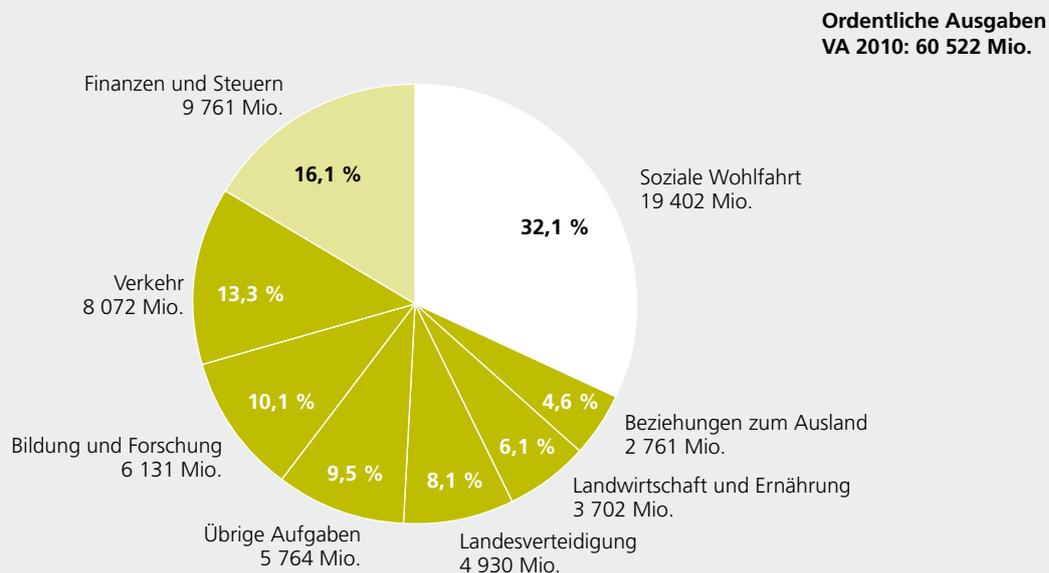
Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010	Differenz zu VA 2009 absolut	%
<b>Total Aufgabengebiete</b> (ordentliche Ausgaben)	<b>56 598</b>	<b>59 020</b>	<b>60 522</b>	<b>1 502</b>	<b>2,5</b>
Δ in % Vorjahr	4,9	4,3	2,5		
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 273	2 492	2 549	57	2,3
Ordnung und öffentliche Sicherheit	836	950	980	31	3,2
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	2 394	2 630	2 761	131	5,0
Landesverteidigung	4 537	4 612	4 930	317	6,9
Bildung und Forschung	5 339	5 752	6 131	379	6,6
Kultur und Freizeit	429	413	442	28	6,9
Gesundheit	220	214	218	4	1,7
Soziale Wohlfahrt	17 434	18 394	19 402	1 008	5,5
Verkehr	7 538	7 888	8 072	184	2,3
Umweltschutz und Raumordnung	651	738	982	245	33,2
Landwirtschaft und Ernährung	3 551	3 721	3 702	-19	-0,5
Wirtschaft	405	434	593	159	36,5
Finanzen und Steuern	10 991	10 781	9 761	-1 020	-9,5

Die Ausgabenentwicklung des Bundes ist von zwei gegenläufigen Tendenzen geprägt: Währendem in den meisten Aufgabengebieten ein teils deutliches Wachstum zu verzeichnen ist, gehen die Ausgaben im Bereich Finanzen und Steuern (inkl. MWST-Anteile der AHV) signifikant zurück. Dies hat zur Folge, dass der Haushalt 2010 gegenüber dem Vorjahr per saldo um 1,5 Milliarden (+2,5 %) wachsen wird. Ohne den markanten Ausgabenrückgang im Bereich der Vermögens- und Schuldenverwaltung (-800 Mio.) und den rückläufigen Anteilen Dritter an Bundeserträgen (-400 Mio.) beliefen sich die Mehrausgaben auf 2,7 Milliarden, was einer Wachstumsrate von über 5 Prozent entspricht. Der stärkste Zuwachs ist dabei im Bereich der Sozialen Wohlfahrt auszumachen, der im Vergleich zum Vorjahr um eine Milliarde (+5,5 %) wachsen wird. Diese Entwicklung ist auf Mehraufwendungen bei der Prämienverbilligung (+400 Mio.), auf Massnahmen zur Konjunkturstabilisierung im Bereich des Arbeitsmarktes (+335 Mio.) sowie auf Mehrausgaben bei der Migration (+200 Mio.) zurückzuführen. Den rückläufigen Aufwendungen beim MWST-Prozent für die AHV (-110 Mio.) werden

durch höhere Leistungen des Bundes an die AHV kompensiert (+150 Mio.). Ein starker Ausgabenzuwachs ist ferner im Aufgabengebiet Bildung und Forschung festzustellen (+379 Mio.), das im Rahmen der Aufgabenüberprüfung des Bundesrates hohe Priorität genießt. An dritter Stelle folgt das Aufgabengebiet Landesverteidigung. Dessen aktuelle Wachstumsrate von knapp 7 Prozent erklärt sich mit der Ausschöpfung vorhandener Kreditreste, die in den letzten Jahren innerhalb des Ausgabepfandes der Armee aufgelaufen sind.

Ein Blick auf die Ausgabenstruktur des Gesamthaushalts lässt deutlich werden, dass die beiden Aufgabengebiete Soziale Wohlfahrt und Finanzen und Steuern trotz rückläufiger Aufwendungen für die Vermögens- und Schuldenverwaltung und geringeren Anteilen Dritter an Bundeserträgen nach wie vor für rund die Hälfte aller Ausgaben verantwortlich sind. Die Anteile der übrigen fünf grossen Aufgabengebiete bewegen sich zwischen 4,5 Prozent (Beziehungen zum Ausland) und 13,3 Prozent (Verkehr).

### Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten



## 21 Soziale Wohlfahrt

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010	Differenz zu VA 2009 absolut %	
<b>Soziale Wohlfahrt</b>	<b>17 434</b>	<b>18 394</b>	<b>19 402</b>	<b>1 008</b>	<b>5,5</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	30,8	31,2	32,1		
Altersversicherung	9 322	9 865	9 920	55	0,6
Invalidenversicherung	3 655	3 827	3 780	-47	-1,2
Krankenversicherung	1 806	1 887	2 295	408	21,6
Ergänzungsleistungen	1 127	1 190	1 258	68	5,7
Militärversicherung	252	249	236	-13	-5,3
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	314	396	735	339	85,7
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	99	174	175	1	0,6
Migration	812	751	947	196	26,1
Soziale Hilfe und Fürsorge	47	53	55	1	2,5

Das Aufgabengebiet *Soziale Wohlfahrt* wächst gegenüber dem Vorjahresbudget mit überdurchschnittlichen 5,5 Prozent (+1008 Mio.). Dieser Zuwachs ist vor allem auf die Krankenversicherung, die Arbeitslosenversicherung und den Bereich Migration zurückzuführen. Bei der Kranken- und der Arbeitslosenversicherung schlagen sich der Sonderbeitrag für die Prämienverbilligung bzw. das dritte Massnahmenpaket des Bundes zur Konjunkturstabilisierung nieder. Ein Ausgabenrückgang wird hingegen bei der Invalidenversicherung erwartet.

Die Ausgaben für die *Alters- und Hinterlassenenversicherung* setzen sich zur Hauptsache zusammen aus dem Bundesbeitrag an die AHV im Umfang von 19,55 Prozent der AHV-Ausgaben, dem Anteil der Versicherung am AHV-Mehrwertsteuerprozent sowie den Erträgen aus der Spielbankenabgabe. Im Vergleich zum Vorjahresbudget werden die AHV-Ausgaben im Voranschlag 2010 um rund eine Milliarde höher auf 37 Milliarden geschätzt. Der Bundesbeitrag steigt entsprechend um 148 Millionen auf 7183 Millionen an (+2,1 %). Die AHV-Ausgaben bestehen zu rund 99 Prozent aus Rentenleistungen und Hilflosenentschädigungen. Das Ausgabenwachstum wird daher bestimmt durch die Zunahme des Rentenbestandes, also die demografische Entwicklung, und durch die Anpassung der Renten an die Lohn- und Preisentwicklung. Die Renten und Hilflosenentschädigungen werden alle zwei Jahre erhöht, zuletzt im Jahr 2009 um 3,2 Prozent. Im Jahr 2010 ist keine Rentenanpassung fällig. Das Ausgabenwachstum im Jahr 2010 ist deshalb ausschliesslich auf den höheren Rentenbestand zurückzuführen. Im Weiteren leitet der Bund 83 Prozent des Mehrwertsteuerertrags aus dem AHV-Demografieprozent an die Versicherung weiter. Dieser Transfer fällt aufgrund der getrübbten Wirtschaftsentwicklung um 107 Millionen tiefer aus als im Vorjahresbudget. Schliesslich überweist der Bund der AHV auch die Erträge aus der Spielbankenabgabe, wobei anfangs 2010 die Einnahmen des Jahres 2008 gutgeschrieben werden. Dieser Transfer bleibt gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert (+6 Mio.).

Von den Kosten der *Invalidenversicherung* im Umfang von schätzungsweise 10 Milliarden trägt der Bund 37,7 Prozent. In der Hauptsache verteilen sich die Ausgaben der Versicherung auf Geldleistungen (7,3 Mrd.) und Leistungen im Rahmen von individuellen Massnahmen (1,6 Mrd.). Die restlichen Ausgaben

(1,0 Mrd.) betreffen Beiträge an Institutionen und Organisationen, Durchführungs- und Verwaltungskosten sowie die Zinslast. Infolge Unterfinanzierung der Versicherung wird für das Jahr 2010 ein Defizit in der Grössenordnung von 1,2 Milliarden erwartet. Bei einem Verlustvortrag der IV in der Bilanz des AHV-Ausgleichsfonds von schätzungsweise 14,2 Milliarden per Ende 2009 beträgt der Zinsaufwand für die IV knapp 283 Millionen. Gemäss seinem Anteil trägt der Bund 107 Millionen davon. Der Ausgabenrückgang von 1,2 Prozent gegenüber dem Voranschlag 2009 ist zum einen auf den besser als erwarteten Rechnungsabschluss 2008 zurückzuführen, was im Budget 2009 noch nicht berücksichtigt werden konnte. Zum anderen werden trotz wachsender Schulden infolge tiefer Zinssätze weniger Zinslasten erwartet.

Der Bund leistet Beiträge an die Kantone für deren Aufwendungen *Ergänzungsleistungen* (EL). Er beteiligt sich an jenem Teil der jährlichen EL, welcher der Existenzsicherung dient, und übernimmt dabei 5/8 der Kosten. Die übrigen Aufwendungen wie auch die Krankheits- und Behinderungskosten werden von den Kantonen getragen. Der Bund richtet den Kantonen zudem eine Abgeltung für die EL-Verwaltungskosten aus. Bei den zu Hause lebenden Personen gilt die ganze jährliche Ergänzungsleistung als Existenzsicherung. Bei den Personen im Heim macht die Existenzsicherung nur einen Teil der jährlichen Ergänzungsleistungen aus. Die Ergänzungsleistungen zur AHV und zur IV machen je rund die Hälfte der gesamten EL-Ausgaben aus. Das Ausgabenwachstum von 5,7 Prozent gegenüber dem Voranschlag 2009 wird vor allem bestimmt durch den Zuwachs bei den EL zur AHV (+51 Mio.; +8,9 %). Die EL zur IV nehmen weniger stark zu (+17 Mio.; 2,7 %). Die Steigerung der EL-Ausgaben gegenüber dem Vorjahresbudget ist darauf zurückzuführen, dass die Auswirkungen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) sowie der Totalrevision des EL-Gesetzes unterschätzt wurden. Das Rechnungsergebnis aus dem Jahr 2008 lässt nämlich darauf schliessen, dass die Schätzung für die jährlichen Ergänzungsleistungen zur Existenzsicherung im laufenden Jahr nach oben korrigiert werden muss. Dieses höhere Ausgangsniveau ist im Voranschlag 2010 berücksichtigt. Überdies liegen nun auch die Resultate der Ausscheidungsrechnung bei den Personen im Heim vor: Der mittlere EL-Betrag im Heim ist – gegenüber den Projektionen im

letzten Jahr – mehr als erwartet gestiegen. In den Zahlen sind auch die Auswirkungen der Neuordnung der Pflegefinanzierung (höhere Vermögensfreibeträge) enthalten.

Die für die Finanzierung der Beiträge des Bundes an die AHV, IV und EL zweckgebundenen Einnahmen aus der *Alkohol- und Tabaksteuer* werden 2010 mit 2 462 Millionen veranschlagt, 172 Millionen mehr als im Vorjahresbudget. Der Bundesanteil von 17 Prozent an den Einnahmen aus dem Mehrwertsteuerprozent, welches für die Deckung der demografiebedingten Mehrkosten der AHV seit 1999 erhoben wird, beträgt 446 Millionen (nach Abzug der Debitorenverluste). Mit den erwähnten zweckgebundenen Einnahmen können rund 23,9 Prozent der Bundesbeiträge an die AHV, IV und EL gedeckt werden, 0,9 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr.

Die Ausgaben des Bundes in der *Krankenversicherung* fallen zum grössten Teil im Bereich der individuellen Prämienverbilligung an. Der Bundesbeitrag beträgt 7,5 Prozent der Bruttokosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP). Das im Voranschlag 2010 im Vergleich zum Vorjahr massive Ausgabenwachstum von 21,6 Prozent (+408 Mio.) ist auf zwei Gründe zurückzuführen. Zum einen wird für 2010 von einem starken Prämienanstieg von 13 Prozent in der OKP ausgegangen (im Vergleich zur Prämie 2009), was zu einem entsprechenden Anstieg des Bundesbeitrags von rund 200 Millionen gegenüber dem Budget 2009 führt. Zum anderen soll das ausserordentlich hohe Prämienwachstum im Rahmen der Massnahmen des Bundes zur Eindämmung der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen mit einem Sonderbeitrag des Bundes von 200 Millionen zusätzlich sozial abgedeckt werden. Die Aufteilung des Bundesbeitrags auf die Kantone richtet sich nach deren Anteil an der Wohnbevölkerung (inkl. Grenzgänger). Die Kantone stocken den Beitrag nach Bedarf auf, um dem gesetzlichen Auftrag nachkommen zu können. Die Aufwendungen des Bundes für die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung werden zum Teil zweckfinanziert. Zu Gunsten unterer Einkommenschichten werden 5 Prozent des Ertrags aus der Mehrwertsteuer (ohne AHV- und FinöV-Anteile) verwendet, was für 2010 einen budgetierten Betrag von 860 Millionen ergibt. Die zweckgebundenen Mittel decken damit gegen 42 Prozent der Ausgaben des Bundes für die Prämienverbilligung.

Im Bereich *Arbeitslosenversicherung/Arbeitsvermittlung* nehmen die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahresbudget um rund 339 Millionen (+85,7%) zu. Diese markante Steigerung ist grösstenteils auf den Bereich Arbeitsvermittlung zurückzuführen. Aufgrund des erwarteten ausserordentlich starken Anstiegs der Arbeitslosigkeit hat der Bundesrat am 17. Juni 2009 beschlossen,

im Rahmen des 3. wirtschaftlichen Stabilisierungspakets zusätzliche arbeitsmarktliche Massnahmen des Bundes vorzusehen (335 Mio.). Mit diesen gezielten Massnahmen sollen die Instrumente der Arbeitslosenversicherung befristet ergänzt werden, um die Zunahme von Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Der Bund beteiligt sich mit 0,15 Prozent der beitragspflichtigen Lohnsumme an den Kosten der Arbeitslosenversicherung. Der leichte Anstieg der Lohnsumme führt somit zu einer Erhöhung der Ausgaben des Bundes im Bereich Arbeitslosenversicherung gegenüber dem Voranschlag 2009.

Die Ausgaben für den Bereich *Sozialer Wohnungsbau/Wohnbauförderung* steigen im Vergleich zum Vorjahr nur unwesentlich an (+1 Mio. bzw. 0,6%). Die einzelnen Teilbereiche entwickeln sich jedoch sehr unterschiedlich. So sinken die Ausgaben für die Zusatzverbilligungen von Mietzinsen deutlich, da die Subventionsberechtigungen sukzessive auslaufen und seit Anfang 2002 auch keine neuen Subventionsverpflichtungen mehr eingegangen werden. Im Vergleich zum Voranschlag 2009 nehmen auch die Ausgaben für die Förderung von gemeinnützigen Bauträgern ab. Dies ist darauf zurückzuführen, dass im Rahmen der 1. Stufe der wirtschaftlichen Stabilisierungsmassnahmen die Ausgaben einmalig für das Jahr 2009 erhöht wurden. Für Verluste aus Garantieverpflichtungen wird hingegen mit deutlich mehr Ausgaben gerechnet, da aufgrund der schwieriger werdenden Verhältnisse auf dem Immobilienmarkt die Zahlungsrisiken in der Wohn- und Eigentumsförderung ansteigen.

Bei der *Migration* nimmt der Mittelbedarf aufgrund des Anstiegs der Asylgesuche im Voranschlag 2010 gegenüber dem Vorjahr um gut ein Viertel zu. Dieser Anstieg kann auf mehrere Faktoren zurückgeführt werden: Migrationsdruck aus Afrika, neue Schlepperrouten vor allem via Libyen, Verschärfung von Konflikten in den wichtigsten Herkunftsländern (insbesondere in Sri Lanka), Situation im Irak und die Aufnahmepolitik anderer Länder. Der Voranschlag 2010 geht daher von 15 000 Asylgesuchen aus, wogegen der Voranschlag 2009 noch auf 10 000 Asylgesuchen basierte. Zudem wird angesichts der Herkunftsländer der Asylsuchenden (Länder mit hoher Anerkennungsquote) erwartet, dass im Jahre 2010 die Bestände an Flüchtlingen und der Personen im Asylprozess markant steigen werden. Deshalb resultiert der Mehrbedarf im 2010 insbesondere in den Bereichen Personal (zusätzliches, befristetes Personal für die Bearbeitung der Asylgesuche; rund 14 Mio.), Empfangszentren (12 Mio.) sowie Sozialhilfe Asylsuchende (87 Mio.) und Flüchtlinge (73 Mio.). Zu Mehrausgaben führt auch der im Voranschlag 2010 erstmals berücksichtigte Beitrag der Schweiz an den Aussengrenzenfonds der EU (17 Mio., wovon 8 Mio. rückwirkend für 2009 bezahlt werden müssen).

## 22 Finanzen und Steuern

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010	Differenz zu VA 2009 absolut	%
<b>Finanzen und Steuern</b>	<b>10 991</b>	<b>10 781</b>	<b>9 761</b>	<b>-1 020</b>	<b>-9,5</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	19,4	18,3	16,1		
Anteile an Bundeseinnahmen	4 484	4 073	3 773	-300	-7,4
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	3 782	3 905	3 086	-819	-21,0
Finanzausgleich	2 725	2 803	2 903	99	3,5

Dieser Aufgabenbereich weist das zweitgrösste Finanzvolumen auf. Was ihn auszeichnet, ist, dass er von den finanzpolitischen Prioritäten ausgenommen ist (die Anteile an den Bundeseinnahmen sind in der Verfassung geregelt und hängen direkt von der Höhe der Einnahmen ab) und dass er durch zahlreiche äussere Faktoren (Finanzmarktbedingungen, Zinssatzentwicklung, Finanzierungsbedarf, Strategie der Bundestresorerie) beeinflusst wird.

16,1 Prozent der ordentlichen Gesamtausgaben entfallen auf die Ausgaben für die Aufgabengruppe Finanzen und Steuern (2009: 18,4%). Im Gegensatz zu den übrigen grössten Aufgabengebieten ist in diesem Bereich ein Rückgang zu verbuchen, der auf zwei Faktoren zurückzuführen ist: Einerseits ziehen die durch den Konjunkturunbruch bedingten Mindereinnahmen rückläufige Anteile an den Bundeseinnahmen nach sich; andererseits führt der Konjunkturabschwung, der sich auch in stark gesunkenen Zinssätzen niederschlägt, zu einer deutlichen Entlastung bei den Passivzinsen und bei den Kosten der Vermögensverwaltung.

17 Prozent der Einnahmen aus der direkten Bundessteuer (DBSt) und 10 Prozent der Einnahmen aus der Verrechnungssteuer entfallen auf die *Anteile an den Bundeseinnahmen*. Ausserdem umfassen sie fast einen Drittel der Einnahmen aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) sowie 20 Prozent des Ertrags aus dem Wehrpflichtersatz. Schliesslich enthalten sie die Debitorenverluste bei der Mehrwertsteuer und die übrigen Debitorenverluste (Zoll, LSVA). Der Rückgang der Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen erklärt sich im Wesentlichen aus den wegen der ungünstigen Konjunktur rückläufigen Erträgen aus der DBSt. Die Anteile der Kantone an den Bundessteuereinnahmen verzeichnen deshalb gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um 206 Millionen (-6,8%). Die Korrektur der LSVA-Schätzung nach unten führt ebenfalls zu einer entsprechenden Reduktion des Anteils der Kantone (-51 Mio. oder -10,9%). Gleich verhält es sich mit dem Gesamtbetrag der Debitorenverluste auf der Mehrwertsteuer, den Einfuhrzöllen und der LSVA (211 Mio.), der trotz gegenläufiger Entwicklungen der einzelnen Komponenten gegenüber 2009 um insgesamt 41 Millionen sinkt. Hingegen bleibt der Anteil an der Verrechnungssteuer (292 Mio.) gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert.

Die im Vergleich zum Voranschlag 2009 sinkenden Kosten für die *Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung* sind das Ergebnis gegenläufiger Entwicklungen: Die rückläufigen Ausgaben für die Passivzinsen (-942 Mio.) werden von der Zunahme

der Ausgaben für die Kommissionen, Abgaben und Gebühren der Bundestresorerie (+123 Mio.), die durch den wachsenden Finanzierungsbedarf im Jahre 2010 bedingt sind, nur geringfügig ausgeglichen. Die niedrigen Passivzinsen erklären sich zum einen vor allem mit der sinkenden Zinslast der Anleihen (-230 Mio.) aufgrund der Verringerung der finanziellen Grundlast (Nettorückerstattungen 2009 von fälligen Obligationen in einem Gesamtvolumen von ungefähr 5 Milliarden, kombiniert mit sinkenden Zinssätzen) und zum andern mit den hohen, für 2010 veranschlagten Agios (428 Mio.), die gleichbedeutend sind mit sinkender Zinsbelastung, sowie schliesslich mit den stark rückläufigen Geldmarktbuchforderungen (-245 Mio.). Die Abnahme der Geldmarktbuchforderungen trotz Zunahme des Emissionsvolumens gegenüber dem Vorjahresbudget (17,4 Mrd. gegen 12,5 Mrd. im 2009) sind, ebenso wie das grosse Volumen der Agios, den tieferen Zinssätzen zuzuschreiben. Dagegen verursachen die sehr niedrigen Zinssätze einen Mehraufwand bei den Zinsswaps (+48 Mio.). Der Grund dafür liegt darin, dass wenn die variablen Zinseinnahmen aus der Nettoposition an Payerswaps infolge sinkender Zinssätze stark rückläufig sind, der entsprechende Aufwand in diesem Bereich zunimmt. Die Mehrausgaben für die Kommissionen, Abgaben und Gebühren der Bundestresorerie erklären sich im Wesentlichen durch den höheren Finanzierungsbedarf im Jahr 2010, der sich in einem grösseren Emissionsvolumen niederschlägt (+4,8 Mrd. im kurzfristigen und +5,0 Mrd. im langfristigen Bereich). Zur Erinnerung: Die Kommissionen sind ab dem Zeitpunkt der Ausgabe für die ganze Laufzeit geschuldet.

Was den in diesem Aufgabenbereich budgetierten Finanzausgleich anbelangt, so belaufen sich die Transferzahlungen des Bundes im Rahmen des vertikalen Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleichs insgesamt auf 2903 Millionen, d.h. sie nehmen gegenüber 2009 um 99 Millionen (+3,6%) zu. Die Anpassung des vertikalen Ressourcenausgleichs und des Lastenausgleichs erfolgt nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaG) sowie des Bundesbeschlusses über die Festlegung der Grundbeiträge des Ressourcen- und Lastenausgleichs. Der Beitrag des Bundes an den vertikalen Ressourcenausgleich (1964 Mio.) wächst um 5,7 Prozent (+106 Mio.), entsprechend der Entwicklung des Ressourcenpotenzials aller Kantone zwischen 2009 und 2010. Der Lastenausgleich 2010 hängt von der Anpassung des Vorjahreswerts an die Teuerung ab. Da die Teuerungsrate Ende Mai 2009 negativ war, werden für 2010 7 Millionen weniger bereitgestellt als 2009 (695 Mio. statt 702 Mio.). Die eine Hälfte ist für den geografisch-topografischen

Lastenausgleich bestimmt (347,5 Mio.) und die andere für den sozio-demografischen Lastenausgleich. Schliesslich bleibt der 2009 geleistete Anfangsbetrag des Härteausgleichs (243 Mio.) im Jahr 2010 unverändert, weil beim Übergang zum Zahlungsjahr 2010 kein einziger ressourcenschwacher Kanton in die Kategorie der ressourcenstarken Kantone wechselt.

## 23 Verkehr

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010	Differenz zu VA 2009 absolut	%
<b>Verkehr</b>	<b>7 538</b>	<b>7 888</b>	<b>8 072</b>	<b>184</b>	<b>2,3</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	13,3	13,4	13,3		
Strassenverkehr	2 458	2 638	2 882	244	9,2
Öffentlicher Verkehr	4 989	5 142	5 054	-88	-1,7
Luftfahrt	91	108	137	29	26,6

Das Aufgabengebiet Verkehr wächst etwas weniger stark als der Gesamthaushalt (+2,5%) und weist im Vorjahresvergleich einen Zuwachs von 184 Millionen auf. Während die Ausgaben für den öffentlichen Verkehr zurückgehen, steigen jene für den Strassenverkehr und die Luftfahrt deutlich an.

Die Ausgaben für den *Strassenverkehr* wachsen um 9,2 Prozent:

- Der direkt aus dem Bundesbudget finanzierte Betrieb, Ausbau und Unterhalt der Nationalstrassen sinkt um 20 Millionen auf 1608 Millionen. Demgegenüber steigt deren Anteil an der jährlichen Einlage in den Infrastrukturfonds um 257 Millionen. Diese markante Erhöhung ergibt sich aufgrund von zwei Entwicklungen: Einerseits steigt die jährliche Einlage in den Infrastrukturfonds um 179 Millionen. Andererseits ergibt sich zwischen 2009 und 2010 eine Gewichtsverschiebung von den mit der jährlichen Einlage finanzierten dringlichen Agglomerationsprojekten zu den Nationalstrassen.
- Die Ausgaben für die Hauptstrassen nehmen um 1 Million auf 209 Millionen zu. Enthalten sind die durch das ASTRA ausgerichteten Hauptstrassenbeiträge (168 Mio., davon rund 60 Mio. als Globalbeiträge) sowie die via Infrastrukturfonds finanzierten Beiträge an Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen.
- Mit 72 Millionen liegen die aus dem Infrastrukturfonds getätigten Ausgaben für die übrigen Strassen um 4 Millionen über dem Vorjahreswert.

Zusätzlich zu diesem hohen Wachstum werden aus dem Infrastrukturfonds 441 Millionen für den Strassenbereich eingesetzt (zulasten Ersteinlage).

Einnahmen und Ausgaben des zweckgebundenen Fonds «Spezialfinanzierung Strassenverkehr» sind im Statistikteil des vorliegenden Bandes in Tabelle B43 dargestellt. Aufgrund stagnierender Einnahmen und wachsender Ausgaben ist ein negativer Saldo von -193 Millionen zu erwarten. Per Ende 2010 wird die Spezialfinanzierung damit einen voraussichtlichen Stand von 2383 Millionen erreichen.

Die Ausgaben für den *öffentlichen Verkehr* (öV) nehmen im Vorjahresvergleich ab (-88 Mio. bzw. -1,7%):

- Die Einlage in den FinöV-Fonds sinkt um 108 auf 1468 Millionen. Es handelt sich dabei um zweckgebundene Einnahmen aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe

(LSVA), der Mehrwertsteuer sowie der Mineralölsteuer. Bei der LSVA wird auf Grund der Rezession mit einem Rückgang der Einnahmen in der Höhe von 102 auf 836 Millionen gerechnet. Die Einnahmen aus dem Mehrwertsteuer-Promille sinken ebenfalls konjunkturell bedingt um 19 auf 307 Millionen. Dagegen erhöhen sich die Mineralölsteuereinnahmen (für 25 Prozent der Bauaufwendungen der NEAT-Basislinien) infolge der verstärkten Bauarbeiten am Gotthard- und Ceneri-Basistunnel und der Inbetriebsetzungsphase für den Gotthard-Basistunnel um 13 auf 325 Millionen.

- Wegen der im Jahr 2009 noch zu einem grösseren Teil für dringliche Agglomerationsprojekte im Schienenbereich verwendeten Einlage in den Infrastrukturfonds sinken die im Voranschlag 2010 für den öV zur Verfügung stehenden Beträge überdurchschnittlich (-20,2%). Die Beiträge für den Nationalstrassenbau steigen demgegenüber überdurchschnittlich.
- Die Abgeltungen für den regionalen Personenverkehr (RPV) steigen um rund 29 Millionen auf 804 Millionen. Neben der bereits im Finanzplan vorgesehenen Aufstockung ist die Erhöhung auf das geänderte Berechnungsmodell der Kapitalkosten der SBB sowie auf die Abdeckung der Mehrkosten aufgrund der Erhöhung der Energiepreise im Trassenpreis zurückzuführen.
- Ein hohes Wachstum verzeichnet die Güterverkehrsverlagerung (+34 Mio. bzw. +10,9%): Neben der Zunahme bei den Abgeltungen für den alpenquerenden Kombiverkehr wird neu auch der nicht-alpenquerende Schienengüterverkehr (vor allem Einzelwagenladungsverkehr) aufgrund des vom Parlament beschlossenen Gütertransportgesetzes vom 19.12.2008 gefördert.

Die Ausgaben für die *Luftfahrt* steigen im Vergleich zum Vorjahr deutlich an (+29 Mio. bzw. +26,6%). Verantwortlich für die starke Zunahme ist hauptsächlich die vorübergehende Abgeltung der Ertragsausfälle von Skyguide im benachbarten Ausland. Abgestimmt auf das mögliche Inkrafttreten der gesetzlichen Grundlage im Rahmen der 1. Teilrevision des Luftfahrtgesetzes per 1.7.2010 soll in diesem Jahr die Hälfte der prognostizierten Ertragsausfälle (22 Mio.) entschädigt werden. Zudem ermöglicht die gleiche rechtliche Basis, vorderhand zehn weitere gebührenfinanzierte Stellen im Sicherheitsbereich (+2 Mio.) zu schaffen. Daneben sind im Voranschlagsjahr 2010 für die Beschaffung eines Ersatzflugzeuges des BAZL 4 Millionen vorgesehen.

## 24 Landesverteidigung

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010	Differenz zu VA 2009	
				absolut	%
<b>Landesverteidigung</b>	<b>4 537</b>	<b>4 612</b>	<b>4 930</b>	<b>317</b>	<b>6,9</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	8,0	7,8	8,1		
Militärische Landesverteidigung	4 439	4 511	4 826	316	7,0
Nationale Sicherheitskooperation	97	102	103	2	1,5

Gegenüber 2009 nehmen die Ausgaben für die Landesverteidigung um 317 Millionen (+6,9%) zu. Ihr Anteil an den ordentlichen Ausgaben beträgt 8,1 Prozent, was einer Zunahme um 0,3 Prozentpunkte gegenüber dem Voranschlag 2009 entspricht. Das Aufgabengebiet umfasst neben der Militärischen Landesverteidigung auch die Nationale Sicherheitskooperation (Bevölkerungsschutz).

Das starke Ausgabenwachstum im Bereich der Landesverteidigung wird ermöglicht durch den Ausgabenplafond der Armee, der mit dem Entwicklungsschritt 08/11 um weitere drei Jahre (bis Ende 2011) verlängert wurde. Neben der Möglichkeit, Mittelverschiebungen von den Personal- zu den Sach- oder Rüstungsausgaben und umgekehrt vorzunehmen, besteht für die Armee damit weiterhin auch eine gewisse Flexibilität in zeitlicher Hinsicht (Übertragung von Kreditresten). Von dieser Möglichkeit macht der Bundesrat im Voranschlag 2010 Gebrauch, indem er den Plafond des VBS um insgesamt 136 Millionen aus Kreditresten früherer Jahre erhöht hat.

In der *Militärischen Landesverteidigung* enthalten sind auch die Ausgaben im Rahmen der «Internationalen militärischen Kooperation, Friedenserhaltung». Dieser Bereich der Landesverteidigung erfährt gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um 27 Millionen. Diese ist auf die Besonderheiten der Rechnungsstellung der obligatorischen Beiträge an die UNO zurückzuführen: Alle drei Jahre werden jeweils im letzten Jahr (2009) lediglich Zahlungen im Umfang von 6 Monaten, im ersten (2010) hingegen 18 Monate verrechnet. Klammert man diese Zunahme aus, nehmen die Ausgaben für die Militärische Landesverteidigung um insgesamt 290 Millionen zu.

Dieser Zuwachs hat im Wesentlichen die folgenden Ursachen:

- Rüstungsausgaben (+263 Mio): Dank dem Ausgabenplafond der Armee stehen 2010 für Rüstungsbeschaffungen deutlich

mehr Mittel zur Verfügung als in früheren Jahren. Gegenüber den Jahren 2007 und 2008 liegt der Zuwachs allerdings um 50 bis 100 Millionen tiefer als gegenüber 2009, als der Mehrbedarf bei den Betriebsausgaben zulasten des Rüstungsmaterials gedeckt werden musste.

- Ersatzmaterial und Instandhaltungsbudget (+60 Mio): Komplexere Systeme und deren intensivere Nutzung sowie die Finanzierung des Nachholbedarfs beim Ersatzmaterial und der Instandhaltung führen erneut zu einer Zunahme, nachdem schon im Voranschlag 2009 eine Zunahme im Umfang von 60 Millionen zu verzeichnen war.
- Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (-72 Mio): Die Anpassungen an die neuen Referenzwerte (Barrelpreis und Dollarkurs) im Zusammenhang mit der Beschaffung von Brenn- und Treibstoffen und die Sistierung des Lageraufbaus bei den Treibstoffen führen bei den Investitionen zu einem entsprechenden Minderbedarf.
- Die übrigen rund 40 Millionen der Zunahme sind hauptsächlich auf den erhöhten Bedarf bei den Arbeitgeberbeiträgen und -leistungen sowie die Lohnmassnahmen (Teuerungsausgleich) zurück zu führen.

2009 lag das Verhältnis zwischen den Betriebs- (Personal-, Sach- und Transferausgaben, inkl. Arbeitgeberbeiträge) und Rüstungsausgaben (Rüstungs- und Investitionsausgaben) bei 66 Prozent zu 34 Prozent. Durch die oben erwähnte Zunahme bei den Ausgaben für Rüstungsbeschaffungen verbessert sich 2010 das Verhältnis gegenüber dem Vorjahr auf 62 Prozent zu 38 Prozent. Die Verschiebung zugunsten der Rüstungsausgaben ist allerdings nicht auf eine Senkung der Betriebsausgaben – wie im Armeeleitbild XXI vorgesehen – zurückzuführen, sondern hauptsächlich durch die 2010 eingesetzten Kreditreste.

## 25 Bildung und Forschung

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010	Differenz zu VA 2009 absolut	%
<b>Bildung und Forschung</b>	<b>5 339</b>	<b>5 752</b>	<b>6 131</b>	<b>379</b>	<b>6,6</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	9,4	9,7	10,1		
Berufsbildung	573	630	704	74	11,8
Hochschulen	1 655	1 793	1 857	63	3,5
Grundlagenforschung	2 038	2 167	2 355	187	8,6
Angewandte Forschung	1 043	1 132	1 187	55	4,9
Übriges Bildungswesen	30	29	29	-1	-2,5

Der Aufgabenbereich Bildung und Forschung weist gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von 379 Millionen (+6,6%) auf. Für die Bildung werden 2590 Millionen oder rund 42 Prozent aufgewendet, während die Forschung 58 Prozent der Mittel beansprucht.

*Abgrenzung des Aufgabengebietes zu den Krediten der BFI-Botschaft:* Das Aufgabengebiet Bildung und Forschung beinhaltet zusätzlich zu den mit der BFI-Botschaft beantragten Krediten weitere Ausgaben. So werden namentlich Pflichtbeiträge an internationale Organisationen (86 Mio.), die Mietaufwendungen des ETH-Bereichs für die Immobilien im Eigentum des Bundes (der Mietaufwand wird dem ETH-Bereich ohne Anrechnung an den Zahlungsrahmen zur Verfügung gestellt; 284 Mio.) sowie weitere Kredite (v.a. Ressortforschung und Personalaufwand; 281 Mio.) nicht im Rahmen der BFI-Botschaft beantragt. Diese Kredite wachsen im Vergleich zum Vorjahr um 30 Millionen (+4,9%). Dieser Zuwachs ist jedoch durch zwei Sonderfaktoren verzerrt: Die Pflichtbeiträge an das CERN waren im Voranschlag 2009 aufgrund einer Kompensation von Beitragsvorschüssen der Schweiz um rund 31 Millionen geringer als das übliche Beitragsniveau. Weiter wirkt sich die unter angewandter Forschung beschriebene Reorganisation in der armasuisse mit einem Rückgang von 8 Millionen gegenüber dem Vorjahr aus. Ohne diese Sonderfaktoren beträgt der Zuwachs noch 7 Millionen (+1,2%). Der überwiegende Teil der Kredite dieses Aufgabenbereiches bildet jedoch Bestandteil der BFI-Botschaft (90%). Diese Kredite wachsen im Vorjahresvergleich um 6,7 Prozent (347 Mio.). Diese Rate liegt über dem vom Parlament im Rahmen der BFI-Botschaft 2008-2011 beschlossenen Zuwachs von durchschnittlich 6,2 Prozent pro Jahr. Das rührt daher, dass das Wachstum nicht gleichmässig auf die Beitragsperiode verteilt ist und von 2008 auf 2009 unterdurchschnittlich war (+3,3%).

Die *Berufsbildung* weist prozentual den höchsten Zuwachs innerhalb des Aufgabengebietes auf (+11,8%; +74 Mio.). Grund dieses Zuwachs ist hauptsächlich die Steigerung der Pauschalbeiträge an die Berufsbildung (+10,8%; +59 Mio.) sowie der Innovations- und Projektbeiträge (+27%; +14 Mio.). Dieses sehr starke finanzielle Engagement des Bundes ist die Folge der beabsichtigten Annäherung an die Richtgrösse für die Bundesbeteiligung von einem Viertel der Aufwendungen der öffentlichen Hand.

Die Beiträge an die *Hochschulen* wachsen mit 3,5 Prozent (+63 Mio.) weniger stark als das Aufgabengebiet. Innerhalb dieser Aufgabe sind jedoch unterschiedliche Trends zu verzeichnen: Insbesondere die Beiträge an die Fachhochschulen wachsen mit 9,3 Prozent überdurchschnittlich (+37 Mio.). Auch hier leistet der Bund grosse Anstrengungen, seinen gesetzlichen Anteil von einem Drittel an den anrechenbaren Aufwendungen der öffentlichen Hand zu erfüllen. Die Beiträge an den ETH-Bereich – welche allerdings zum überwiegenden Teil der Grundlagenforschung zugerechnet werden – weisen einen Zuwachs von 5,8 Prozent (+31 Mio.) auf. Dieser Zuwachs hängt auch mit der Umsetzung der Strategie für Hochleistungsrechnen (HPCN-Strategie) zusammen. Bei den Beiträgen an die kantonalen Hochschulen beträgt der Zuwachs rund 9 Millionen (+1,2%). Ein Rückgang ist bei den Beiträgen an die Bildungs- und Jugendprogramme der EU (-10 Mio.) zu verzeichnen, der lediglich den Pflichtbeitrag betrifft. Durch die verzögerten Verhandlungen mit der EU wird dieser Pflichtbeitrag im Jahr 2009 jedoch nicht zur Auszahlung gelangen, weshalb de facto sogar ein kleiner Zuwachs der Beiträge zu verzeichnen ist. Da auch im Jahr 2010 nicht der gesamte ursprünglich vorgesehene Pflichtbeitrag beansprucht werden wird, konnte eine Kompensation von 11 Millionen zugunsten der Umsetzung der HPCN-Strategie vorgenommen werden.

Bei den Forschungsausgaben wird zwischen Grundlagenforschung und der angewandten Forschung unterschieden. Die Ausgaben für die *Grundlagenforschung* weisen im Vorjahresvergleich mit 8,7 Prozent (+187 Mio.) absolut den höchsten Zuwachs aus. Die Grundlagenforschung umfasst beispielsweise die Beiträge an den Schweizerischen Nationalfonds SNF, das CERN, einen Teil der Leistungen an die Europäische Raumfahrtbehörde ESA sowie rund 60 Prozent des Bundesbeitrags an den ETH-Bereich. Substanzielle Zuwächse verzeichnen die Beiträge an den SNF (+12,1%; +80 Mio.), den ETH-Bereich (+5,8%; +69 Mio.) sowie das CERN (+31 Mio.). Beim SNF ist die Strategie des Bundesrates, die kompetitive Forschungsförderung und damit die Exzellenz der Schweizer Forschenden weiter zu stärken, Grund für die Aufstockung. Der SNF verwendet die zusätzlichen Mittel für die Ausweitung der Forschungsförderung und die verstärkte Abgeltung der indirekten Forschungskosten (Overhead-Beiträge). Beim CERN ist wie einleitend bereits erwähnt der Beitrag 2009 wegen einer Kompensation von Beitragsvorschüssen in den Vorjahren um 31 Millionen tiefer als das übliche Beitragsniveau.

Zur *angewandten Forschung* gehören namentlich die Ausgaben der Kommission für Technologie und Innovation (KTI), ein Teil der Beiträge an den ETH-Bereich, die ESA, die Ausgaben der landwirtschaftlichen Forschungsanstalten, sowie 90 Prozent der Mittel für die EU-Forschungsrahmenprogramme. Die angewandte Forschung weist einen im Vergleich zum Aufgabengebiet unterproportionalen Zuwachs von 4,9 Prozent (+55 Mio.) auf. Den höchsten Zuwachs verzeichnen die Beiträge an die Forschungsrahmenprogramme der EU (+11,5 %; +32 Mio.), an den ETH-Bereich (+5,8 %; +17 Mio.) sowie an die Kommission für Technologie und Innovation KTI (+8 %; +10 Mio.). Weiter sind Aufstockungen bei der bilateralen wissenschaftlichen Zusammenarbeit (+31,6 %; +3 Mio.) sowie den Beiträgen an die eu-

ropäische Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage XFEL (+24,4 %; +1 Mio.) zu verzeichnen. Demgegenüber sinkt das Globalbudget des Kompetenzbereichs W+T der armasuisse aufgrund einer Reorganisation und der Verschiebung von Produktgruppen um 8 Millionen.

Im *übrigen Bildungswesen* ist aufgrund der geringeren Beiträge an die Bildungs- und Jugendprogramme der EU ein Rückgang um 0,7 Millionen (-2,5 %) zu verzeichnen. Wie erwähnt, hängt dies mit der Verzögerung der integralen Teilnahme und der damit verbundenen Umlagerung der Mittel für die Umsetzung der HPCN-Strategie zusammen.

## 26 Landwirtschaft und Ernährung

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010	Differenz zu VA 2009	
				absolut	%
<b>Landwirtschaft und Ernährung</b>	<b>3 551</b>	<b>3 721</b>	<b>3 702</b>	<b>-19</b>	<b>-0,5</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	6,3	6,3	6,1		
Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen	279	283	281	-3	-0,9
Produktion und Absatz	611	539	492	-46	-8,6
Direktzahlungen	2 546	2 786	2 813	28	1,0
Übrige Ausgaben	115	113	115	2	1,7

Das Aufgabengebiet Landwirtschaft und Ernährung weist im Vergleich zum Vorjahr Minderausgaben von 19 Millionen (-0,5 %) auf. Die zusätzlichen Ausgaben bei den Direktzahlungen von 28 Millionen werden durch Minderaufwendungen im Bereich der Marktstützung (Milch- und Viehwirtschaft, Pflanzenbau sowie Ausführbeiträge gemäss «Schoggi-Gesetz») überkompensiert.

Der überwiegende Teil der Landwirtschaftsausgaben wird seit der Inkraftsetzung der Agrarpolitik 2002 per 1. Januar 2000 gemäss den Vorgaben des Landwirtschaftsgesetzes (LwG) über drei Zahlungsrahmen gesteuert. Das Parlament hat mit seinen Beschlüssen zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik (AP 2011) drei Zahlungsrahmen für die Jahre 2008-2011 verabschiedet. Diese betragen insgesamt 13 652 Millionen: Grundlagenverbesserungen und Sozialmassnahmen 739 Millionen, Produktion und Absatz 1885 Millionen, Direktzahlungen 11 028 Millionen.

Gut 75 Prozent oder 2813 Millionen der Agrarausgaben werden für allgemeine und ökologische *Direktzahlungen* eingesetzt, was Folge der sukzessiven Mittelumlagerung von der Marktstützung im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Agrarpolitik (AP 2011) ist. Mit Ausgaben von 2213 Millionen fliesst der Grossteil dieser Mittel in Form von allgemeinen Direktzahlungen an die Landwirtschaftsbetriebe. Die restlichen 600 Millionen werden als ökologische Direktzahlungen ausgerichtet.

Die Ausgaben der *Marktstützung* umfassen die Massnahmen der Absatzförderung, der Milch- und Viehwirtschaft, des Pflanzenbaus sowie die Ausführbeiträge für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte («Schoggi-Gesetz»). Dieser Aufgabenbereich nimmt im Vergleich zum Budget 2009 um 46 Millionen oder rund 9 Prozent ab, womit der Anteil an den Landwirtschaftsaus-

gaben noch gut 13 Prozent beträgt. Die Reduktion der Ausgaben ist schwergewichtig auf Mittelumlagerungen aus dem Milchbereich und dem Pflanzenbau zu den Direktzahlungen im Zusammenhang mit der AP 2011 zurückzuführen. In der Milchwirtschaft reduzieren sich die Ausgaben um 11 Millionen gegenüber dem Vorjahr und betragen neu noch 274 Millionen. Basierend auf den Parlamentsbeschlüssen zur AP 2011 werden ab 2009 zur Milchpreisstützung keine Inland- und Ausführbeihilfen, sondern nur noch Zulagen für verkäste Milch und für silagefreie Fütterung ausgerichtet. Weiter reduzieren sich aufgrund der AP 2011 auch die Ausgaben zugunsten des Pflanzenbaus um rund 27 Millionen gegenüber dem Vorjahr.

Die Massnahmen der *Grundlagenverbesserungen und Sozialmassnahmen* nehmen gegenüber dem Voranschlag 2009 um rund 3 Millionen ab, wobei sich in den beiden Bereichen unterschiedliche Entwicklungen ergeben. Die Grundlagenverbesserungen, deren Ausgaben schwergewichtig auf die Aufwendungen für Strukturverbesserungen, Investitionskredite sowie Pflanzen- und Tierzuchtmassnahmen entfallen, nehmen gegenüber dem Vorjahresbudget als Folge der 2. Stufe der wirtschaftlichen Stabilisierungsmassnahmen um 2 Millionen zu. Die Ausgaben für die Sozialmassnahmen nehmen dagegen um insgesamt rund 5 Millionen ab, was Folge der Minderaufwendungen für die Familienzulagen in der Landwirtschaft ist.

Bei den *Übrigen Ausgaben*, welche nicht über die landwirtschaftlichen Zahlungsrahmen gesteuert werden, sind im Bereich der Verwaltung Mehrausgaben von rund 2 Millionen budgetiert. Diese sind hauptsächlich auf höhere Aufwendungen beim Beratungswesen und bei den Vollzugs- und Kontrollarbeiten zurückzuführen.

## 27 Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit

Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Voranschlag	Differenz zu VA 2009	
	2008	2009	2010	absolut	%
<b>Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit</b>	<b>2 394</b>	<b>2 630</b>	<b>2 761</b>	<b>131</b>	<b>5,0</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	4,2	4,5	4,6		
Politische Beziehungen	645	697	764	67	9,6
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1 642	1 717	1 765	47	2,7
Wirtschaftliche Beziehungen	86	83	76	-7	-7,9
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	21	132	156	23	17,4

28 Prozent der Ausgaben in diesem Bereich entfallen auf den Sektor *politische Beziehungen*. Er umfasst insbesondere die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Schweiz, verschiedene Beiträge an die internationalen Organisationen (Organisation der Vereinten Nationen, Europarat, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, usw.), die Sitzstaatpolitik, die Förderung von Frieden und Sicherheit sowie weitere Beiträge wie denjenigen an die SRG-Sendungen für das Ausland. Der Mehrbedarf für diesen Bereich beträgt beinahe 67 Millionen. Diese Entwicklung ergibt sich insbesondere aus dem Mehrbedarf von 14 Millionen für den Pflichtbeitrag an die UNO, von dem bloss ein Drittel in diesem Sektor verbucht wird, von 9 Millionen für die Renovationsarbeiten am Centre William Rappard in Genf - dem WTO-Sitz - und etwas über 7 Millionen für die Operation Atalanta.

Auf den Sektor *Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)* entfallen knapp 64 Prozent der Ausgaben dieses Bereichs. Er umfasst die technische Zusammenarbeit und die Finanzhilfe, die humanitäre Hilfe, die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit, die Beteiligung an den regionalen Entwicklungsbanken, die Beiträge an die internationalen Entwicklungsorganisationen und die Hilfeleistungen an die Länder Osteuropas, die vom Ausschuss für Entwicklungshilfe (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) der öffentlichen Entwicklungshilfe zugerechnet werden. Im Vergleich zum Budget 2009 verzeichnet dieser Sektor eine Zunahme um 2,8 Prozent (+47 Mio.). Sie widerspiegelt die Bedeutung, die der Bund den Programmen zur Armutsbekämpfung beimisst, indem er zusätzliche Mittel investiert, um seine Anstrengungen auf diesem Gebiet zu erhöhen. Mehr als die Hälfte, nämlich 25 Millionen, ist eine Folge des Entscheides der Schweiz, sich an der Wieder-

auffüllung der Ressourcen der Internationalen Entwicklungsorganisation IDA (einer Filiale der Weltbank), des Afrikanischen Entwicklungsfonds und des Asiatischen Entwicklungsfonds zu beteiligen. Diese Beteiligung umfasst auch einen Beitrag an die multilaterale Entschuldung. Gemäss internen Schätzungen dürfte der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe knapp 0,46 Prozent des Bruttonationaleinkommens betragen.

Etwas weniger als 3 Prozent des Aufwandes für diesen Bereich entfallen auf den Sektor *wirtschaftliche Beziehungen*. Er umfasst zur Hauptsache die Beiträge an die internationalen Organisationen im Wirtschaftsbereich, namentlich die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA), die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), den Internationalen Währungsfonds (IWF), die Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) und die Welt handelsorganisation (WTO). Gegenüber dem Vorjahresbudget nimmt der Aufwand für diesen Bereich global um 0,6 Prozent ab. Ursache dieser Abnahme ist die abgeschlossene Finanzierung von 32 Millionen Ziehungsrechten im Jahre 2009 (rund 70 Mio. Franken) in 10 Tranchen.

Der Bereich *Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU*, auf den 5% Prozent des Aufwandes in diesem Bereich entfallen, umfasst die Hilfe an die Transitionsländer sowie den Beitrag der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten Europäischen Union (Kohäsion). Im Vergleich zum Vorjahresbudget nimmt der Aufwand in diesem Aufgabenbereich um beinahe 23 Millionen zu. Diese Zunahme entfällt vollumfänglich auf die für die Kohäsion bestimmten Mittel.

## 28 Übrige Aufgabengebiete

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010	Differenz zu VA 2009 absolut %	
<b>Übrige Aufgabengebiete</b>	<b>4 814</b>	<b>5 241</b>	<b>5 764</b>	<b>523</b>	<b>10,0</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	8,5	8,9	9,5		
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 273	2 492	2 549	57	2,3
Ordnung und öffentliche Sicherheit	836	950	980	31	3,2
Kultur und Freizeit	429	413	442	28	6,9
Gesundheit	220	214	218	4	1,7
Umweltschutz und Raumordnung	651	738	982	245	33,2
Wirtschaft	405	434	593	159	36,5

Die Ausgaben der übrigen sechs Aufgabengebiete des Bundes belaufen sich auf rund 9,5 Prozent des Gesamthaushaltes. Im Vergleich zum Voranschlag 2009 weisen sie per saldo einen Anstieg um 523 Millionen resp. 10,0 Prozent aus. Dieses überdurchschnittlich hohe Wachstum erklärt sich zur Hauptsache mit der erstmaligen Rückvergütung der CO<sub>2</sub>-Lenkungsabgabe, der Ausgliederung des Schweizerischen Nationalmuseums sowie verschiedenen Massnahmen der dritten Stufe des Konjunkturstabilisierungsprogramms. Unter Ausklammerung dieser Effekte beläuft sich das Wachstum auf 2,6 Prozent und entspricht damit in etwa dem durchschnittlichen Zuwachs des Gesamthaushalts.

Im Aufgabengebiet *Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen* nehmen die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um 57 Millionen (+2,3%) zu. Rund 12 Millionen dieses Anstieges entfallen auf den Bereich Departementsführung, wo insbesondere Mehraufwendungen beim Personal und im IKT-Bereich zu verzeichnen sind. Die Ausgabensteigerungen im Bereich Steuern und Abgaben von insgesamt 21 Millionen sind u.a. auf die Beschaffung neuer LSVA-Erfassungsgeräte (+9 Mio.) sowie die Weiterentwicklung der IT (INSIEME) bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung (+4 Mio.) zurückzuführen. Rund 15 Millionen des Ausgabenzuwachses erklären sich schliesslich mit der Realisierung verschiedener Projekte, von denen insbesondere Investitionen in den Bereichen Meteorologie (+7 Mio.) und Landestopographie (+4 Mio.) sowie bei der Volkszählung 2010 (+3 Mio.) hervorzuheben sind.

Das Aufgabengebiet *Ordnung und öffentliche Sicherheit* verzeichnet ein Ausgabenwachstum von 31 Millionen, was einer Zunahme von 3,2 Prozent entspricht. Diese entfällt zu je einem Drittel auf die Bereiche Polizeidienste und Strafvollzug, Grenzkontrollen und die Eidgenössischen Gerichte. Währenddem im Aufgabengebiet Polizeidienste und Strafverfolgung Beiträge an ausserordentliche Schutzaufgaben der Kantone und Städte (+3 Mio.) sowie Betriebsbeiträge an Erziehungseinrichtungen (+3 Mio.) von Bedeutung sind, wirkt sich auch bei den Grenzkontrollen die Beschaffung der neuen LSVA-Erfassungsgeräte (+5 Mio.) aus. Beim Bundesgericht schliesslich sind Kostensteigerungen von 10 Millionen vorgesehen, von denen gut 5 Millionen auf den Übergang zu einer neuen Informatik-Plattform zurückzuführen sind.

Das Ausgabenwachstum im Aufgabengebiet *Kultur und Freizeit* beläuft sich auf 28 Millionen (+6,9%). Ein Grossteil dieses Zuwachses (+20 Mio.) erklärt sich mit der Verselbstständigung

des Schweizerischen Nationalmuseums (SNM) und der damit einhergehenden Verrechnung der Unterbringungskosten: Die Ausgliederung des SNM führt zur Umwandlung der bisherigen Leistungsverrechnung in einen finanzierungswirksamen Unterbringungsbeitrag, der damit neu in der Auswertung nach Aufgabengebieten erscheint. Da beim Bundesamt für Bauten und Logistik Einnahmen in derselben Höhe anfallen, bleiben diese Ausgaben für den Bundshaushalt jedoch saldoneutral. Im Bereich des Sports hat die Ausdehnung des J+S-Alters auf fünf- bis zehnjährige Kinder ein Ausgabenwachstum von rund 7 Millionen zur Folge.

Ein unterdurchschnittliches Ausgabenwachstum von 1,6 Prozent (+4 Mio.) ist im Aufgabengebiet *Gesundheit* zu verzeichnen. Der Kostenanstieg von einer Million im Bereich der Tiergesundheit wird vollumfänglich im Aufgabengebiet Landwirtschaft und Ernährung kompensiert. Die Kostensteigerungen im Bereich der Lebensmittelsicherheit (+2 Mio.) stehen im Zusammenhang mit verschiedenen Projekten zur verbesserten Kennzeichnung und Überwachung von Lebensmitteln.

Das starke Ausgabenwachstum von 245 Millionen (+33,2%) im Bereich *Umweltschutz und Raumordnung* erklärt sich zur Hauptsache mit der erstmaligen Rückvergütung der CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffen (+218 Mio.) sowie mit Basiseffekten bei der Rückerstattung der VOC-Abgabe (+9 Mio.). Ohne diese Effekte beträgt das Wachstum in diesem Aufgabengebiet 3,6 Prozent. Dies ist im Wesentlichen auf auslaufende Fristen zur Einreichung von Projekten im Bereich Lärmschutz zurückzuführen, die steigende Gesuchzahlen bei den Kantonen zur Folge haben (+21 Mio.). Die Mehrausgaben im Bereich Hochwasserschutz werden demgegenüber teilweise kompensiert durch das Auslaufen der Arbeiten zur Beseitigung der Unwetterschäden 2005 im Kanton Obwalden.

Im Aufgabengebiet *Wirtschaft* ist das Ausgabenwachstum von 159 Mio. (+36,5%) primär auf die vom Parlament beschlossene Teilzweckbindung der CO<sub>2</sub>-Abgabe zurückzuführen, die für die Ausweitung des Gebäudesanierungsprogramms (+100 Mio.) verwendet wird. In die gleiche Richtung wirken verschiedene Massnahmen der dritten Stufe des Konjunkturstabilisierungsprogramms. Diese umfassen insbesondere Massnahmen in den Bereichen Exportförderung (+23 Mio.) und Standortförderung (+17 Mio. für digitale Signatur) sowie eine Aus- und Weiterbildungsoffensive im Energiebereich (+15 Mio.).

### 31 Notwendigkeit zusätzlicher Massnahmen

Als Reaktion auf die sich rasch verschlechternde Konjunkturlage beschloss der Bundesrat am 12. November 2008 ein stufenweises stabilitätspolitisches Vorgehen und verabschiedete eine erste Stufe stabilisierender Massnahmen. Am 11. Februar 2009 folgten angesichts der weiteren Verschärfung der Rezession im Rahmen einer zweiten Stufe zusätzliche Massnahmen. Beide Pakete betrafen das Budget für das Jahr 2009, wobei die Vorgaben der Schuldenbremse eingehalten wurden.

Am 29. Mai 2009 verabschiedete der Bundesrat in Erfüllung des Postulates 08.3764 der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates zuhanden des Parlamentes einen Bericht, in dem er das stabilitätspolitische Vorgehen erläuterte. Als Stossrichtungen wurden genannt:

- Vermeidung oder Eindämmung prozyklischer Entscheide,
- Vermeidung zusätzlicher Arbeitslosigkeit und
- Fortsetzung der Wachstumspolitik und Massnahmen zur Promotion des Wirtschaftsstandortes.

Aufgrund der sich im Sommer 2009 präsentierenden schlechten Wirtschaftsaussichten beschloss der Bundesrat am 17. Juni 2009, die dritte Stufe der Stabilisierungsmassnahmen auszulösen.

Einerseits geht es darum, die Konjunktur soweit als möglich zu stabilisieren, um damit den Anstieg der Arbeitslosigkeit zu bremsen. Dabei soll eine Verfestigung der Arbeitslosigkeit verhindert und die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die Arbeitslosenquote im nächsten Aufschwung rasch und deutlich gesenkt werden kann. Andererseits soll die Schweiz vom nächsten Aufschwung voll profitieren können. Eine nachhaltige Wachstumspolitik verbunden mit einer moderaten Staatsverschuldung bilden hierfür die unabdingbare Ausgangslage.

Aufgrund dieser Zielsetzung entschied sich der Bundesrat für Massnahmen in den folgenden Bereichen:

- Die Instrumente der Arbeitslosenversicherung (ALV) sollen ergänzt werden, um die erwartete besonders starke Zunahme von Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen (350 Millionen Franken).
- Im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie (25 Millionen) und der Auslandpromotion von exportorientierten Industrienetzwerken (25 Millionen) sollen zusätzliche Finanzhilfen gewährt werden.

Mit der zweitgenannten Massnahme sollen die Voraussetzungen verbessert werden, dass die Schweiz beim wiedereinsetzenden weltwirtschaftlichen Aufschwung voll profitieren kann.

### Übersicht über die Ausgabenpositionen

Massnahme	Mio. CHF
Vermeidung zusätzlicher Arbeitslosigkeit/Aus- und Weiterbildungsoffensive Energiebereich	350
Informations- und Kommunikationstechnologie	25
Zusätzliche Auslandpromotion von exportorientierten Industrienetzwerken	25
<b>Total</b>	<b>400</b>

Flankierend wirken bereits beschlossene Massnahmen zur Abfederung von rezessionsverstärkenden Effekten: Erstens hat der Bundesrat am 29. Mai 2009 für das Jahr 2010 einen einmaligen Sonderbeitrag von 200 Millionen zur Verbilligung der Krankenkassenprämien beschlossen. Zweitens hat das Parlament beschlossen, die Mehrwertsteuerreform vorzeitig auf Anfang 2010 einzuführen, was eine Reduktion der Abgaben von 150 Millionen bedeutet. Drittens bleibt die Kaufkraft im Jahr 2010 erhalten, weil die allfällige Mehrwertsteuererhöhung, die der IV zugute kommen soll, auf 2011 verschoben wird.

Der Bundesrat hat dem Parlament für die Herbstsession 2009 eine Botschaft zu einem Bundesgesetz über befristete konjunkturelle Stabilisierungsmassnahmen im Bereich des Arbeitsmarktes und der Informations- und Kommunikationstechnologien unterbreitet. Darin werden die gesetzlichen Grundlagen zur Durchführung der dritten Stufe der Stabilisierungsmassnahmen geschaffen.

## 32 Massnahmen im Bereich des Arbeitsmarktes

### Übersicht der Massnahmen im Bereich des Arbeitsmarktes

Arbeitsmarktmassnahme	Anzahl Teilnehmer/innen	Dauer in Monaten	Ausgaben in Mio. CHF
<b>Jugendarbeitslosigkeit</b>			
Bildungsmassnahmen für stellenlose Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger der beruflichen Grundbildung	min. 8 000	max. 12	40
Förderung des Einstiegs in den Arbeitsmarkt	2 000	6	12
Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger und Praktika	4 000	6	0
Durchdiensten in der Armee	350	10	0
<b>Langzeitarbeitslosigkeit und Aussteuerung</b>			
Befristete Anstellungen in Stellennetzen	7 400	6	238
Befristete Anstellungen für Sonderaufgaben	500	4.5	15
<b>Qualifizierung während der Arbeitslosigkeit</b>			
Weiterbildung während der Kurzarbeit	5 000	2	30
Forschungseinsätze während der Kurzarbeit			0
<b>Qualifizierung im Energiebereich</b>			
Verstärkung Programm energiewissen.ch			1
Weiterbildung und Umschulung im Energiebereich (Passerellenprogramm)	max. 1 400		14
<b>Total</b>			<b>350</b>

Die ALV ist grundsätzlich gut auf «normale» Rezessionen vorbereitet. Das aktuelle Gesetz erlaubt es, rasch auf sich verändernde Arbeitsmarktbedingungen zu reagieren und die nötigen finanziellen Ressourcen bereit zu stellen. Für das Jahr 2010 budgetiert sie 875 Millionen für arbeitsmarktliche Qualifizierungs-, Beschäftigungs- und Spezialmassnahmen.

Wegen des ausserordentlich raschen Anstiegs der Arbeitslosigkeit und der möglicherweise tieferen und vor allem länger dauernden Rezession soll das Instrumentarium der ALV zeitlich befristet mit zusätzlichen Massnahmen ergänzt werden, um auf die Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit angemessen zu reagieren.

Die zusätzlichen Massnahmen sind nach Auffassung des Bundesrates aus zwei Gründen ausserhalb des ALV-Budgets zu finanzieren und zu organisieren. Erstens befindet sich die ALV in einem schlechten finanziellen Zustand. Ihre Schulden werden 2010 die gesetzliche Grenze, deren Überschreitung den Bundesrat zu einer Beitragserhöhung verpflichtet, überschreiten. Zweitens spricht der Zielkonflikt zwischen dem Anliegen der ALV, ihre Massnahmen auf eine rasche Wiederintegration auszurichten, und der Notwendigkeit, vorübergehend arbeitslose Personen zu beschäftigen, weil rezessionsbedingt zu wenig Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, für eine Finanzierung dieser zusätzlichen Massnahmen aus dem Bundesbudget.

#### **Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit**

##### *Bildungsmassnahmen für stellenlose Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger der beruflichen Grundbildung*

Mit Finanzhilfen für bis zu zwölfmonatigen Weiterbildungen für stellenlose Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger der beruflichen Grundbildung wird ein zusätzlicher Anreiz geschaffen,

um Stellen- und Arbeitslosigkeit sinnvoll zu überbrücken. Jugendliche mit beruflicher Grundbildung können beispielsweise anerkannte Zertifikate auf dem Gebiet der Sprachen oder der Informatik erwerben. Diese Massnahmen sind so auszugestalten, dass Mitnahmeeffekte möglichst gering gehalten werden.

##### *Förderung des Einstiegs in den Arbeitsmarkt*

Dem Arbeitgeber sollen während maximal sechs Monaten Finanzhilfen gewährt werden, wenn jüngere Stellensuchende bis zum vollendeten 30. Altersjahr mit wenig Berufserfahrung unbefristet eingestellt werden. Mit dieser Massnahme werden jüngere arbeitslose Personen integriert, die mindestens sechs Monate erfolglos einen Arbeitsplatz gesucht haben und von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht sind.

##### *Weiterbeschäftigung von Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern und Erhöhung des Angebots an Praktika*

Der Bund reagiert auf die angespannte Arbeitsmarktlage insbesondere für junge Erwachsene und baut unter der Federführung des Eidgenössischen Personalamtes (EPA) befristet das Angebot an Lehrstellen und Hochschulpraktika in der Bundesverwaltung aus.

Im Rahmen des Projektes PONTE des EPA werden rund 60 zusätzliche befristete Stellen für Lehrabgängerinnen und -abgänger des Bundes geschaffen, die nach ihrer beruflichen Ausbildung noch keine Anschlusslösung gefunden haben. Das EPA plant zudem einen Ausbau der Hochschulpraktika von aktuell 380 auf rund 450 Plätze und eine Ausweitung des Lehrstellenangebotes um 100 zusätzliche Lehrstellen. Mit diesen Personalmassnahmen will der Bund ein arbeitsmarktpolitisches Zeichen setzen und mit gutem Beispiel vorangehen.

#### *Durchdiener in der Armee fördern*

Die Armee ist im Rahmen der gesetzlichen und bestandesmässigen Vorgaben aufgrund der aktuellen Wirtschaftssituation bereit, ab sofort die Anzahl der Durchdienerplätze um 300–400 auf 3000 pro Jahr zu erhöhen. Durchdiener haben die Möglichkeit, ihre Militärdienstleistung am Stück zu absolvieren, bei entsprechender Eignung Führungserfahrung zu gewinnen und entsprechend verzögert wieder in den Arbeitsmarkt einzutreten. Die durchschnittlichen Kosten pro Durchdiener belaufen sich pro Dienstag auf 34.90 Franken und sind somit gleich hoch wie bei allen Rekruten. Diese Kosten verstehen sich exklusiv Aufwendungen für Material, Bekleidung und dergleichen.

Für die Finanzierung der zwei letztgenannten Massnahmen ist unter dem vorliegenden Titel kein besonderer Ausgabenbeschluss zu fassen.

#### **Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit**

##### *Befristete Anstellungen in Stellennetzen für Einsätze in nicht profitorientierten Organisationen*

Bereits in den Neunzigerjahren wurden gute Erfahrungen mit Stellennetzen gemacht. Diese Organisationen vermitteln stellensuchende Personen in Einsatzplätze. Die Stellennetze sollen erneut genutzt werden, um arbeitslose Personen für befristete Einsätze zu vermitteln. Durch die Anstellungen können arbeitslose Personen auf dem Arbeitsmarkt beschäftigt werden und brauchen ihre Taggelder der ALV weniger schnell auf. Die Anstellungen sollen eine arbeitsmarktliche Perspektive bieten. Dies kann durch Anstellungen in Berufsgebieten erreicht werden, in denen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nützliche Erfahrungen sammeln und Kontakte aufbauen können.

Die Anstellungen sollen auf sechs Monate beschränkt werden. Die Organisationskosten sowie der Stellennetze die berufs- und ortsüblichen Löhne werden durch das dritte Stabilisierungspaket mitfinanziert. Von den Organisationen kann eine finanzielle Beteiligung verlangt werden. Dabei muss darauf geachtet werden, dass der Vollzug des Zivildienstes gewährleistet bleibt.

##### *Befristete Anstellungen für Sonderaufgaben in nicht profitorientierten Organisationen*

Arbeitslose Personen sollen zu berufs- und ortsüblichen Löhnen für Sonderaufgaben befristet angestellt werden. Dabei sollen ganze Gruppen von Arbeitslosen für eine bestimmte Sonderaufgabe engagiert werden. Im Rahmen der Vorabklärung wurden verschiedene Organisationen aus den Bereichen Tourismus, Natur, Jugend und Sport kontaktiert. In diesen Bereichen besteht Bedarf für die Durchführung von solchen Einsätzen. Zielsetzung, Ausgestaltung und Rahmenbedingungen für die Einsätze sind die gleichen wie bei den Stellennetzen. Von den Organisationen kann eine finanzielle Beteiligung verlangt werden. Auch hier muss darauf geachtet werden, dass der Vollzug des Zivildienstes gewährleistet bleibt.

#### **Qualifizierungsmassnahmen**

##### *Weiterbildung während der Kurzarbeit*

Während Phasen der Kurzarbeit haben Unternehmen die Möglichkeit, Weiterbildungen für die betroffenen Angestellten zu organisieren. Es werden hauptsächlich Sprachkurse, aber auch verschiedene Fachkurse (technische Neuentwicklungen, Umgang mit neuen Materialien, Unfallverhütung usw.) durchgeführt. Diese bereits bestehende Möglichkeit soll vermehrt genutzt werden. Weiterbildungskosten, die während der Kurzarbeit anfallen, sollen neu befristet vom Bund mitfinanziert werden. Dabei sollen die Beträge (wie bei der Kurzarbeitsentschädigung) nicht direkt den Mitarbeitenden, sondern den Betrieben ausgezahlt werden. Der Arbeitgeber soll die Möglichkeit erhalten, bei Bedarf mit Einbezug der Branchenverbände die Mitfinanzierung solcher Qualifizierungsmassnahmen aus dem Stabilisierungspaket zu beantragen.

Zusätzlich zur Förderung der Weiterbildung ist vorgesehen, Artikel 35 Absatz 1<sup>bis</sup> AVIG für die Dauer des Gesetzes nicht anzuwenden. In dieser Zeit darf der Arbeitsausfall auch länger als vier Abrechnungsperioden 85 Prozent der normalen betrieblichen Arbeitszeit überschreiten.

#### **Aus- und Weiterbildungsoffensive im Energiebereich**

Mit dem anlaufenden Gebäudesanierungsprogramm und der rasch steigenden Anzahl von Heizungen und Wasserwärmern auf der Basis von erneuerbaren Energien verschärft sich der Mangel an qualifizierten Fachleuten in der Installationsbranche und im Bauhandwerk (Dach, Wand und Fenster) und bei den direkt betroffenen Planerberufen. Rekrutierungsaktionen für diese Berufe bei Schulabgängerinnen und Schulabgängern und die Schaffung neuer Lehrstellen sind teilweise eingeleitet, die Wirkungen treten aber erst mit einer Verzögerung von mehreren Jahren ein. Schnellere Resultate können dagegen erzielt werden, wenn Berufsleute aus branchennahen Tätigkeitsfeldern in den Energie- bzw. Gebäudebereich umsteigen. Hierzu soll es eine breit angelegte Weiterbildungs- und Umschulungsinitiative geben. Im Rahmen dieses «Passerellenprogramms» soll der Bund einerseits die nötige Schulung einschliesslich der Lehrmittel finanzieren und andererseits Beiträge an Betriebe zahlen können, die Personen beschäftigen, die in einer solchen Umschulung stehen. Parallel dazu soll das bereits 2009 angelaufene Mehrjahresprogramm «energiewissen.ch» punktuell verstärkt werden. Die Umsetzung der Umschulungsaktion erfordert eine enge Zusammenarbeit mit den Branchenorganisationen. Mit diesen Anstrengungen wird, entsprechend der bundesrätlichen Energiestrategie, ein Beitrag zu mehr Energieeffizienz und zur Förderung erneuerbarer Energien geleistet.

#### **33 Finanzhilfe für den Kauf von SuisselD-Karten**

Der Bundesrat will die Zeit der Krise nutzen, um im Sinne der Wachstumsförderungs politik Strukturen so vorzubereiten, dass diese die Wirtschaft zur Zeit des Aufschwungs optimal unterstützen. Er sieht den Handlungsbedarf insbesondere bei der Förderung, bzw. Bereitstellung fundamentaler Komponenten,

die für einen funktionierenden und vertrauenswürdigen elektronischen Wirtschaftsraum unverzichtbar sind. Dazu gehören insbesondere:

- Die Weiterentwicklung der digitalen Signatur zur «SuisseID» als Mittel zur sicheren Authentisierung im elektronischen Geschäfts- und Behördenverkehr, inkl. Massnahmen zur Absatzförderung.
- Begleitmassnahmen zur Förderung des elektronischen Wirtschaftsraums: (Pilotprojekte, Verbreitung der Unternehmens-Identifikationsnummer (UID), Befähigung der Akteure und Harmonisierung des elektronischen Funktionsnachweises, Anschubfinanzierung priorisierter Vorhaben der E-Government-Strategie Schweiz).

Insgesamt sollen im Voranschlag 2010 für diese Massnahmen im Rahmen der dritten Stufe der Stabilisierungsmassnahmen 25 Millionen aufgewendet werden.

Eine Voraussetzung für die gedeihliche Entwicklung des elektronischen Geschäftsverkehrs ist ein sicherer elektronischer Identitätsnachweis. Gemeinsam mit den Lieferanten von ZertES-konformen Signaturkarten soll eine SuisseID-Karte mit digitaler Signatur (wie bisher) und zusätzlich ein sicherer elektronischer Identitätsnachweis konzipiert werden. Diese Karte wird ab 2010 von den bisherigen Anbietern vertrieben. Der Bund fördert den Absatz in der Startphase (Jahr 2010) durch eine Finanzhilfe pro gekaufte Karte und verhilft damit – zusammen mit anderen Massnahmen – dem Produkt auf dem Markt zum Durchbruch.

### **34 Zusätzliche Auslandpromotion von exportorientierten Industrienetzwerken**

Da ein grosser Teil der oft sehr kleinen, aber innovativen Schweizer KMU branchenmässig kaum organisiert ist, übersteigt der Aufwand für Internationalisierung, Markterschliessung und Bewerbung der Produkte vielfach ihre Möglichkeiten. Der Zusammenschluss in Exportplattformen bietet diesen Unternehmen die Gelegenheit, unter einem gemeinsamen Dach neue Märkte zu erschliessen.

Die Planung der Marketingaktivitäten erfolgt nach einer klaren Strategie, wobei in einem ersten Schritt die Schweiz als Exporteurin für eine gewisse Branche bekanntgemacht und verankert wird. In einem zweiten Schritt sollen durch Messeteilnahmen, Fachtagungen, Publikationen, Delegationsreisen und Matchmaking-Missionen die Plattformen breit abgestützt, ihre Ziele bekannt gemacht und neue Mitglieder gewonnen werden. Die Osec leistet organisatorische Unterstützung im Aufbau und Betrieb der Strukturen und in einer professionellen Vermarktung und Vernetzung der Exportplattform. Für diese Massnahme sollen im Voranschlag 2010 im Rahmen der dritten Stufe der Stabilisierungsmassnahmen 25 Millionen aufgewendet werden. Die definitive Auswahl der Branchen und ihre wechselseitige Abgrenzung erfolgt aufgrund der Potenzial- und Bedarfsanalyse.

Folgende Bereiche stehen nach einer Voranalyse bei der Bildung von Exportplattformen im Vordergrund: Umwelttechnologien und erneuerbare Energie, Health and Life Sciences, Architektur, Design/Industriedesign und Engineering, Autozulieferer und Infrastruktur. Nach einer Anschubfinanzierung in der Aufbauphase sollen die Plattformen rasch ihre Tragfähigkeit beweisen. Über die Aufbauphase hinaus werden die Plattformen noch während zwei bis drei Jahren im Rahmen des ordentlichen Exportförderkredits organisatorisch und marketingmässig unterstützt.

### **35 Volkswirtschaftliche Wirkungen der Stabilisierungsmassnahmen**

Die Massnahmen im Arbeitsmarktbereich mildern die Auswirkungen der Krise für die am stärksten betroffenen Personen.

- Junge Erwachsene sollen auf dem Arbeitsmarkt Fuss fassen können, um in eine berufliche Tätigkeit einzusteigen. Ferner werden durch die berufliche Integration mögliche soziale Kosten vermieden.
- Längere Abwesenheit vom Arbeitsmarkt wegen Arbeitslosigkeit führt zu einem erschwerten Wiedereinstieg. Die Massnahmen sollen deshalb den Kontakt der Stellensuchenden zum Erwerbsleben fördern.
- Durch Qualifizierungsmassnahmen können bei den Arbeitskräften Wissen und Fähigkeiten aufgebaut werden (Humankapital). Dies führt im Aufschwung zu grösseren Wachstumschancen. Dabei verspricht eine gezielte Qualifizierung ausgerichtet auf eine bestimmte Arbeitsstelle grosse Erfolgchancen. Dies gilt vor allem für die Qualifizierungsmassnahmen im Energiebereich, wo als Grundlage für die Umsetzung der Politik Fachleute sehr gefragt sind.

Von den Massnahmen im Bereich des Arbeitsmarktes können im Jahr 2010 insgesamt über 28 000 Personen profitieren. Diese Massnahmen haben auch konsumstützende Wirkung.

Im Bereich der Exportindustrie werden gezielte Zusammenschlüsse von zum Teil kleinen exportorientierten Unternehmen erlauben, Skaleneffekte zu nutzen und somit sowohl Produkte wie auch Knowhow zu vertreiben.

Im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie wird ein Anstoss für die Einführung einer digitalen Signatur und Identifikation gegeben, welche in Zukunft zu administrativer Entlastung führen kann.

Die konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen werden eine positive Auswirkung auf die Kantone und Gemeinden haben. Einerseits profitieren Kantone und Gemeinden von den Massnahmen und der daraus folgenden Stabilisierung der Wirtschaft. Andererseits werden die regionalen Arbeitsvermittlungsstellen entlastet, weil infolge der Stabilisierungsmassnahmen weniger Personen arbeitslos sind und von diesen Stellen unterstützt und vermittelt werden müssen.

Das für die Budgetierung unterstellte Konjunkturszenario entspricht der Juni-Prognose der Expertengruppe des Bundes für Konjunkturprognosen. Demnach dürfte die Wirtschaftskrise im Jahr 2009 mit einem Rückgang des realen Bruttoinlandsproduktes von 2,7 Prozent die Talsohle erreichen und die Schweizer Wirtschaft im zweiten Halbjahr 2010 – trotz negativem Jahreswachstum von 0,4 Prozent – wieder auf den Wachstumspfad zurückfinden. Diesem Basisszenario liegt die Annahme einer im Vergleich zum Ausland relativ robusten Entwicklung der Schweizer Binnennachfrage sowie einer Erholung der Weltwirtschaft ab 2010 zugrunde.

Allerdings besteht über den zeitlichen Verlauf und die Stärke der erwarteten Erholung eine relativ grosse Unsicherheit. So hängt der Aufschwung in der Schweiz entscheidend von der weltwirtschaftlichen Entwicklung ab. Dabei ist weder eine länger anhaltende globale Rezession noch eine raschere internationale Wachstumsbelebung mit entsprechend positiven Auswirkungen auf die Schweiz auszuschliessen. Eine Möglichkeit die beschriebene Unsicherheit offen zu legen, besteht in der Simulation alternativer Budgetszenarien. Zu diesem Zweck hat die Eidg. Finanzverwaltung zwei makroökonomische Szenarien formuliert – ein pessimistisches («Bad case-Szenario») und ein optimistisches («Good case-Szenario») – und deren Auswirkungen auf den Bundeshaushalt berechnet.

### Bad case-Szenario

Das pessimistische Szenario geht von der Annahme aus, dass insbesondere die privaten Konsumausgaben aufgrund einer schlechteren Einkommens- und Arbeitsmarktentwicklung markant zurück gehen. Darüber hinaus wird unterstellt, dass sich der erwartete Aufschwung bei den wichtigsten Handelspartnern der Schweiz verzögert. Ein solches Szenario würde sich in einer zusätzlichen realen Wachstumseinbusse von rund drei Prozent äussern (kumuliert 2009 und 2010). Ein leichter wirtschaftlicher Aufschwung würde erst im Jahr 2011 einsetzen.

Die Berechnung der Auswirkungen dieses Szenarios auf den Bundeshaushalt zeigen, dass im Voranschlagsjahr 2010 weitere Mindereinnahmen in der Höhe von 1,5 Milliarden zu erwarten wären. Aufgrund der weiteren Abnahme der Wirtschaftsleistung nimmt der Konjunkturfaktor indessen deutlich zu. Das damit verbundene konjunkturell zulässige Defizit würde dadurch um rund 1,2 Milliarden ansteigen und insgesamt ein negatives Finanzierungsergebnis von 3,7 Milliarden erlauben. Gleichzeitig erfährt der Bundeshaushalt – primär aufgrund niedrigerer Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen – ausgabenseitige Entlastungen. Diese Entlastungen und das höhere konjunkturelle Defizit kompensieren in etwa die zusätzlichen Mindereinnahmen. Die Ergebnisse zeigen somit, dass im Voranschlagsjahr auch in einem pessimistischeren Szenario kein zusätzlicher Bereinigungsbedarf entstünde.

### Good case-Szenario

Das optimistische Budgetszenario unterstellt, dass die weltweit ergriffenen Konjunkturmassnahmen rasch wirken und die Finanzkrise keine weiteren negativen Effekte auf die reale Wirtschaft zeitigt. In der Folge wird ein starker und synchroner Aufschwung der Weltwirtschaft erwartet mit entsprechend positiven Auswirkungen auf die Schweiz: Die Nachfrage nach Exporten zieht markant an, und auch die privaten Investitionen entwickeln sich deutlich besser. Bereits im Voranschlagsjahr 2010 könnte wieder mit einem realen Wirtschaftswachstum von über einem halben Prozent gerechnet werden.

Auch unter diesen Voraussetzungen würde sich der strukturelle Saldo im Voranschlagsjahr 2010 kaum verändern. Zwar resultieren aufgrund der besseren Konjunktorentwicklung Mehreinnahmen in der Höhe von rund 800 Millionen. Gleichzeitig nimmt aber der Konjunkturfaktor ab und das zulässige Defizit reduziert sich dadurch um rund 600 Millionen. Der verbleibende Spielraum würde allerdings durch höhere Ausgaben bei den Einnahmenanteilen praktisch aufgebraucht.

Die beiden Budgetszenarien zeigen die konjunkturgerechte Ausgestaltung der Schuldenbremse: Änderungen im konjunkturellen Umfeld haben nur sehr begrenzte Auswirkungen auf den strukturellen Saldo. Somit müssen im Falle einer weiteren konjunkturellen Verschlechterung im Voranschlagsjahr 2010 trotz Mindereinnahmen keine Sparmassnahmen ergriffen werden. Umgekehrt erlaubt ein frühzeitiger Aufschwung keine zusätzlichen Ausgaben. Dank diesem Mechanismus kann der Bundeshaushalt seine Wirkung als automatischer Stabilisator somit frei entfalten.

Diese Einschätzung gilt allerdings nicht für die Finanzplanjahre. Während der Voranschlag primär von der kurzfristigen konjunkturellen Entwicklung geprägt ist, hängt in der Finanzplanperiode das Gleichgewicht im Bundeshaushalt entscheidend von der mittelfristigen Entwicklung der Wirtschaft ab. Von entscheidender Bedeutung ist dabei, ob die Schweizer Wirtschaftsleistung in Zukunft wieder das frühere Produktionspotenzial erreicht. Diese Aspekte werden in einem separaten Kapitel in Band 5 behandelt.

Volkswirtschaftliche Eckwerte  
(Basisszenario und Alternativszenarien; BIP real)

in Prozent	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010	Finanzplan 2011
Good Case-Szenario	-2,7	0,8	2,5
Basisszenario	-2,7	-0,4	1,5
Bad Case-Szenario	-3,8	-2,2	0,4



## 51 Personal

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010	Differenz zu VA 2009	
				absolut	%
<b>Personalaufwand</b>	<b>4 501</b>	<b>4 802</b>	<b>4 969</b>	<b>167</b>	<b>3,5</b>
<b>Personalaufwand zu Lasten von Personalkrediten</b>	<b>4 396</b>	<b>4 705</b>	<b>4 858</b>	<b>153</b>	<b>3,2</b>
<b>Legislative</b>	<b>64</b>	<b>70</b>	<b>71</b>	<b>1</b>	<b>1,6</b>
Entschädigungen für Parlamentarier	35	37	38	1	2,7
Personalaufwand <sup>1</sup>	29	32	32	0	0,3
Übriger Personalaufwand	–	–	–	–	–
<b>Judikative</b>	<b>119</b>	<b>136</b>	<b>138</b>	<b>2</b>	<b>1,5</b>
Bezüge Bundesrichter <sup>1</sup>	33	35	36	1	2,3
Personalaufwand <sup>1</sup>	85	100	100	0	-0,3
Übriger Personalaufwand	1	1	2	1	100,0
<b>Exekutive</b>	<b>4 138</b>	<b>4 337</b>	<b>4 374</b>	<b>37</b>	<b>0,9</b>
Bezüge BR und BK	4	4	4	0	0,0
Bezüge Kommissionen	1	1	1	0	11,1
Personalaufwand <sup>1</sup>	4 019	4 200	4 233	33	0,8
Personalaufwand Lokalpersonal EDA <sup>1</sup>	50	60	63	3	5,7
Übriger Personalaufwand	65	73	73	0	-0,3
<b>Global- und Spezialkredite</b>	<b>67</b>	<b>103</b>	<b>205</b>	<b>102</b>	<b>98,8</b>
Erwerbsbehinderte <sup>1</sup>	–	12	12	0	0,0
Hochschulpraktikanten <sup>1</sup>	–	7	8	2	25,4
Lernende <sup>1</sup>	–	13	15	2	13,8
Lohnmassnahmen <sup>2</sup>	–	0	39	39	–
Arbeitgeberbeiträge global <sup>3</sup>	–	27	77	50	186,9
Arbeitgeberleistungen <sup>4</sup>	67	44	53	9	20,4
<b>Umstrukturierungen</b>	<b>7</b>	<b>59</b>	<b>71</b>	<b>12</b>	<b>20,0</b>
Sozialplan	0	33	26	-7	-20,4
Vorruhestand	7	26	45	19	70,6
<b>Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten</b>	<b>105</b>	<b>97</b>	<b>111</b>	<b>14</b>	<b>14,4</b>
Aufwand für befristet angestelltes Personal <sup>1</sup>	105	97	111	14	14,4
<b>Personalausgaben</b>	<b>4 555</b>	<b>4 802</b>	<b>4 969</b>	<b>167</b>	<b>3,5</b>

1 Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge

2 V10 vorsorglich eingestellte Lohnmassnahmen

3 R08 dezentralisiert; V09 für zentral eingestellte Kredite reserviert (nach Abtretung); V10 für Lohnmassnahmen und zentral eingestellte Kredite sowie zum Ausgleich der Arbeitgeberbeiträge bei Altersdifferenzen reserviert (vor Abtretung).

4 VLVA-Überbrückungsrenten nach Art. 88i BPV (Verordnung über die Leistungen bei vorzeitigem Altersrücktritt von Bediensteten in besonderen Dienstverhältnissen), Arbeitgeberzusatzleistungen VLVA, Berufsunfall und Berufsinvalidität, Altlasten PKB (Prozessrisiken)

### Übersicht

Der Personalaufwand wird nach den drei staatlichen Gewalten gegliedert. Hinzu kommen die Global- und Spezialkredite, die zentral vom Eidg. Personalamt (EPA) budgetiert und bewirtschaftet werden. Gegenüber dem Voranschlag 2009 steigt der Personalaufwand um 167 Millionen (+3,5%) an. Der Anstieg begründet sich vorab durch Aufstockungen bei der Exekutive sowie den Global- und Spezialkrediten.

### Legislative

Der Personalaufwand bei der Legislative nimmt – wegen den höheren Entschädigungen für Parlamentarier – um 1 Million zu.

### Judikative

Die Bezüge der Richter sowie der übrige Personalaufwand der Judikative erfahren gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg von je einer Million.

### Exekutive

Der für die Kostensteuerung massgebende Personalaufwand der Exekutive nimmt gegenüber dem Voranschlag 2009 um 37 Millionen (+0,9%) zu. Die Zunahme beim Personalaufwand ist eine Nettogrösse aus Mehrausgaben von 69 Millionen und Minderungen von 33 Millionen.

Der Mehrbedarf resultiert aus stellenseitigen Erhöhungen. Hauptursachen für diese Entwicklung sind personelle Verstärkungen im Asylbereich (14,5 Mio.) und im VBS (16,5 Mio.), personelle Aufstockungen im FLAG-Bereich aufgrund Mittelverschiebungen innerhalb von Globalbudgets (24 Mio.) sowie diverse kleinere Aufstockungen in allen Departementen, welche im Rahmen der Gesamtbeurteilung Ressourcen im Personalbereich beschlossen wurden (14,5 Mio.).

Demgegenüber steht die Ausgliederung des Landesmuseums (EDI) in den dritten Kreis. Dies führt zu einer Abnahme des Personalaufwandes um rund 15 Millionen. Hinzu kommt eine Ab-

nahme der Aufwendungen für Temporärpersonal (5 Mio.) sowie bei den dezentral eingestellten Arbeitgeberbeiträgen (12 Mio.).

### **Global- und Spezialkredite**

#### *Hochschulpraktikanten und Lernende:*

Der Kredit für Hochschulpraktika und Lernende wächst im Voranschlag 2010 um 4 Millionen auf insgesamt 23 Millionen an. Der Bund reagiert damit auf die Jugendarbeitslosigkeit und baut unter der Federführung des EPA befristet sein Angebot an Lehrstellen und Hochschulpraktika aus. Im Rahmen des Projektes PONTE werden rund 60 zusätzliche befristete Stellen für Lehrabgängerinnen und -abgänger des Bundes geschaffen, die noch keine Anschlusslösung nach ihrer beruflichen Ausbildung gefunden haben. Zudem ist ein Ausbau der Hochschulpraktika von aktuell 380 auf rund 450 Plätze und eine Ausweitung des Lehrstellenangebotes um 100 zusätzliche Lehrstellen vorgesehen. Mit diesen Personalmaßnahmen will der Bund ein arbeitsmarktpolitisches Zeichen setzen und mit gutem Beispiel gegen die Jugendarbeitslosigkeit vorangehen.

#### *Lohnmassnahmen:*

In den Lohngesprächen vom 12. Juni 2009 ist den Spitzen der Personalverbände für 2010 ein voller Teuerungsausgleich in Aussicht gestellt worden. Dafür sind im Voranschlag 19 Millionen eingestellt was einem Ausgleich von 0,5 Prozent entspricht.

Im Dezember 2008 hat der Bundesrat eine Anpassung der Arbeitszeitmodelle beschlossen. Diese Anpassung dient dazu, die hohen Rückstellungen im Bereich der Ferien- und Überzeitguthaben zu reduzieren bzw. zu vermindern. Erreicht wird dies im Wesentlichen durch eine flächendeckende Einführung der Vertrauensarbeitszeit im Kaderbereich und die monetäre Abgeltung der Treueprämien. Für die Umsetzung dieser Massnahmen sind zusätzlich 20 Millionen eingestellt. Die effektiv veranschlagten Kosten belaufen sich jedoch auf 35 Millionen. 15 Millionen müssen von den Departementen in den bestehenden Personalkrediten aufgefangen werden.

#### *Arbeitgeberbeiträge*

Die Arbeitgeberbeiträge erhöhen sich insgesamt um 40 Millionen (vgl. Band 1, Ziff. 62/10). Diese Zunahme ist insbesondere auf die Entwicklung der Personalbezüge (Lohnmassnahmen und stellenseitige Aufstockungen) zurückzuführen.

#### *Arbeitgeberleistungen*

Die Arbeitgeberleistungen nehmen gegenüber dem Voranschlag 2009 um gut 9 Millionen zu. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Zunahme der pendenten Prozessrisiken (3 Mio.) sowie der Überbrückungsrenten nach Artikel 88 f BPV (3 Mio.). Hinzu kommen Aufstockungen in der Höhe von 3 Millionen wegen Leistungen bei vorzeitigem Altersrücktritt besonderer Personalkategorien nach Artikel 33 BPV.

#### *Umstrukturierungen*

Die Kosten Aufwendungen für die Sozialpanlösungen nehmen aufgrund der Sistierung des Abbaus im VBS um 7 Millionen ab. Hingegen nimmt der Vorruhestand nach Artikel 34 BPV um 19 Millionen zu. Diese Zunahme steht im Zusammenhang mit dem Systemwechsel bei vorzeitigem Altersrücktritt von besonderen Personalkategorien. Der starke Kostenrückgang im Jahr 2008 war nur eine vorübergehende Erscheinung. Die Aufwendungen der neuen Regelung werden über die nächsten drei Jahre wieder kontinuierlich ansteigen und sich ab dem Jahr 2011 stabilisieren. Dies, weil dann erstmals drei volle Jahrgänge im Genuss der Vorruhestandsregelung sein werden.

#### *Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten*

Der Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten steigt im Voranschlag 2010 um 14 Millionen (+ 14,4%) an. Davon entfallen rund 10 Millionen auf die Entwicklungszusammenarbeit im EDA / DEZA. Die restlichen 4 Millionen begründen sich mit Aufstockungen im EVD (2,3 Mio.) und UVEK (0,9 Mio.) sowie einigen kleineren Posten.

## 52 Informations- und Kommunikationstechnologien IKT

In der Bundesinformatik besteht eine Trennung zwischen Leistungserbringern (LE) und Leistungsbezüglern (LB). Das ermöglicht eine bessere Zuordnung der Verantwortung und die Schaffung einer Auftraggeber/-nehmersituation.

Die *Leistungserbringer* (BIT, Informatikdienstleistungszentren des EDA, EJPD, EVD und Führungsunterstützungsbasis der Armee (FUB) des VBS, welche Teil des Verteidigungsbereichs ist) erbringen als Service-Center Leistungen insbesondere gegenüber den Dienststellen der zentralen Bundesverwaltung und verrechnen seit der Einführung des NRM auch sämtliche bundesinternen Leistungen kreditwirksam (Leistungsverrechnung, LV, auf der Basis einer Planvollkostenrechnung). Die Leistungsverrechnung beläuft sich 2010 auf 421 Millionen. Daneben erbringen das BIT und das ISC EJPD in geringem Umfang auch Leistungen ausserhalb der zentralen Bundesverwaltung (z.B. für swissmedic, Publica, AHV-Fonds, Eidg. Alkoholverwaltung); diese Leistungen werden finanzierungswirksam entschädigt. Die IKT-LE werden seit dem 1. Januar 2007 mit Ausnahme der FUB als FLAG-Ämter mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt.

Die für die Leistungserbringung erforderlichen Mittel (Personalaufwand, Sach- und Betriebsaufwand, Abschreibungen sowie Investitionsausgaben) werden bei den LE eingestellt. Durch die Leistungserbringung erwirtschaften diese Ertrag: finanzierungswirksam von den externen Bezüglern, LV von den bundesinternen Bezüglern. Dem LV-Ertrag der LE stehen LV-Aufwände der verschiedenen LB (Dienststellen) gegenüber.

Gemessen am für die Leistungserbringung benötigten Aufwand ist die FUB mit 328 Millionen der grösste IKT-LE. Es folgen BIT (325 Mio.), ISC EJPD (82 Mio.) und IDZ EDA (37 Mio.). Kleinster Leistungserbringer ist das ISCECO des EVD (15 Mio.). Gegenüber der letztjährigen Voranschlagsbotschaft ist der Aufwand der FUB bedeutend gestiegen, da der Aufwand neu nun auch die Abschreibungen auf den Anlagegütern der FUB enthält. Damit sollten nun alle der FUB zurechenbaren Aufwände erfasst sein.

Die *Leistungsbezüglern* können ihre IKT-Leistungen bei bundesinternen LE oder – im Einverständnis mit ihrem Departement – bei externen LE beziehen. Die LB budgetieren die für den Bezug von IKT-Leistungen notwendigen Mittel: finanzierungswirksam für extern bezogene Leistungen und LV für bundesintern bezogene Leistungen. Bei den finanzierungswirksamen Mitteln der Leistungsbezüglern handelt es sich insbesondere um Aufwand und Ausgaben für den Kauf bzw. die Entwicklung von amtsspezifischen Fachanwendungen und deren Betrieb.

Folgende IKT-Kredite werden zentral eingestellt und gesteuert:

- Departemente: Informatikreserve und Mittel für Projekte, bei denen der Entscheid betreffend einer externen oder internen Leistungserbringung noch nicht gefallen ist.

- Bund: zentral budgetierte und durch den Informatikrat Bund (IRB) im Sinne einer strategischen Steuerung freizugebende Mittel (beim GS EFD: Informatikreserve Bund, IKT-Wachstum Bund und Querschnittsprojekte).

Die in der Tabelle ausgewiesenen Zahlen setzen sich wie folgt zusammen:

- Aufwand: finanzierungswirksamer und nichtfinanzierungswirksamer Aufwand von LB und LE sowie LV-Aufwand der LE für bundesintern bezogene Leistungen wie Mieten oder Büromaterial.
- Ertrag: finanzierungswirksame Erträge, welche die LE gegenüber externen Dritten erwirtschaften.
- Investitionsausgaben: Investitionsausgaben von LB und LE.
- Ausgaben: finanzierungswirksamer Aufwand und Investitionsausgaben.

Die Leistungsverrechnung zwischen IKT-LE (LV-Ertrag) und LB (LV-Aufwand) wird nicht ausgewiesen, da den LV-Aufwänden der LB finanzierungswirksame Aufwände bei den LE gegenüberstehen und diese Aufwände sonst doppelt enthalten wären.

Der finanzierungswirksame *Ertrag* der Informatik-Leistungserbringer steigt gegenüber dem Voranschlag 2009 um 7 Millionen (+43,8 %) auf 23 Millionen. Dieser wird vom BIT und vom ISC EJPD mit Leistungen für bundesnahe Institutionen mit öffentlicher Zweckbestimmung (z.B. swissmedic, AHV-Fonds, Publica und Eidg. Alkoholverwaltung) sowie für Massnahmen im Zusammenhang mit Überwachungen des Post- und Fernmeldeverkehrs erzielt. Die Zunahme ist auf eine allgemein höhere Nachfrage der externen Kunden sowie auf die erstmalige Erbringung von Betriebsleistungen an swissmedic durch das BIT zurück zu führen. Im Weiteren wurde die Einnamenschätzung der Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs im ISC EJPD aufgrund der Erfahrungswerte der Vorjahre um 1 Million nach oben angepasst.

Der budgetierte *Aufwand* für die Informations- und Kommunikationstechnologien steigt gegenüber dem Voranschlag 2009 um 58 Millionen an (+5,5 %). Von dieser Erhöhung entfallen 21 Millionen auf die Leistungserbringer und 37 Millionen auf die Leistungsbezüglern. Der Anteil des IKT-Aufwands am Funktionsaufwand des Bundes steigt erneut von 10,5 % im Voranschlag 2009 auf 11,7 % im Voranschlag 2010. Von diesem Mehraufwand von 58 Millionen sind 14 Millionen auf einen technisch bedingten Strukturbruch zurück zu führen; Die Aufwendungen des Bundesamtes für Strassen (ASTRA) für Informatikanwendungen im Nationalstrassenbereich wurden im Voranschlag 2009 neu als Informatikaufwand ausgewiesen. Im Hinblick auf den Voranschlag 2010 waren nochmals Anpassungen bei der Kontierung nötig. Unter Ausklammerung dieses Sonderfaktors beträgt das Aufwandwachstum 44 Millionen (+4,2 %). Es lässt sich

## Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010	Differenz zu VA 2009	
				absolut	%
<b>Erfolgsrechnung</b>					
<b>Ertrag</b>	<b>28</b>	<b>16</b>	<b>23</b>	<b>7</b>	<b>43,8</b>
Ertrag aus Informatikleistungen	17	6	12	6	100,0
Übriger Ertrag	11	10	11	1	10,0
<b>Aufwand</b>	<b>874</b>	<b>1 056</b>	<b>1 114</b>	<b>58</b>	<b>5,5</b>
Personalaufwand (nur Leistungserbringer)	270	279	324	45	16,1
Sach- und Betriebsaufwand	546	668	676	8	1,2
Hardware Informatik	50	62	52	-10	-16,1
Software	42	53	41	-12	-22,6
Informatik Betrieb/Wartung	99	116	120	4	3,4
Informatikentwicklung, -beratung, -dienstleistungen	192	275	295	20	7,3
Telekommunikation	51	40	44	4	10,0
Übriger Sach- und Betriebsaufwand (nur Leistungserbringer)	112	122	124	2	1,6
Abschreibungen	58	109	114	5	4,6
<b>Investitionsrechnung</b>					
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>96</b>	<b>142</b>	<b>124</b>	<b>-18</b>	<b>-12,7</b>
Investitionen Informatiksysteme	65	94	69	-25	-26,6
Investitionen Software	31	47	55	8	17,0
Übrige Investitionen (nur Leistungserbringer)	-	1	-	-1	-100,0
<b>Ausgaben</b>	<b>824</b>	<b>990</b>	<b>1 021</b>	<b>31</b>	<b>3,1</b>
Finanzierungswirksamer Aufwand	728	848	897	49	5,8
Investitionsausgaben	96	142	124	-18	-12,7

durch Mehraufwand im Rahmen laufender sowie die Inangriffnahme neuer Informatikprojekte erklären:

- 8 Millionen für die beschleunigte Umsetzung der Strategie E-Government Schweiz (3. Stufe der konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen, ohne Beiträge für digitale Signatur);
- 8 Millionen für Projekte im V-Bereich;
- 6 Millionen für den Betrieb der Anwendungen und Infrastruktur von Schengen/Dublin und dem Biometriepass;
- 4 Millionen für das Projekt Service Orientierte Architektur Bund, je 3 Millionen durch die Projekte Go4Geo der swisstopo (technische Infrastruktur für Ablage Geodaten und Betrieb Geodienste), «INSIEME» (Gesamterneuerung der Fachanwendungen der ESTV), Spesenprozess Bund, Agrarsektorenadministration und für diverse neue Projekte beim Bundesamt für Statistik.

Betrachtet man das Aufwandwachstum gegliedert nach *Aufwandarten*, so steigt der Personalaufwand der Leistungserbringer um 45 Millionen, der Sach- und Betriebsaufwand um 8 Millionen und die Abschreibungen um 5 Millionen.

Der Anstieg beim *Personalaufwand* der Leistungserbringer um 45 Millionen ist hauptsächlich bedingt durch neue Stellen beim BIT (+23 Mio.), der FUB (+16 Mio.) und dem ISC EJPD (+5 Mio.).

Der Mehraufwand beim BIT wird intern kompensiert durch die Umwandlung von Beratermandaten in feste Anstellungsverhältnisse, was in diesem Fall kostengünstiger ist. Das ISC EJPD benötigt zusätzliche Stellen für den Betrieb von Anwendungen und Infrastruktur im Zusammenhang mit Schengen/Dublin und dem Biometriepass. Beim *Sach- und Betriebsaufwand* sind gegenläufige Entwicklungen zu verzeichnen: Während der Aufwand für die Entwicklung von neuen Projekten (+20 Mio.), Betrieb (+4 Mio.), Telekommunikation (+4 Mio.) und übrigen Sach- und Betriebsaufwand der Leistungserbringer (+2 Mio.) steigt, sinkt der Aufwand für Hardware (-10 Mio.) und Software (-12 Mio.). Die wichtigsten Projekte, bei denen Mehraufwand ausgewiesen wird, wurden weiter oben bereits erwähnt. Der Rückgang bei der Hardwarebeschaffung ist bei der FUB zu verzeichnen, die im Zusammenhang mit dem Projekt Büroautomation Bund im Voranschlag 2009 eine Spitze bei der Hardwarebeschaffung verzeichnete. Die Abnahme bei der Software ist auf eine Kontierungsänderung beim BIT zurück zu führen. Die *Abschreibungen* steigen um 5 Millionen. 2 Millionen fallen neu beim ASTRA an. Eine Zunahme von 2 Millionen betrifft Abschreibungen beim Bundesamt für Polizei v.a. für die Projekte Biometriepass und Schengen/Dublin.

Die *Investitionsausgaben* sinken gegenüber dem Voranschlag 2009 um 18 Millionen (-12,7%). Dieser Rückgang resultiert aus zwei gegenläufigen Entwicklungen. Einerseits nehmen die Investitionen in Informatiksysteme um 25 Millionen ab (-12 Mio. Projekt Schengen/Dublin, -12 Mio. V-Bereich). Andererseits

steigen die Investitionen in Software um 8 Millionen. Davon betreffen 5 Millionen das ASTRA (Anpassung Kontierung) und die übrigen 3 Millionen Softwareentwicklungen bei verschiedenen Dienststellen. Von den Investitionsausgaben von total 124 Millionen entfallen 50 Millionen auf die Leistungserbringer und 74 Millionen auf die Leistungsbezüger.

Die *Ausgaben* steigen insgesamt um 31 Millionen und betragen im Total 1021 Millionen. Sie setzen sich zusammen aus dem finanzierungswirksamen Aufwand (897 Mio.) und den Investitionsausgaben (124 Mio.). Der finanzierungswirksame Aufwand berechnet sich folgendermassen: Aufwand minus nicht finanzierungswirksamer Aufwand (Abschreibungen 114 Mio.) minus LV-Aufwand der Leistungserbringer (103 Mio.).

### 53 Bundestresorerie

Die Bundestresorerie sorgt dafür, dass die Zahlungsbereitschaft des Bundes sowie der ihr angeschlossenen Betriebe und Anstalten jederzeit gewährleistet ist. Der Finanzierungsbedarf wird grundsätzlich durch Mittelaufnahmen am Geld- und Kapitalmarkt gedeckt. Die benötigten Devisen im Bereich USD und EUR werden für das Budgetjahr mittels Termingeschäften an den Devisenmärkten gedeckt. Zum Ausgleich von Liquiditätsschwankungen hält der Bund angemessene Tresoreriemittel, welche sicher und zinstragend angelegt sind.

Im Jahr 2010 wird die Bundestresorerie Mittel für folgende Zahlungsbedürfnisse abdecken: Die Deckung des defizitären ordentlichen Haushalts beansprucht 2,4 Milliarden. Für den Vorschuss an den Fonds für Eisenbahngrossprojekte werden voraussichtlich 0,4 Milliarden benötigt. Zudem sind 0,4 Milliarden für den Abbau der Ersteinlage in den Infrastrukturfonds geplant. Weiter müssen die ALV-Darlehen im Betrag von rund 5 Milliarden auf-

gestockt werden. Diesem Zahlungsbedarf stehen Zuflüsse aus ausserordentlichen Einnahmen (CO<sub>2</sub>-Abgabe: 0,2 Mrd.; Zins UBS-Pflichtwandelanleihe: 0,6 Mrd.) sowie bei der Sparkasse des Bundespersonals (100 Mio.) gegenüber.

Insgesamt wird im Jahr 2010 mit einem *Netto-Finanzierungsbedarf* von 7,3 Milliarden gerechnet. Im 2009 konnte noch mit einem Netto-Mittelüberschuss von rund 1,2 Milliarden gerechnet werden. Die notwendigen Mittel wird die Bundestresorerie am Geld- und Kapitalmarkt beschaffen. Die wichtigsten Geldbeschaffungsinstrumente sind die Anleihe und die Geldmarktbuchforderungen. Bei den Anleihen ist eine Nettogeldaufnahme von 1,8 Milliarden geplant. Bei Fälligkeiten von insgesamt 8,7 Milliarden ergibt dies für 2010 Neuemissionen in der Höhe von 10,5 Milliarden. Der Stand der ausstehenden Anleihen wird damit Ende 2010 rund 90 Milliarden betragen. Bei den Geldmarktbuchforderungen wird mit einem Volumen von 17,3 Milliarden per Ende 2010 gerechnet. Allfällige kurzfristige Mittelbedürfnisse und Schwankungen der Tresoreriemittel werden im Rahmen des täglichen Cashmanagements durch Geldmarktkredite und -anlagen abgedeckt. Das weiterhin regelmässige Auftreten des Bundes am schweizerischen Kapitalmarkt hilft auch in Zukunft eine angemessene Marktliquidität im Segment der Bundesanleihen zu gewährleisten. Am Kapitalmarkt gelten die Renditen der Bundesanleihen als Referenzgrösse. Das heisst, dass die Renditen der Obligationen anderer Schuldner mit jener der «Eidgenossen» verglichen werden. Die Bundesanleihen weisen dank der erstklassigen Bonität des Bundes die tiefsten Renditen auf.

Im Rahmen des *Devisen-Bewirtschaftungskonzepts* wird die Tresorerie Fremdwährungen für das Budget 2010 von je rund 400 Millionen EUR und USD beschaffen beziehungsweise absichern. Weiter sichert die Bundestresorerie laufend Spezialfinanzierungen in USD und EUR ab.

## 54 Beratungsaufwand

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010	Differenz zu VA 2009 absolut	%
<b>Beratungsaufwand</b>	<b>263</b>	<b>272</b>	<b>270</b>	<b>-2</b>	<b>-0,8</b>
Allgemeiner Beratungsaufwand	236	253	258	4	1,7
Allgemeiner Beratungsaufwand Unselbständige	22	12	7	-5	-41,2
Kommissionen	5	8	6	-2	-21,7
<b>Beratungsausgaben</b>	<b>262</b>	<b>272</b>	<b>270</b>	<b>-2</b>	<b>-0,8</b>

Unter «Beratungsaufwand» werden Dienstleistungen ausgewiesen,

- a. deren *Empfänger der Bund* ist: Zur Beratung zählen somit Gutachten, Expertisen, Auftragsforschung sowie fachliche Beratung in Fragen der Politikgestaltung, der Kommunikation oder der Führung, nicht jedoch Subventionen, die über einen Dienstleistungsvertrag ausbezahlt werden (z.B. im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit); und
- b. die einen *Beitrag zur Optimierung von Bundesaufgaben* leisten: Die externe Leistung muss einen Mehrwert für die Aufgabenerfüllung durch den Bund darstellen. Nicht zur Beratung zählen externe Dienstleistungen, bei denen die Aufgabenerfüllung an Dritte übertragen wird (z.B. Übersetzungen, Durchführung von Kampagnen, externe Revisionen, usw.).

Der Beratungsaufwand umfasst ausschliesslich finanzierungswirksame Ausgaben.

Im Vorjahresvergleich bleibt der Beratungsaufwand praktisch konstant (-2 Mio.; -0,8 %). Während die Ausgaben für die Strassen- und Brückenforschung um 15 Millionen ansteigen, nehmen die Beratungsleistungen im Verteidigungsbereich aufgrund von Projektverzichten und anderen Prioritäten beim Mitteleinsatz um 14 Millionen ab. Die zahlreichen übrigen Veränderungen liegen grösstenteils deutlich unter 1 Million pro Kredit. Mehraufwänden u.a. für Aufträge in den Bereichen Umweltforschung und Gesundheit stehen verschiedene Rückgänge gegenüber, u.a. aufgrund des Auslaufens der 2009 erarbeiteten Aktionspläne «Energieeffizienz» und «Erneuerbare Energien» oder infolge des vereinfachten Zulassungsverfahrens für den Zivildienst und der damit verbundenen Auflösung der Zulassungskommission.

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010	Differenz zu VA 2009 absolut	%
<b>Erfolgsrechnung</b>					
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>2 124</b>	<b>2 675</b>	<b>1 941</b>	<b>-734</b>	<b>-27,4</b>
Funktionsertrag (Globalbudget)	2 055	1 914	1 851	-63	-3,3
Regalien und Konzessionen	26	23	25	2	9,5
Übriger Ertrag	42	739	65	-674	-91,2
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>4 999</b>	<b>5 186</b>	<b>5 117</b>	<b>-69</b>	<b>-1,3</b>
Funktionsaufwand (Globalbudget)	3 636	3 853	3 815	-38	-1,0
Transferaufwand	1 259	1 288	1 238	-50	-3,9
Übriger Aufwand	105	45	64	19	42,0
<b>Ausserordentlicher Aufwand</b>	<b>400</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Investitionsrechnung</b>					
<b>Ordentliche Investitionseinnahmen</b>	<b>38</b>	<b>32</b>	<b>32</b>	<b>0</b>	<b>0,5</b>
Veräusserung Sach- und immaterielle Anlagen (Globalbudget)	35	30	30	0	0,0
Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen	3	2	2	0	8,5
<b>Ordentliche Investitionsausgaben</b>	<b>2 317</b>	<b>2 559</b>	<b>2 672</b>	<b>114</b>	<b>4,4</b>
Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)	1 309	1 536	1 469	-67	-4,4
Investitionsbeiträge	167	173	174	2	1,0
Übrige Investitionen	840	850	1 029	179	21,1
<b>Ausserordentliche Investitionsausgaben</b>	<b>2 600</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>

Ausweis der Erfolgsrechnung inklusive interner Leistungsverrechnung

Der Bestand der FLAG-Verwaltungseinheiten reduziert sich durch die Zusammenführung der beiden FLAG-Einheiten Nationalgestüt Avenches und Agroscope per 1.1.2010 um eine Einheit auf 22. Insgesamt werden auch 2010 rund 30 % des Eigenaufwandes des Bundes von Verwaltungseinheiten verursacht, die mit FLAG gesteuert werden.

Der *ordentliche Ertrag* der FLAG-Verwaltungseinheiten sinkt gegenüber 2009 um 734 Millionen (-27,4 %). Der Grund liegt grösstenteils beim Bundesamt für Strassen (ASTRA): Werden nach altem Recht (d.h. vor der Einführung der NFA) geplante Teilstücke des Nationalstrassennetzes in Betrieb genommen, so wird der von den Kantonen finanzierte Anteil vom Bund als Ertrag verbucht. Da nur wenige neue Nationalstrassen dem Verkehr übergeben werden, fällt der Ertrag deutlich tiefer aus als 2009.

Obwohl 16 der 22 FLAG-Einheiten ihren *Funktionsertrag* erhöhen, nimmt auch dieser insgesamt ab (-3,3 %; -63 Mio.). Hauptursache ist der Ertragsrückgang aus der internen Leistungsverrechnung (LV) bei der armasuisse Immobilien (-78,6 Mio.). Dies ist eine Folge der mit der Armee XXI zu vollziehenden Reduktion des Immobilienbestandes. Eine Zunahme an LV-Erträgen verzeichnet hingegen das Informatik Service Center EJPD (ISC EJPD). Hier werden insbesondere Mehrleistungen zur Umsetzung von Schengen/Dublin erbracht (+8,8 Mio.). Insgesamt gehen die LV-Erträge um 4,9 Prozent zurück. Sie betragen aber nach wie vor mehr als vier Fünftel des gesamten Funktionsertrages. 69 Prozent der LV-Erträge betreffen die armasuisse Immobilien und rund 28 Prozent die vier Informatik-Leistungserbringer.

Der finanzierungswirksame Funktionsertrag steigt um 24,6 Millionen (+9 %), wobei mehr als die Hälfte auf die vom AHV-Fonds vergüteten Mehrleistungen der Zentralen Ausgleichsstelle (ZAS)

entfällt. Einen gegenläufigen Effekt hat die zur Stabilisierung der Konjunktur ausgesetzte Abgabepflicht der Einsatzbetriebe beim Zivildienst (-3,5 Mio.).

Der *ordentliche Aufwand* der FLAG-Verwaltungseinheiten sinkt gegenüber 2009 um 69 Millionen (-1,3 %). Der Anteil des Eigenbereichs (Funktionsaufwand) verbleibt bei 74 Prozent. 13 FLAG-Einheiten verzeichnen eine Zunahme des Funktionsaufwandes, 9 eine Abnahme. Insgesamt sinkt der Funktionsaufwand um 38 Millionen, wobei die um 165 Millionen tieferen Abschreibungen bei den Nationalstrassen im ASTRA den folgenden – teilweise haushaltneutralen – Veränderungen gegenüberstehen:

- armasuisse Immobilien (+55,7 Mio.): u. a. Verschiebungen aus dem Investitionskredit für die Altlastenbeseitigung (3,6 Mio.), höhere Abschreibungen (25,5 Mio.) und Mehrkosten für Leistungen der Logistikkbasis (21,1 Mio.);
- ASTRA (+39 Mio.): Mehraufwand infolge einer Verschiebung von bisher unter den Investitionsausgaben erfasstem Informatikaufwand und Beratungsleistungen (27 Mio.) sowie für die Mehrwertsteuer der Gebietseinheiten (12 Mio.);
- Agroscope (+14 Mio.): erhöhte Leistungsverrechnung für Mieten des Bundesamtes für Bauten und Logistik;
- ISC EJPD (+10,9 Mio.): insbesondere Mehraufwand zur Umsetzung von Schengen/Dublin und für die Systemplattform des biometrischen Passes;
- ZAS (+8,2 Mio.): u. a. neue Aufgaben im Bereich der Zentral- und Familienzulagenregister, Zunahme der Rentengesuche sowie Schaffung einer Direktion der Informationssysteme.

Der Funktionsaufwand setzt sich zusammen aus 22 Prozent Personalaufwand, 36 Prozent Sach- und Betriebsaufwand und 42 Prozent Abschreibungen. Insgesamt sind 44 Prozent finanzierungswirksam, 43 Prozent nicht-finanzierungswirksam und 13 Prozent betreffen die LV.

Der *Personalaufwand* erhöht sich um 3,3 Prozent (+26 Mio.). Die hauptsächlich mengenbezogene Zunahme ergibt sich insbesondere zur Bewältigung der erhöhten Nachfrage nach IKT-Leistungen und durch die Umwandlung von Beratermandaten in feste Anstellungsverhältnisse beim Bundesamt für Informatik und Telekommunikation sowie aus den oben beschriebenen Gründen beim ISC EJPD und bei der ZAS. Ein abnehmender Personalaufwand ist festzustellen bei der armasuisse W+T (als Folge von Aufgabenverschiebung zur armasuisse Beschaffungen) und bei der Vollzugsstelle für den Zivildienst (dank dem vereinfachten Zulassungsverfahren «Tatbeweislösung»).

Der *Sach- und Betriebsaufwand* steigt um 5,7 Prozent (+73,9 Mio.). Neben den oben aufgelisteten Zunahmen bei der armasuisse Immobilien, dem ASTRA, der Agroscope, dem ISC EJPD und der ZAS sinken die Sach- und Betriebsaufwände beim BIT und bei der swissmint. Beim BIT macht sich u. a. der Einsatz von eigenem Personal statt Externen bemerkbar, bei der swissmint ist die Reduktion auf gesunkene Welthandelspreise für Kupfer und Nickel zurückzuführen.

Der *Transferaufwand* nimmt um 3,9 Prozent ab. Beim ASTRA verringern sich die Wertberichtigungen für Investitionsbeiträge um 82,7 Millionen. Dagegen steigt der Transferaufwand beim Bundesamt für Zivilluftfahrt, weil der Skyguide gestützt auf die Vorlage zur Revision des Luftfahrtgesetzes vorübergehend Ertragsausfälle für Dienstleistungen ans Ausland ausgeglichen werden sollen (+22 Mio.).

Der *übrige Aufwand* steigt um 19 Millionen (+42 %) aufgrund der höheren Rückstellungen der swissmint zur Abdeckung des zunehmenden Münzlaufes. Diesem Aufwand steht ein Ertrag in gleicher Höhe gegenüber.

Die *ordentlichen Investitionseinnahmen* bleiben konstant. Sie resultieren zur Hauptsache aus Liegenschaftsverkäufen der armasuisse Immobilien.

Die *ordentlichen Investitionsausgaben* nehmen insgesamt leicht zu. Während die Globalbudgets für Sach- und immaterielle Anlagen und Vorräte – auch aufgrund der erwähnten Verschiebungen zum Funktionsaufwand – zurückgehen, steigen die übrigen Investitionen deutlich an. Dies ist ausschliesslich auf die zur Deckung des Liquiditätsbedarfs notwendig gewordene Erhöhung der Einlagen in den Infrastrukturfonds beim ASTRA zurückzuführen (+179 Mio.; +21 %).

<b>Finanzierungsrechnung</b>	Voranschlag 2010	<b>Erfolgsrechnung</b>	Voranschlag 2010	Differenz
Mio. CHF				
<b>Finanzierungsergebnis</b>	<b>-1 580</b>	<b>Jahresergebnis</b>	<b>-1 428</b>	<b>152</b>
<b>Ordentliches Finanzierungsergebnis</b>	<b>-2 389</b>	<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-2 028</b>	<b>361</b>
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>58 133</b>	<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>58 128</b>	<b>-5</b>
Fiskaleinnahmen	53 613	Fiskalertrag	53 613	-
Regalien und Konzessionen	1 323	Regalien und Konzessionen	1 325	1
Finanzeinnahmen	1 347	Finanzertrag	1 409	62
Übrige laufende Einnahmen	1 667	Übriger Ertrag	1 683	16
Investitionseinnahmen	183			-183
		Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	99	99
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>60 522</b>	<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>60 156</b>	<b>-366</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>10 177</b>	<b>Eigenaufwand</b>	<b>12 546</b>	<b>2 369</b>
Personalausgaben	4 969	Personalaufwand	4 969	-
Sach- und Betriebsausgaben	3 854	Sach- und Betriebsaufwand	4 189	335
Rüstungsausgaben	1 355	Rüstungsaufwand	1 355	-
		Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	2 034	2 034
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>40 024</b>	<b>Transferaufwand</b>	<b>44 371</b>	<b>4 347</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	6 935	Anteile Dritter an Bundeserträgen	6 935	-
Entschädigungen an Gemeinwesen	851	Entschädigungen an Gemeinwesen	843	-8
Beiträge an eigene Institutionen	2 838	Beiträge an eigene Institutionen	2 838	-
Beiträge an Dritte	14 317	Beiträge an Dritte	14 316	-1
Beiträge an Sozialversicherungen	15 083	Beiträge an Sozialversicherungen	15 020	-63
		Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 034	4 034
		Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	385	385
<b>Finanzausgaben</b>	<b>3 086</b>	<b>Finanzaufwand</b>	<b>3 231</b>	<b>146</b>
Zinsausgaben	2 867	Zinsaufwand	3 093	225
Übrige Finanzausgaben	218	Übriger Finanzaufwand	139	-80
		Abnahme von Equitywerten	-	-
		<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>7</b>	<b>7</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>7 235</b>			<b>-7 235</b>
Sachanlagen und Vorräte	2 667			-2 667
Immaterielle Anlagen	55			-55
Darlehen	446			-446
Beteiligungen	35			-35
Investitionsbeiträge	4 031			-4 031
<b>Ausserordentliche Einnahmen</b>	<b>809</b>	<b>Ausserordentlicher Ertrag</b>	<b>809</b>	<b>-</b>
<b>Ausserordentliche Ausgaben</b>	<b>-</b>	<b>Ausserordentlicher Aufwand</b>	<b>209</b>	<b>209</b>

Im Unterschied zur Finanzierungsrechnung, die aufzeigt, in welchem Ausmass die Ausgaben mit entsprechenden Einnahmen aus der gleichen Periode finanziert sind, zeigt die *Erfolgsrechnung* im Ergebnis den Saldo aus dem periodisierten Wertverzehr (Aufwand) und Wertzuwachs (Ertrag) und damit die Veränderung der vermögensmässigen Situation des Bundeshaushalts. Die Investitionsausgaben und -einnahmen bilden Teil der Finanzierungsrechnung.

Obenstehende Tabelle gibt Einblick über die Herkunft der Differenzen *zwischen der Finanzierungs- und der Erfolgsrechnung*. Zusätzlich zu den finanzierungswirksamen Aufwänden, welche zu einem unmittelbaren Mittelabfluss führen, werden in der Erfolgsrechnung auch die nicht finanzierungswirksamen Geschäftsvorfälle berücksichtigt. Diese beinhalten Lagerbezüge

von Halb- und Fertigfabrikaten, die in einer früheren Periode hergestellt bzw. beschafft und mit entsprechenden Ausgaben verbunden waren. Dazu gehören aber insbesondere auch die in der Berichtsperiode anfallenden Abschreibungen auf den Investitionen sowie die Wertberichtigungen. Die Abschreibungen werden entsprechend ihrer Nutzungsdauer linear auf die entsprechenden Perioden verteilt. Mit den Wertberichtigungen erfolgt eine Korrektur auf Forderungen, Darlehen und Beteiligungen für erwartete Entwertungen. Die betragsmässig viel gewichtigeren Wertberichtigungen auf Investitionsbeiträgen beeinflussen die Differenz zwischen den Ergebnissen der beiden Rechnungen allerdings nicht.

Da das Investitionsvolumen des Bundes in der Regel keinen grossen Schwankungen unterliegt, sondern eine stetige Ent-

wicklung aufweist, weichen die jährlichen Abschreibungen und Wertberichtigungen nicht stark von den jährlichen Investitionsausgaben ab. Bei der prospektiven Erfolgsrechnung im Rahmen des Voranschlags ist weiter zu beachten, dass zeitliche Abgrenzungen zur periodengerechten Verbuchung der Geschäftsvorfälle nur sehr beschränkt planbar und damit nur teilweise enthalten sind.

Die Erfolgsrechnung schliesst insgesamt um 152 Millionen besser ab als die Finanzierungsrechnung. Im Einzelnen ergeben sich folgende Abweichungen zwischen den beiden Rechnungen:

#### **Ordentliche Einnahmen / ordentlicher Ertrag (-5 Mio.)**

Die Abweichungen liegen ausschliesslich bei den nichtfiskalischen Einnahmen bzw. Ertragskomponenten: Bei den *Regalien und Konzessionen* stammt die Abgrenzung (+1 Mio.) aus Erträgen für Funkkonzessionen, welche über die gesamte Laufzeit verteilt werden.

Die Differenz des *Finanzertrages* zu den Finanzeinnahmen (+62 Mio.) liegt in der periodengerechten Verbuchung der Zinserträge begründet. Während in der Finanzierungsrechnung sämtliche Zinseingänge der laufenden Periode gutgeschrieben werden, erfolgt in der Erfolgsrechnung eine zeitliche Abgrenzung bzw. eine Aufteilung auf die Rechnungsperioden, denen der Zinsertrag zuzurechnen ist.

Bei den *übrigen Erträgen* (+16 Mio.) handelt es sich um Buchgewinne aus dem Verkauf von Immobilien (+18 Mio.), um Aktivierungen von Eigenleistungen im Zusammenhang mit laufenden Projekten (+27 Mio.), um den Ertrag aus der Aktivierung der von den Kantonen finanzierten Anteile an den Nationalstrassenteilstücken, welche 2010 in Betrieb genommen werden (+2 Mio.), um eine Lagerzunahme (+2) sowie um eine Anpassung der Rechnungsabgrenzung bei den Rückerstattungsansprüchen aus dem Asylgesetz (-33 Mio.).

*Investitionseinnahmen* (-183 Mio.), die Einnahmen aus der Veräusserung von Investitionsgütern, stellen nur im Umfang der Differenz zu den tieferen Buchwerten Ertrag dar, welcher in der Erfolgsrechnung in der Position «übriger Ertrag» ausgewiesen wird.

Da die zweckgebundenen Einnahmen zur Finanzierung der aus diesen Mitteln zu bestreitenden Ausgaben nicht ausreichen werden, erfolgen zu Gunsten der Erfolgsrechnung *Entnahmen aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital* im Betrage von 99 Millionen. Diese betreffen den Altlastenfonds (+13 Mio.), die Lenkungsabgabe VOC/HEL (+0,5 Mio.) sowie die Spielbankenabgabe (+85 Mio.), bei welcher die budgetierten Einnahmen den zur Auszahlung an den Ausgleichsfonds der AHV gelangenden Betrag nicht decken.

#### **Ordentliche Ausgaben / ordentlicher Aufwand (-366 Mio.)**

In der Kontengruppe *Sach- und Betriebsaufwand* resultieren die Abweichungen zur Finanzierungsrechnung (+335 Mio.) grösstenteils aus nicht finanzierungswirksamen Material- und Warenbezügen ab Lager sowie aus einer Einlage in die Rückstellung für den gestiegenen Münzumlauf.

Die *Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen* (+2034 Mio.) wurden durch die Verwaltungseinheiten nach den NRM-Bewertungsgrundsätzen budgetiert. Die Abschreibungen erfolgen linear über die Nutzungsdauer und betreffen im Einzelnen Gebäude (572 Mio.), Mobilien (82 Mio.), Informatik (69 Mio.), immaterielle Anlagen (54 Mio.) sowie den Nationalstrassenbau und projektgestützten Unterhalt (1256 Mio.).

*Transferaufwand*: Bei den *Entschädigungen an Gemeinwesen* (+8 Mio.) ergibt sich der Mehraufwand aus einer passiven Rechnungsabgrenzung zu Gunsten der Nothilfepauschale im Asylwesen. Bei den *Beiträgen an Dritte* resultiert die Differenz zur Finanzierungsrechnung (-1 Mio.) aus der Auflösung einer Rückstellung für den Pflichtbeitrag an den Eurocontrol Pension Fund, während bei den *Beiträgen an Sozialversicherungen* der im Vergleich zu den Ausgaben geringere Aufwand (-63 Mio.) aus einer Auflösung von Rückstellungen im Zusammenhang mit den jährlich neu berechneten Rentenverpflichtungen der Militärversicherung (-75 Mio.) sowie einer zeitlichen Abgrenzung im IV-Bereich (+12 Mio.) entstanden ist. Ausbezahlte *Investitionsbeiträge* werden aktiviert, gleichzeitig aber im Transferaufwand wieder zu 100 Prozent wertberichtigt. Die Summe dieser (nicht finanzierungswirksamen) Wertberichtigungen beläuft sich im Jahr 2009 auf 4034 Millionen. Die Wertberichtigungen im übrigen Transferaufwand (385 Mio.) betreffen *Darlehen und Beteiligungen*, welche im Zeitpunkt der Auszahlung über die Investitionsrechnung gebucht und aktiviert, anschliessend entsprechend den vorgegebenen Bewertungsregeln wertberichtigt werden (neue Darlehen an SBB und übrige KTU 293 Mio., Investitionskredite an die Landwirtschaft 54 Mio., Darlehen an die Immobilienstiftung für die internationalen Organisationen 7 Mio., Beteiligung an der Kapitalerhöhung der Asiatischen Entwicklungsbank 5 Mio., Beteiligung an der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung 30 Mio.). Im Weiteren können Wertberichtigungen aufgelöst werden (-4 Mio.), infolge erwarteter Rückzahlungen von Darlehen.

Die Abgrenzung des *Zinsaufwandes* (+225 Mio.) ergibt sich aus der periodengerechten Zuschreibung der Zinsausgaben sowie der Agio-Amortisation über sämtliche Anleihen. Der *übrige Finanzaufwand* liegt um 80 Mio. unter den entsprechenden Ausgaben in der Finanzierungsrechnung, was mit der erfolgten zeitlichen Abgrenzung von Kommissionen im Zusammenhang mit den Finanzierungsinstrumenten der Bundestresorerie begründet ist.

Die *Einlagen in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital* werden auf insgesamt 7 Millionen veranschlagt. Dabei handelt es sich um die Zinsgutschrift auf den Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe.

**Ausserordentliche Ausgaben / ausserordentlicher Aufwand (209 Mio.)**

Die ausserordentlichen Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe von 209 Millionen werden mit zweijähriger Verzögerung ab dem Jahr 2010 zurückerstattet. Aufgrund ihrer Zweckbindung werden diese Abgaben deshalb im gleichen Jahr erfolgsmässig über den ausserordentlichen Aufwand neutralisiert (Einlage in den zweckgebundenen Fonds «CO<sub>2</sub>-Abgabe»).



Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Voranschlag	Differenz zu VA 2009	
	2008	2009	2010	absolut	%
<b>Total Leistungsverrechnung</b>	<b>2 340</b>	<b>2 260</b>	<b>2 379</b>	<b>119</b>	<b>5,3</b>
<b>Unterbringung</b>	<b>1 489</b>	<b>1 446</b>	<b>1 501</b>	<b>55</b>	<b>3,8</b>
armasuisse Immobilien	1 176	1 123	1 048	-75	-6,6
Bundesamt für Bauten und Logistik BBL	313	323	453	130	40,3
<b>Informatik</b>	<b>495</b>	<b>454</b>	<b>462</b>	<b>8</b>	<b>1,9</b>
Bundesamt für Informatik und Telekommunikation BIT	358	317	311	-5	-1,7
Übrige IKT-Leistungserbringer	137	137	151	14	10,1
<b>Gebäudebetrieb und Instandsetzung Liegenschaften</b>	<b>246</b>	<b>217</b>	<b>252</b>	<b>35</b>	<b>16,1</b>
<b>Übrige verrechnete Leistungen</b>	<b>108</b>	<b>143</b>	<b>163</b>	<b>20</b>	<b>14,0</b>
Dienstleistungen	50	80	101	21	25,7
Verkäufe	59	63	62	-1	-1,1

Zur Förderung der Kostentransparenz in der Bundesverwaltung sieht das Rechnungsmodell des Bundes die kreditwirksame Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten vor. Gemäss den Bestimmungen von Art. 41 FHV sind die verrechenbaren Leistungen definiert und in den zentralen Leistungskatalog aufgenommen worden. Innerhalb der Bundesverwaltung werden nur Leistungen verrechnet, die folgende Kriterien kumulativ erfüllen:

- *Wesentlichkeit der Leistungen:* Das jährliche Gesamtvolumen der verrechenbaren Leistungen beim Leistungserbringer (LE) übersteigt 500 000 Franken.
- *Beeinflussbarkeit:* Es werden nur Leistungen verrechnet, welche einem Leistungsbezüger (LB) direkt zuordenbar und von ihm beeinflussbar sind. Der LB muss somit die Möglichkeit haben, durch sein Verhalten die Menge sowie Qualität und damit die Kosten seines Leistungsbezugs zu steuern.
- *Kommerzieller Charakter der Leistung:* Bei den verrechenbaren Leistungen handelt es sich um Leistungen, welche vom LB grundsätzlich auch bei Dritten ausserhalb der Bundesverwaltung bezogen werden könnten.

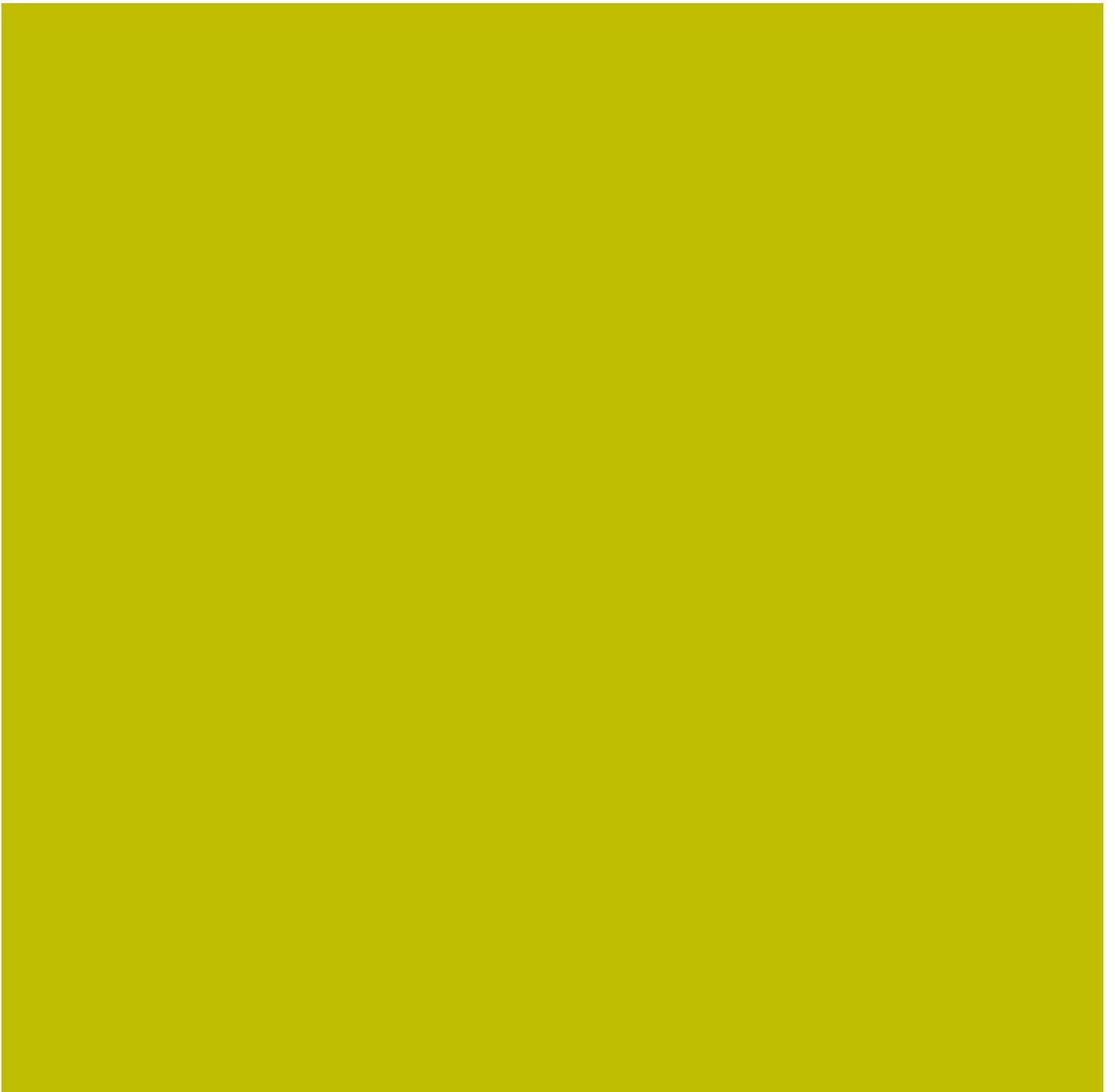
Im Voranschlag 2010 kommt erstmals der angepasste Leistungsbereichskatalog zur Anwendung. Der Katalog wurde nur minimal erweitert. Hervorzuheben sind die Verrechnung der Dienstleistungszentren Finanzen und Personal, zusätzliche Dienstleistungen im Bereich Unterbringung sowie die Ausweitung der Verrechnung des BBL für die Miete der Zollbauten und der Auslandsvertretungen des EDA. Daneben ergaben sich strukturelle Bereinigungen ohne Ausweitung des Verrechnungsvolumens.

Das geplante Verrechnungsvolumen beträgt im Voranschlag 2010 rund 2,4 Milliarden. Davon bilden die Unterbringung einschliesslich Gebäudebewirtschaftung mit 1,7 Milliarden und die Informatik mit 0,5 Milliarden die grössten Positionen. Die restlichen 0,2 Milliarden werden für den Bezug von Dienstleistungen und Gütern beansprucht. Gegenüber dem Voranschlag 2009 werden mit der Leistungsverrechnung gut 100 Millionen mehr budgetiert.

Bei der Unterbringung führt einerseits die Reduktion des Bestandes im Bereich Immobilien der armasuisse zu einer Verminderung des Verrechnungsvolumens, andererseits sind insbesondere infolge der erwähnten Ausweitung der Verrechnung des BBL 130 Millionen mehr geplant. Ebenfalls beim Gebäudebetrieb hat das BBL zusätzliche Leistungen im Umfang von 18 Millionen budgetiert. In dieser Position sind auch die geplanten Leistungen der Verwaltungseinheit Verteidigung um rund 20 Millionen höher. Ursache sind hier vor allem die höheren Beschaffungskosten für Heizöl, Energie und Fremdleistungen. Bei den Dienstleistungen ist die Zunahme ebenfalls auf die Erweiterung des Leistungsbereichskatalogs zurückzuführen. So sind die Leistungen der Dienstleistungszentren Finanzen und Personal, die Fahrzeug- und Materialmiete sowie die Ausbildungsleistungen des EPA und BABS erstmals enthalten.

Die fachlichen Grundlagen zur Leistungsverrechnung konnten inzwischen gefestigt werden. Die Planung zwischen LE und LB hat sich gut eingespielt. Die dazu zur Verfügung stehenden Instrumente ermöglichen eine optimale Prozessabwicklung. Damit ist auch sichergestellt, dass die Abstimmung der budgetierten Leistungsverrechnung zwischen Gesamtertrag und -aufwand ohne Differenzen abgeschlossen werden kann.







**Inhaltsverzeichnis**

	Seite
<b>A Übersicht</b>	<b>55</b>
A01 Rechnungsabschlüsse des Bundes (ordentlicher Haushalt)	55
A02 Ausserordentlicher Haushalt gemäss Schuldenbremse	56
A03 Vorgaben der Schuldenbremse	57
<b>B Finanzierungsrechnung</b>	<b>59</b>
<b>B1 Einnahmen</b>	
B11 Einnahmen nach Kontengruppen	59
B12 Entwicklung der Einnahmen	60
B13 Struktur der Einnahmen	61
<b>B2 Ausgaben nach Kontengruppen</b>	
B21 Ausgaben nach Kontengruppen	62
B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen	64
B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen	65
<b>B3 Ausgaben nach Aufgabengebieten</b>	
B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten	66
B32 Entwicklung der Aufgabengebiete	68
B33 Struktur der Aufgabengebiete	70
B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2010/2009	72
<b>B4 Ausgaben und Einnahmen zweckgebundener Fonds</b>	
B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	74
B42 Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital	75
B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr	76
<b>C Erfolgsrechnung</b>	<b>79</b>
C01 Ertrag nach Kontengruppen	79
C02 Aufwand nach Kontengruppen	80
C03 Entwicklung von Ertrag und Aufwand	82
C04 Struktur von Ertrag und Aufwand	83
C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2010/2009	84



**A01 Rechnungsabschlüsse des Bundes (ordentlicher Haushalt)**

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			Erfolgsrechnung			Bilanz	
	Ordentliches Finanzierungs- Ergebnis	Ordentliche Einnahmen	Ordentliche Ausgaben	Ordentliches Ergebnis	Ordentlicher Ertrag	Ordentlicher Aufwand	Fehlbetrag	Brutto- schulden
VA 2010	-2 389	58 133	60 522	-2 028	58 128	60 156	–	126 288
VA 2009	949	59 968	59 020	1 995	60 525	58 530	–	114 900
2008	7 297	63 894	56 598	7 461	64 047	56 587	45 302	121 771
2007	4 127	58 092	53 965	3 711	58 000	54 289	87 107	120 978
2006	2 534	54 911	52 377	2	55 230	55 228	91 010	123 593
2005	-121	51 282	51 403	-2 646	51 871	54 517	94 208	130 339
2004	-1 656	48 629	50 285	-5 721	49 037	54 758	92 910	126 685
2003	-2 801	47 161	49 962	-6 905	47 435	54 340	86 568	123 711
2002	-2 629	47 405	50 033	-6 449	46 815	53 264	79 663	122 366
2001	-225	48 911	49 135	-4 862	46 914	51 776	76 055	106 813
2000	3 970	51 101	47 131	964	50 616	49 653	70 423	108 108
1999	-2 352	43 016	45 368	-4 153	43 353	47 506	71 969	102 254
1998	-858	44 134	44 992	-1 678	45 262	46 941	52 917	109 620
1997	-5 270	38 852	44 122	-5 375	38 343	43 718	52 581	97 050
1996	-3 743	39 477	43 220	-5 003	39 429	44 431	47 206	88 418
1995	-3 263	37 266	40 529	-5 014	37 401	42 415	41 583	82 152
1994	-5 102	36 239	41 341	-5 693	36 623	42 316	36 569	75 714
1993	-7 818	32 782	40 600	-6 251	33 617	39 868	30 875	67 513
1992	-2 863	34 953	37 816	-4 031	35 515	39 546	24 624	55 296
1991	-2 012	33 490	35 501	-3 122	34 091	37 213	20 594	43 915
1990	1 058	32 673	31 616	-301	32 933	33 234	17 492	38 509

VA 2009 und VA 2010 basierend auf Schätzung 2009

## A02 Ausserordentlicher Haushalt gemäss Schuldenbremse

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			
	Ausserordentliche Einnahmen	13 667	Ausserordentliche Ausgaben	19 299
VA 2010	CO2-Abgabe auf Brennstoffen	209	–	–
	Pflichtwandelanleihe UBS	600		
VA 2009	CO2-Abgabe auf Brennstoffen	230	–	–
2008	CO2-Abgabe auf Brennstoffen	219	Pflichtwandelanleihe UBS	5 928
	Übernahme Swiss durch Lufthansa	64	Infrastrukturfonds	2 600
			Asyl- und Flüchtlingsbereich	113
			Übergang NFA	1 546
			PUBLICA	954
2007	Swisscom Aktienverkauf	754	Golderlös	7 038
2006	Swisscom Aktienverkauf	3 203	–	–
2005	Swisscom Aktienverkauf	1 350	–	–
	Golderlös	7 038	–	–
2004	–	–	Deckungskapitalien BVBD Post	204
			Deckungskapitalien ETH-Professoren	846
			Deckungskapitalien skyguide	20
			Aktienkapitalzuschuss skyguide	50
2003	–	–	–	–

## A02 Ausserordentlicher Haushalt vor Einführung der Schuldenbremse\*

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			
	Ausserordentliche Einnahmen		Ausserordentliche Ausgaben	
2002	Swisscom Aktienverkauf	3 703	Aufrechterhaltung Flugbetrieb	689
2001	Einnahmen aus UMTS-Lizenzen	203	Aufrechterhaltung Flugbetrieb	1 080
2000	Einnahmen aus WLL-Lizenzen	582	–	–
1999	–	–	Konjunkturprogramm 1997	288
1998	Börsengang Swisscom	2 940	Zahlungsspitze SBB	1 598
1997	–	–	–	–
1996	–	–	Zahlungsspitze Prämienverbilligung KVG	620

\* Hinweis: Die erstmalige Anwendung der Schuldenbremse erfolgte mit dem Voranschlag 2003. Die ausserordentlichen Transaktionen gemäss Schuldenbremse wurden vom Parlament genehmigt. Die Liste der ausserordentlichen Transaktionen vor Einführung der Schuldenbremse hat rein statistische Zwecke und keine präjudizielle Wirkung.

### A03 Vorgaben der Schuldenbremse

Mio. CHF	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010	Differenz zu VA 2009 absolut	%
1 Gesamteinnahmen	59 670	58 115	58 846	64 177	60 198	58 942	-1 256	-2,1
2 Ausserordentliche Einnahmen	8 388	3 203	754	283	230	809		
3 Ordentliche Einnahmen [3=1-2]	51 282	54 911	58 092	63 894	59 968	58 133	-1 835	-3,1
4 Konjunkturfaktor	0,998	0,986	0,974	0,983	0,995	1,042	0,047	
<b>5 Ausgabenplafond</b> (Art. 13 FHG) [5=3x4]	<b>51 179</b>	<b>54 143</b>	<b>56 582</b>	<b>62 808</b>	<b>59 668</b>	<b>60 575</b>	<b>906</b>	<b>1,5</b>
6 Konjunkturell geforderter Überschuss / zulässiges Defizit [6=3-5]	103	769	1 510	1 086	300	-2 442		
7 Ausserordentliche Ausgaben (Art. 15 FHG)	–	–	7 038	11 141	–	–		
8 Abbaupfad (Art. 66 FHG)	2 000	1 000	–	–	–	–		
9 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17 FHG, Fehlbetrag Ausgleichskonto)	–	–	–	–	–	–		
10 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17b neu FHG, Fehlbetrag Amortisationskonto)	–	–	–	–	–	–		
11 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17c neu FHG, Vorsorgliche Einsparungen)	–	–	–	–	–	–		
<b>12 Höchstzulässige Ausgaben</b> [12=5+7+8-9-10-11]	<b>53 179</b>	<b>55 143</b>	<b>63 619</b>	<b>73 949</b>	<b>59 668</b>	<b>60 575</b>	<b>906</b>	<b>1,5</b>
13 Gesamtausgaben gemäss R / VA	51 403	52 377	61 003	67 739	59 020	60 522	1 502	2,5
<b>14 Differenz</b> (Art. 16 FHG) [14=12-13]	<b>1 776</b>	<b>2 766</b>	<b>2 616</b>	<b>6 210</b>	<b>649</b>	<b>53</b>		



## B11 Einnahmen nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010	Differenz zu VA 2009 absolut	%
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>51 282</b>	<b>54 911</b>	<b>58 092</b>	<b>63 894</b>	<b>59 968</b>	<b>58 133</b>	<b>-1 835</b>	<b>-3,1</b>
<b>Fiskaleinnahmen</b>	<b>47 520</b>	<b>50 873</b>	<b>53 336</b>	<b>58 752</b>	<b>55 514</b>	<b>53 613</b>	<b>-1 901</b>	<b>-3,4</b>
Direkte Bundessteuer	12 213	14 230	15 389	17 513	17 670	16 485	-1 185	-6,7
Verrechnungssteuer	4 000	3 947	4 230	6 460	3 019	3 010	-9	-0,3
Stempelabgaben	2 703	2 889	2 990	2 975	2 600	2 650	50	1,9
Mehrwertsteuer	18 119	19 018	19 684	20 512	21 240	20 260	-980	-4,6
Übrige Verbrauchssteuern	7 132	7 259	7 380	7 517	7 229	7 390	161	2,2
Mineralölsteuer	4 979	4 994	5 086	5 222	5 055	5 055	0	0,0
Tabaksteuer	2 051	2 161	2 186	2 186	2 067	2 229	162	7,8
Biersteuer	102	104	107	110	107	106	-1	-0,9
Verkehrsabgaben	1 848	1 938	2 016	2 137	2 123	1 945	-178	-8,4
Automobilsteuer	310	320	358	363	350	325	-25	-7,1
Nationalstrassenabgabe	306	313	322	333	313	320	7	2,2
Schwerverkehrsabgabe	1 231	1 306	1 336	1 441	1 460	1 300	-160	-11,0
Kombinierter Verkehr	1	-	-	-	-	-	-	-
Zölle	974	1 027	1 040	1 017	1 000	920	-80	-8,0
Spielbankenabgabe	357	406	449	455	482	370	-112	-23,2
Lenkungsabgaben	170	148	156	163	151	583	432	286,0
Lenkungsabgabe VOC	143	127	127	135	125	135	10	8,0
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	1	1	0	0	-	-	-	-
Altlastenabgabe	26	21	28	28	26	27	1	3,8
CO2-Abgabe auf Brennstoffen	-	-	-	-	-	421	421	-
Übrige Fiskaleinnahmen	4	9	3	3	0	-	0	-100,0
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1 307</b>	<b>1 265</b>	<b>1 345</b>	<b>1 331</b>	<b>1 302</b>	<b>1 323</b>	<b>21</b>	<b>1,6</b>
Anteil Reingewinn	223	221	223	235	223	233	10	4,6
Alkoholverwaltung								
Gewinnablieferung SNB	967	833	833	833	833	833	0	0,0
Zunahme des Münzumsatzes	-	-	45	42	43	62	19	44,2
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	82	158	193	196	178	168	-10	-5,6
Übrige Regalien und Konzessionen	35	53	50	25	25	27	2	8,7
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>911</b>	<b>1 089</b>	<b>1 280</b>	<b>1 719</b>	<b>1 380</b>	<b>1 347</b>	<b>-33</b>	<b>-2,4</b>
Zinseinnahmen	335	478	664	715	527	564	37	7,0
Finanzanlagen	119	222	329	298	100	191	90	89,9
Darlehen	200	88	146	180	175	168	-7	-4,1
Vorschuss FEG	-	147	181	226	238	191	-47	-19,7
Übrige Zinseinnahmen	16	21	9	11	13	14	1	7,0
Kursgewinne	-	-	92	91	-	-	-	-
Beteiligungseinnahmen	576	611	509	905	845	775	-70	-8,3
Übrige Finanzeinnahmen	0	0	15	8	8	8	0	6,2
<b>Übrige laufende Einnahmen</b>	<b>1 224</b>	<b>1 390</b>	<b>1 766</b>	<b>1 840</b>	<b>1 584</b>	<b>1 667</b>	<b>83</b>	<b>5,2</b>
Entgelte	1 162	1 323	1 391	1 441	1 222	1 256	33	2,7
Wehrpflichtersatzabgabe	129	142	138	140	135	140	5	3,7
Gebühren für Amtshandlungen	263	280	293	305	199	206	6	3,2
Benützungsgebühren, Dienstleistungen	44	48	73	78	68	71	2	3,5
Verkäufe	159	173	201	183	162	133	-30	-18,2
Rückerstattungen	191	256	113	186	61	98	38	62,1
EU Zinsbesteuerung	-	36	121	147	169	186	17	10,0
Übrige Entgelte	377	388	451	402	428	422	-6	-1,3
Verschiedene Einnahmen	62	67	375	399	362	412	50	13,7
Einnahmen aus Liegenschaften	50	53	320	354	337	366	29	8,5
Übrige	12	14	56	45	25	46	21	83,3
<b>Investitionseinnahmen</b>	<b>320</b>	<b>295</b>	<b>365</b>	<b>252</b>	<b>188</b>	<b>183</b>	<b>-5</b>	<b>-2,8</b>
Veräusserung von Sachanlagen	40	48	74	46	42	44	1	2,8
Rückzahlung von Darlehen	279	246	289	202	145	139	-7	-4,5
Übrige Investitionseinnahmen	0	1	1	4	-	-	-	-

## B12 Entwicklung der Einnahmen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>2,7</b>	<b>3,7</b>	<b>2,3</b>	<b>5,3</b>	<b>0,3</b>
<b>Fiskaleinnahmen</b>	<b>2,4</b>	<b>5,0</b>	<b>2,7</b>	<b>5,3</b>	<b>0,4</b>
Direkte Bundessteuer	4,7	6,3	4,2	5,5	0,4
Verrechnungssteuer	-16,0	-5,1	-0,3	26,7	-8,1
Stempelabgaben	-3,1	16,4	-4,3	3,3	-2,5
Mehrwertsteuer	5,6	4,9	3,3	3,5	2,5
Übrige Verbrauchssteuern	7,6	3,9	0,4	2,3	-0,2
Mineralölsteuer	7,5	3,1	0,2	1,0	-0,2
Tabaksteuer	8,1	6,4	0,8	5,6	-0,2
Biersteuer	8,8	1,1	0,2	0,4	-0,5
Verkehrsabgaben	6,7	15,7	15,6	9,6	-0,7
Automobilsteuer	-	-	-0,8	4,0	-1,3
Nationalstrassenabgabe	6,7	2,6	1,2	1,9	0,2
Schwerverkehrsabgabe	6,8	0,3	40,2	17,5	-0,7
Kombinierter Verkehr	-	-	-	-100,0	-
Zölle	-0,5	-3,3	0,0	-0,2	-2,2
Spielbankenabgabe	-14,5	-12,3	300,1	24,1	-3,1
Lenkungsabgaben	-	-	738,6	4,2	38,5
Lenkungsabgabe VOC	-	-	-	5,0	1,6
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	-	-	39,0	41,8	-100,0
Altlastenabgabe	-	-	-	1,1	-1,3
CO2-Abgabe auf Brennstoffen	-	-	-	-	-
Übrige Fiskaleinnahmen	-5,5	-16,6	-29,1	-48,8	-100,0
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>-0,6</b>	<b>11,9</b>	<b>12,0</b>	<b>6,3</b>	<b>-0,2</b>
Anteil Reingewinn Alkoholverwaltung	-5,1	-0,8	3,2	7,1	1,8
Gewinnablieferung SNB	-	25,7	13,6	-	-
Zunahme des Münzumschs	-	-	-	-	10,0
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	-	-	-	75,0	-3,4
Übrige Regalien und Konzessionen	-26,5	-27,4	10,3	13,8	-13,9
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>23,8</b>	<b>-8,6</b>	<b>-8,9</b>	<b>11,2</b>	<b>4,6</b>
Zinseinnahmen	18,1	-17,1	-16,6	19,2	3,1
Finanzanlagen	17,0	-8,9	-28,6	30,9	-12,9
Darlehen	19,6	-26,5	-2,7	-7,6	20,1
Vorschuss FEG	-	-	-	-	7,6
Übrige Zinseinnahmen	12,2	-14,1	-10,4	-16,2	16,6
Kursgewinne	-	-	-	-	-100,0
Beteiligungseinnahmen	366,0	15,3	-1,2	0,1	11,1
Übrige Finanzeinnahmen	-	-	-22,4	101,2	-14,2
<b>Übrige laufende Einnahmen</b>	<b>-5,5</b>	<b>-16,9</b>	<b>-0,4</b>	<b>11,3</b>	<b>-2,5</b>
Entgelte	4,8	-1,7	-0,5	6,4	-3,7
Wehrpflichtersatzabgabe	2,8	-1,2	3,3	-7,9	-0,2
Gebühren für Amtshandlungen	2,0	5,8	-1,9	3,6	-8,2
Benützungsgebühren, Dienstleistungen	6,6	-36,4	-0,6	12,7	-0,8
Verkäufe	0,3	-6,6	8,7	15,8	-10,3
Rückerstattungen	4,2	-0,6	-8,1	-10,0	-11,9
EU Zinsbesteuerung	-	-	-	-	11,3
Übrige Entgelte	15,0	17,7	1,1	9,9	-3,2
Verschiedene Einnahmen	-11,8	-53,6	2,9	54,9	1,7
Einnahmen aus Liegenschaften	4,9	2,3	2,8	55,4	3,6
Übrige	-12,2	-70,5	3,2	52,2	-12,4
<b>Investitionseinnahmen</b>	<b>61,1</b>	<b>16,3</b>	<b>-5,9</b>	<b>-16,3</b>	<b>-16,6</b>
Veräußerung von Sachanlagen	33,0	4,7	-14,6	26,1	-10,1
Rückzahlung von Darlehen	66,2	17,2	-5,5	-20,2	-18,5
Übrige Investitionseinnahmen	-2,2	8,9	-9,6	26,7	-100,0

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. So enthält die Legislaturperiode 2003-2007 die Zahlen 2004-2007 und die laufende Legislaturperiode 2007-2011 die Rechnung 2008, die Voranschläge 2009 und 2010 sowie das Planjahr 2011.

## B13 Struktur der Einnahmen

% Anteil an den ordentlichen Einnahmen	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Fiskaleinnahmen</b>	<b>86,8</b>	<b>89,1</b>	<b>90,4</b>	<b>92,3</b>	<b>92,2</b>
Direkte Bundessteuer	23,7	23,5	24,0	25,2	27,9
Verrechnungssteuer	8,1	7,7	5,8	7,0	6,4
Stempelabgaben	5,6	6,4	6,7	5,3	4,5
Mehrwertsteuer	29,0	32,0	34,8	35,0	34,7
Übrige Verbrauchssteuern	14,7	14,8	13,8	13,5	12,2
Mineralölsteuer	11,2	10,9	10,1	9,4	8,5
Tabaksteuer	3,3	3,6	3,5	4,0	3,6
Biersteuer	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2
Verkehrsabgaben	1,0	1,6	2,7	3,4	3,4
Automobilsteuer	–	0,5	0,7	0,6	0,6
Nationalstrassenabgabe	0,6	0,7	0,6	0,6	0,5
Schwerverkehrsabgabe	0,4	0,4	1,3	2,1	2,3
Kombinierter Verkehr	–	–	0,1	0,0	–
Zölle	3,4	2,4	2,1	1,9	1,6
Spielbankenabgabe	0,0	0,0	0,2	0,7	0,7
Lenkungsabgaben	–	0,0	0,2	0,3	0,6
Lenkungsabgabe VOC	–	–	0,2	0,2	0,2
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	–	0,0	0,0	0,0	0,0
Altlastenabgabe	–	–	0,0	0,1	0,0
CO2-Abgabe auf Brennstoffen	–	–	–	–	0,3
Übrige Fiskaleinnahmen	1,2	0,7	0,1	0,0	0,0
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1,0</b>	<b>1,3</b>	<b>1,7</b>	<b>2,4</b>	<b>2,2</b>
Anteil Reingewinn Alkoholverwaltung	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4
Gewinnablieferung SNB	0,4	0,8	1,2	1,7	1,4
Zunahme des Münzumlafs	–	–	–	0,0	0,1
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	–	–	0,0	0,2	0,3
Übrige Regalien und Konzessionen	0,2	0,1	0,1	0,1	0,0
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>3,7</b>	<b>3,3</b>	<b>2,3</b>	<b>1,9</b>	<b>2,5</b>
Zinseinnahmen	3,3	2,5	1,2	0,8	1,1
Finanzanlagen	1,4	1,2	0,5	0,4	0,3
Darlehen	1,8	1,2	0,6	0,3	0,3
Vorschuss FEG	–	–	–	0,2	0,4
Übrige Zinseinnahmen	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0
Kursgewinne	–	–	–	0,0	0,0
Beteiligungseinnahmen	0,3	0,7	1,1	1,1	1,4
Übrige Finanzeinnahmen	–	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Übrige laufende Einnahmen</b>	<b>7,9</b>	<b>3,2</b>	<b>2,3</b>	<b>2,7</b>	<b>2,8</b>
Entgelte	3,2	2,4	2,1	2,4	2,1
Wehrpflichtersatzabgabe	0,5	0,4	0,4	0,3	0,2
Gebühren für Amtshandlungen	0,6	0,6	0,6	0,5	0,4
Benützungsgebühren, Dienstleistungen	0,8	0,1	0,1	0,1	0,1
Verkäufe	0,3	0,2	0,2	0,3	0,3
Rückerstattungen	0,7	0,7	0,4	0,4	0,2
EU Zinsbesteuerung	–	–	–	0,1	0,3
Übrige Entgelte	0,4	0,5	0,5	0,7	0,7
Verschiedene Einnahmen	4,7	0,8	0,1	0,3	0,7
Einnahmen aus Liegenschaften	0,1	0,1	0,1	0,2	0,6
Übrige	4,5	0,6	0,0	0,0	0,1
<b>Investitionseinnahmen</b>	<b>0,7</b>	<b>3,1</b>	<b>3,4</b>	<b>0,7</b>	<b>0,3</b>
Veräusserung von Sachanlagen	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1
Rückzahlung von Darlehen	0,5	2,9	3,2	0,6	0,3
Übrige Investitionseinnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. So enthält die Legislaturperiode 2003-2007 die Zahlen 2004-2007 und die laufende Legislaturperiode 2007-2011 die Rechnung 2008, die Voranschläge 2009 und 2010 sowie das Planjahr 2011.

## B21 Ausgaben nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010	Differenz zu VA 2009 absolut	%
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>51 403</b>	<b>52 377</b>	<b>53 965</b>	<b>56 598</b>	<b>59 020</b>	<b>60 522</b>	<b>1 502</b>	<b>2,5</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>8 282</b>	<b>8 187</b>	<b>8 471</b>	<b>9 107</b>	<b>9 670</b>	<b>10 177</b>	<b>507</b>	<b>5,2</b>
<b>Personalausgaben</b>	<b>4 375</b>	<b>4 325</b>	<b>4 462</b>	<b>4 555</b>	<b>4 802</b>	<b>4 969</b>	<b>167</b>	<b>3,5</b>
Personalbezüge	3 657	3 629	3 667	3 761	3 962	4 086	123	3,1
Arbeitgeberbeiträge	497	492	590	612	677	727	50	7,4
Arbeitgeberleistungen	163	160	150	107	73	72	-1	-1,3
Übrige Personalausgaben	59	44	55	76	90	84	-5	-5,9
<b>Sach- und Betriebsausgaben</b>	<b>2 638</b>	<b>2 683</b>	<b>2 841</b>	<b>3 323</b>	<b>3 777</b>	<b>3 854</b>	<b>77</b>	<b>2,0</b>
Material- und Warenausgaben	10	11	46	46	52	52	0	0,0
Betriebsausgaben	2 628	2 672	2 795	2 968	3 323	3 408	85	2,6
Liegenschaften	441	423	230	249	280	291	11	3,9
Mieten und Pachten	144	142	133	152	162	167	4	2,6
Informatik	133	151	295	434	547	555	8	1,4
Beratungsausgaben	327	340	468	262	272	270	-2	-0,8
Betriebsausgaben der Armee	784	784	710	796	837	888	51	6,1
Verluste auf Forderungen	-	-	224	208	256	215	-41	-16,1
Übrige Betriebsausgaben	799	833	735	866	968	1 023	55	5,7
Betrieblicher Unterhalt	-	-	-	309	402	394	-8	-2,0
Nationalstrassen								
<b>Rüstungsausgaben</b>	<b>1 269</b>	<b>1 178</b>	<b>1 168</b>	<b>1 228</b>	<b>1 092</b>	<b>1 355</b>	<b>263</b>	<b>24,1</b>
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	131	143	145	147	120	122	2	1,7
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	285	295	289	290	289	313	24	8,3
Rüstungsmaterial	853	740	734	792	683	920	237	34,7
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>32 822</b>	<b>33 661</b>	<b>35 228</b>	<b>37 146</b>	<b>38 320</b>	<b>40 024</b>	<b>1 704</b>	<b>4,4</b>
<b>Anteile Dritter an Bundeseinnahmen</b>	<b>7 226</b>	<b>8 098</b>	<b>8 624</b>	<b>7 414</b>	<b>7 066</b>	<b>6 935</b>	<b>-131</b>	<b>-1,9</b>
Kantonsanteile	4 954	5 607	5 999	4 665	4 194	3 935	-258	-6,2
Anteile der Sozialversicherungen	2 163	2 363	2 478	2 619	2 744	2 643	-101	-3,7
Rückverteilung Lenkungsabgaben	109	127	147	130	129	357	228	177,2
<b>Entschädigungen an Gemeinwesen</b>	<b>1 084</b>	<b>986</b>	<b>969</b>	<b>773</b>	<b>676</b>	<b>851</b>	<b>175</b>	<b>25,9</b>
<b>Beiträge an eigene Institutionen</b>	<b>2 072</b>	<b>2 075</b>	<b>2 527</b>	<b>2 573</b>	<b>2 667</b>	<b>2 838</b>	<b>172</b>	<b>6,4</b>
<b>Beiträge an Dritte</b>	<b>9 662</b>	<b>9 719</b>	<b>9 697</b>	<b>12 646</b>	<b>13 387</b>	<b>14 317</b>	<b>930</b>	<b>6,9</b>
Finanzausgleich	-	-	-	2 725	2 803	2 903	99	3,5
Internationale Organisationen	1 200	1 178	1 298	1 465	1 540	1 628	88	5,7
Übrige Beiträge an Dritte	8 462	8 541	8 399	8 456	9 044	9 787	743	8,2
<b>Beiträge an Sozialversicherungen</b>	<b>12 778</b>	<b>12 783</b>	<b>13 411</b>	<b>13 740</b>	<b>14 525</b>	<b>15 083</b>	<b>558</b>	<b>3,8</b>
AHV / IV / ALV	9 712	9 703	10 181	10 550	11 185	11 289	104	0,9
Übrige Sozialversicherungen	3 065	3 080	3 230	3 190	3 340	3 794	454	13,6

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008. Unter anderem sind die Anteile Dritter, die Investitionen in Sachanlagen sowie die Investitionsbeiträge nicht mit den Vorjahren vergleichbar.

## B21 Ausgaben nach Kontengruppen

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010	Differenz zu VA 2009	
							absolut	%
<b>Finanzausgaben</b>	<b>3 711</b>	<b>4 105</b>	<b>4 003</b>	<b>3 791</b>	<b>3 905</b>	<b>3 086</b>	<b>-819</b>	<b>-21,0</b>
<b>Zinsausgaben</b>	<b>3 577</b>	<b>3 993</b>	<b>3 849</b>	<b>3 660</b>	<b>3 794</b>	<b>2 867</b>	<b>-926</b>	<b>-24,4</b>
Anleihen	2 945	3 339	3 310	3 270	3 196	2 511	-684	-21,4
Geldmarktbuchforderungen	110	196	221	141	318	73	-245	-77,1
Übrige Zinsausgaben	522	458	318	250	280	283	3	1,1
<b>Kursverluste</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>54</b>	<b>77</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Kapitalbeschaffungsausgaben</b>	<b>134</b>	<b>112</b>	<b>89</b>	<b>52</b>	<b>95</b>	<b>218</b>	<b>123</b>	<b>129,5</b>
<b>Übrige Finanzausgaben</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>10</b>	<b>1</b>	<b>16</b>	<b>-</b>	<b>-16</b>	<b>-100,0</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>6 589</b>	<b>6 424</b>	<b>6 264</b>	<b>6 554</b>	<b>7 125</b>	<b>7 235</b>	<b>110</b>	<b>1,6</b>
<b>Sachanlagen und Vorräte</b>	<b>585</b>	<b>591</b>	<b>874</b>	<b>2 265</b>	<b>2 529</b>	<b>2 667</b>	<b>139</b>	<b>5,5</b>
Liegenschaften	247	243	603	588	627	640	13	2,1
Mobilien und Vorräte	338	347	271	341	439	339	-100	-22,8
Nationalstrassen	-	-	-	1 336	1 463	1 688	225	15,4
<b>Immaterielle Anlagen</b>	<b>11</b>	<b>13</b>	<b>13</b>	<b>31</b>	<b>47</b>	<b>55</b>	<b>8</b>	<b>17,7</b>
<b>Darlehen</b>	<b>504</b>	<b>489</b>	<b>376</b>	<b>366</b>	<b>401</b>	<b>446</b>	<b>45</b>	<b>11,3</b>
<b>Beteiligungen</b>	<b>53</b>	<b>39</b>	<b>35</b>	<b>31</b>	<b>31</b>	<b>35</b>	<b>4</b>	<b>12,9</b>
<b>Investitionsbeiträge</b>	<b>5 436</b>	<b>5 292</b>	<b>4 966</b>	<b>3 861</b>	<b>4 117</b>	<b>4 031</b>	<b>-86</b>	<b>-2,1</b>
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	-	-	-	1 591	1 576	1 468	-108	-6,9
Übrige Investitionsbeiträge	5 436	5 292	4 966	2 270	2 541	2 564	22	0,9

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008. Unter anderem sind die Anteile Dritter, die Investitionen in Sachanlagen sowie die Investitionsbeiträge nicht mit den Vorjahren vergleichbar.

## B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>3,4</b>	<b>2,9</b>	<b>2,4</b>	<b>1,9</b>	<b>4,0</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>0,8</b>	<b>-1,7</b>	<b>-2,6</b>	<b>-0,3</b>	<b>5,1</b>
<b>Personalausgaben</b>	<b>2,4</b>	<b>0,0</b>	<b>-2,1</b>	<b>0,0</b>	<b>3,0</b>
Personalbezüge	3,3	0,1	-2,0	0,2	3,0
Arbeitgeberbeiträge	0,8	-2,4	-0,8	2,1	6,0
Arbeitgeberleistungen	-4,3	3,3	-7,6	-9,9	-17,4
Übrige Personalausgaben	0,1	5,0	15,1	-3,5	10,4
<b>Sach- und Betriebsausgaben</b>	<b>-0,3</b>	<b>0,6</b>	<b>-2,1</b>	<b>-0,2</b>	<b>8,1</b>
Material- und Warenausgaben	-	-	78,3	38,5	3,8
Betriebsausgaben	-0,3	0,5	-2,2	-0,5	5,3
Liegenschaften	-2,2	-1,6	-7,0	-15,6	7,4
Mieten und Pachten	7,5	2,2	-0,6	-0,2	6,2
Informatik	8,7	0,0	-4,1	13,2	16,2
Beratungsausgaben	5,5	34,0	11,0	4,0	-12,1
Betriebsausgaben der Armee	-7,8	5,9	-0,9	-3,3	5,7
Verluste auf Forderungen	-	-	-	-	0,5
Übrige Betriebsausgaben	3,6	-5,4	-4,5	-4,3	8,6
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	-	-	-	-	-
<b>Rüstungsausgaben</b>	<b>-0,8</b>	<b>-9,4</b>	<b>-5,7</b>	<b>-1,6</b>	<b>4,8</b>
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	-10,0	-5,9	13,3	-0,6	-5,2
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	-5,2	-9,1	0,6	0,1	1,3
Rüstungsmaterial	1,2	-9,7	-9,4	-2,4	7,7
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>4,6</b>	<b>4,2</b>	<b>3,9</b>	<b>2,9</b>	<b>4,2</b>
<b>Anteile Dritter an Bundeseinnahmen</b>	<b>2,8</b>	<b>12,9</b>	<b>6,4</b>	<b>7,5</b>	<b>-3,0</b>
Kantonsanteile	2,8	5,1	4,8	7,1	-10,8
Anteile der Sozialversicherungen	-	-	10,5	7,4	8,9
Rückverteilung Lenkungsabgaben	-	-	-	50,7	23,8
<b>Entschädigungen an Gemeinwesen</b>	<b>-12,0</b>	<b>11,2</b>	<b>1,6</b>	<b>21,8</b>	<b>-1,0</b>
<b>Beiträge an eigene Institutionen</b>	<b>5,0</b>	<b>-29,3</b>	<b>33,1</b>	<b>5,0</b>	<b>3,8</b>
<b>Beiträge an Dritte</b>	<b>4,5</b>	<b>8,2</b>	<b>-0,7</b>	<b>-1,8</b>	<b>10,4</b>
Finanzausgleich	-	-	-	-	-
Internationale Organisationen	5,0	7,4	7,3	18,6	6,7
Übrige Beiträge an Dritte	4,5	8,2	-1,1	-3,7	3,7
<b>Beiträge an Sozialversicherungen</b>	<b>6,0</b>	<b>3,0</b>	<b>4,2</b>	<b>2,7</b>	<b>4,0</b>
AHV / IV / ALV	6,3	4,8	4,3	2,5	4,0
Übrige Sozialversicherungen	5,5	-1,8	4,0	3,3	3,8
<b>Finanzausgaben</b>	<b>11,1</b>	<b>4,2</b>	<b>-0,8</b>	<b>2,8</b>	<b>-1,5</b>
<b>Zinsausgaben</b>	<b>10,7</b>	<b>3,9</b>	<b>-2,1</b>	<b>4,0</b>	<b>-1,9</b>
Anleihen	24,9	8,0	2,5	9,6	-3,3
Geldmarktbuchforderungen	34,4	-17,2	-41,4	77,8	12,7
Übrige Zinsausgaben	-2,9	3,4	-7,2	-24,5	-0,5
<b>Kursverluste</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-100,0</b>
<b>Kapitalbeschaffungsausgaben</b>	<b>49,7</b>	<b>17,6</b>	<b>26,5</b>	<b>-25,7</b>	<b>22,5</b>
<b>Übrige Finanzausgaben</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-100,0</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>-1,0</b>	<b>4,7</b>	<b>5,6</b>	<b>-0,2</b>	<b>4,3</b>
<b>Sachanlagen und Vorräte</b>	<b>2,2</b>	<b>1,9</b>	<b>-8,6</b>	<b>10,4</b>	<b>33,3</b>
Liegenschaften	5,3	7,0	-19,3	28,2	2,3
Mobilien und Vorräte	-0,7	-4,5	3,6	-7,2	6,0
Nationalstrassen	-	-	-	-	-
<b>Immaterielle Anlagen</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>3,0</b>	<b>51,5</b>
<b>Darlehen</b>	<b>-12,3</b>	<b>-13,2</b>	<b>3,7</b>	<b>13,7</b>	<b>2,4</b>
<b>Beteiligungen</b>	<b>-33,3</b>	<b>43,3</b>	<b>102,2</b>	<b>-14,5</b>	<b>3,7</b>
<b>Investitionsbeiträge</b>	<b>0,1</b>	<b>6,8</b>	<b>7,7</b>	<b>-2,2</b>	<b>-4,5</b>
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	-	-	-	-	-
Übrige Investitionsbeiträge	0,1	6,8	7,7	-2,2	-14,8

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. So enthält die Legislaturperiode 2003-2007 die Zahlen 2004-2007 und die laufende Legislaturperiode 2007-2011 die Rechnung 2008, die Voranschläge 2009 und 2010 sowie das Planjahr 2011.

## B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>25,4</b>	<b>22,0</b>	<b>17,6</b>	<b>16,1</b>	<b>16,4</b>
<b>Personalausgaben</b>	<b>12,1</b>	<b>10,9</b>	<b>8,9</b>	<b>8,5</b>	<b>8,1</b>
Personalbezüge	9,7	8,8	7,0	7,0	6,7
Arbeitgeberbeiträge	1,7	1,4	1,2	1,0	1,2
Arbeitgeberleistungen	0,6	0,7	0,7	0,3	0,1
Übrige Personalausgaben	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
<b>Sach- und Betriebsausgaben</b>	<b>7,8</b>	<b>7,0</b>	<b>5,9</b>	<b>5,2</b>	<b>6,2</b>
Material- und Warenausgaben	–	0,0	0,0	0,0	0,1
Betriebsausgaben	7,8	7,0	5,9	5,2	5,5
Liegenschaften	1,6	1,5	1,0	0,7	0,5
Mieten und Pachten	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Informatik	0,5	0,5	0,4	0,4	0,9
Beratungsausgaben	0,2	0,4	0,7	0,7	0,5
Betriebsausgaben der Armee	2,0	1,7	1,7	1,5	1,4
Verluste auf Forderungen	–	–	–	0,1	0,4
Übrige Betriebsausgaben	3,1	2,6	1,8	1,5	1,6
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	–	–	–	–	0,6
<b>Rüstungsausgaben</b>	<b>5,5</b>	<b>4,1</b>	<b>2,8</b>	<b>2,4</b>	<b>2,1</b>
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	0,3	0,2	0,3	0,3	0,2
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	1,1	0,7	0,6	0,6	0,5
Rüstungsmaterial	4,1	3,1	1,9	1,6	1,4
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>54,6</b>	<b>57,6</b>	<b>61,8</b>	<b>64,4</b>	<b>65,7</b>
<b>Anteile Dritter an Bundeseinnahmen</b>	<b>7,9</b>	<b>8,9</b>	<b>12,9</b>	<b>14,7</b>	<b>12,1</b>
Kantonsanteile	7,9	8,2	9,0	10,1	6,9
Anteile der Sozialversicherungen	–	0,7	3,8	4,3	4,8
Rückverteilung Lenkungsabgaben	–	–	0,1	0,2	0,4
<b>Entschädigungen an Gemeinwesen</b>	<b>0,9</b>	<b>0,8</b>	<b>0,9</b>	<b>1,6</b>	<b>1,4</b>
<b>Beiträge an eigene Institutionen</b>	<b>6,3</b>	<b>3,7</b>	<b>4,2</b>	<b>4,3</b>	<b>4,6</b>
<b>Beiträge an Dritte</b>	<b>18,7</b>	<b>21,7</b>	<b>20,7</b>	<b>19,1</b>	<b>22,9</b>
Finanzausgleich	–	–	–	–	4,8
Internationale Organisationen	0,9	1,0	1,2	2,1	2,6
Übrige Beiträge an Dritte	17,8	20,7	19,6	17,0	15,5
<b>Beiträge an Sozialversicherungen</b>	<b>20,8</b>	<b>22,4</b>	<b>23,1</b>	<b>24,7</b>	<b>24,7</b>
AHV / IV / ALV	15,1	17,1	17,5	18,8	18,8
Übrige Sozialversicherungen	5,7	5,4	5,5	5,9	5,9
<b>Finanzausgaben</b>	<b>7,2</b>	<b>7,5</b>	<b>7,6</b>	<b>7,3</b>	<b>6,1</b>
<b>Zinsausgaben</b>	<b>7,0</b>	<b>7,3</b>	<b>7,1</b>	<b>7,0</b>	<b>5,8</b>
Anleihen	2,8	4,1	4,8	5,8	5,0
Geldmarktbuchforderungen	1,1	0,5	0,4	0,3	0,4
Übrige Zinsausgaben	3,1	2,6	1,9	1,0	0,5
<b>Kursverluste</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
<b>Kapitalbeschaffungsausgaben</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>	<b>0,5</b>	<b>0,3</b>	<b>0,2</b>
<b>Übrige Finanzausgaben</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>12,8</b>	<b>12,9</b>	<b>13,1</b>	<b>12,3</b>	<b>11,8</b>
<b>Sachanlagen und Vorräte</b>	<b>2,1</b>	<b>1,7</b>	<b>1,1</b>	<b>1,3</b>	<b>4,3</b>
Liegenschaften	1,1	1,0	0,5	0,6	1,1
Mobilien und Vorräte	1,0	0,7	0,6	0,6	0,6
Nationalstrassen	–	–	–	–	2,6
<b>Immaterielle Anlagen</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,1</b>
<b>Darlehen</b>	<b>3,1</b>	<b>3,3</b>	<b>1,2</b>	<b>0,8</b>	<b>0,7</b>
<b>Beteiligungen</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>
<b>Investitionsbeiträge</b>	<b>7,6</b>	<b>7,9</b>	<b>10,7</b>	<b>10,1</b>	<b>6,7</b>
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	–	–	–	–	2,6
Übrige Investitionsbeiträge	7,6	7,9	10,7	10,1	4,2

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. So enthält die Legislaturperiode 2003-2007 die Zahlen 2004-2007 und die laufende Legislaturperiode 2007-2011 die Rechnung 2008, die Voranschläge 2009 und 2010 sowie das Planjahr 2011.

### B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten

Mio. CHF	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010	Differenz zu VA 2009	
							absolut	%
<b>Total Aufgabengebiete</b> (ordentliche Ausgaben)	<b>51 403</b>	<b>52 377</b>	<b>53 965</b>	<b>56 598</b>	<b>59 020</b>	<b>60 522</b>	<b>1 502</b>	<b>2,5</b>
<b>Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen</b>	<b>2 139</b>	<b>2 150</b>	<b>2 162</b>	<b>2 273</b>	<b>2 492</b>	<b>2 549</b>	<b>57</b>	<b>2,3</b>
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 139	2 150	2 162	2 273	2 492	2 549	57	2,3
<b>Ordnung und öffentliche Sicherheit</b>	<b>757</b>	<b>771</b>	<b>813</b>	<b>836</b>	<b>950</b>	<b>980</b>	<b>31</b>	<b>3,2</b>
Allgemeines Rechtswesen	91	84	78	77	75	75	1	0,9
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	280	293	311	324	384	393	9	2,4
Grenzkontrollen	274	273	282	291	321	331	10	3,2
Gerichte	112	121	141	145	170	180	10	6,0
<b>Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit</b>	<b>2 278</b>	<b>2 269</b>	<b>2 274</b>	<b>2 394</b>	<b>2 630</b>	<b>2 761</b>	<b>131</b>	<b>5,0</b>
Politische Beziehungen	588	579	613	645	697	764	67	9,6
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1 499	1 563	1 559	1 642	1 717	1 765	47	2,7
Wirtschaftliche Beziehungen	74	70	71	86	83	76	-7	-7,9
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	117	57	30	21	132	156	23	17,4
<b>Landesverteidigung</b>	<b>4 437</b>	<b>4 272</b>	<b>4 327</b>	<b>4 537</b>	<b>4 612</b>	<b>4 930</b>	<b>317</b>	<b>6,9</b>
Militärische Landesverteidigung	4 339	4 174	4 231	4 439	4 511	4 826	316	7,0
Nationale Sicherheitskooperation	98	98	95	97	102	103	2	1,5
<b>Bildung und Forschung</b>	<b>4 586</b>	<b>4 714</b>	<b>4 978</b>	<b>5 339</b>	<b>5 752</b>	<b>6 131</b>	<b>379</b>	<b>6,6</b>
Berufsbildung	497	522	518	573	630	704	74	11,8
Hochschulen	1 428	1 470	1 564	1 655	1 793	1 857	63	3,5
Grundlagenforschung	1 638	1 697	1 834	2 038	2 167	2 355	187	8,6
Angewandte Forschung	950	961	1 002	1 043	1 132	1 187	55	4,9
Übriges Bildungswesen	71	64	60	30	29	29	-1	-2,5
<b>Kultur und Freizeit</b>	<b>442</b>	<b>437</b>	<b>460</b>	<b>429</b>	<b>413</b>	<b>442</b>	<b>28</b>	<b>6,9</b>
Kulturerhaltung	84	85	94	85	93	111	17	18,5
Kulturförderung und Medienpolitik	232	227	225	168	174	178	4	2,2
Sport	126	125	140	176	146	153	7	5,0
<b>Gesundheit</b>	<b>200</b>	<b>194</b>	<b>264</b>	<b>220</b>	<b>214</b>	<b>218</b>	<b>4</b>	<b>1,7</b>
Gesundheit	200	194	264	220	214	218	4	1,7
<b>Soziale Wohlfahrt</b>	<b>16 137</b>	<b>16 246</b>	<b>16 933</b>	<b>17 434</b>	<b>18 394</b>	<b>19 402</b>	<b>1 008</b>	<b>5,5</b>
Altersversicherung	7 286	7 534	7 984	9 322	9 865	9 920	55	0,6
Invalidenversicherung	4 379	4 372	4 492	3 655	3 827	3 780	-47	-1,2
Krankenversicherung	2 121	2 143	2 263	1 806	1 887	2 295	408	21,6
Ergänzungsleistungen	675	678	711	1 127	1 190	1 258	68	5,7
Militärversicherung	241	234	232	252	249	236	-13	-5,3
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	356	302	302	314	396	735	339	85,7
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	172	126	110	99	174	175	1	0,6
Migration	871	816	791	812	751	947	196	26,1
Soziale Hilfe und Fürsorge	36	42	48	47	53	55	1	2,5
<b>Verkehr</b>	<b>7 591</b>	<b>7 409</b>	<b>7 349</b>	<b>7 538</b>	<b>7 888</b>	<b>8 072</b>	<b>184</b>	<b>2,3</b>
Strassenverkehr	2 770	2 668	2 751	2 458	2 638	2 882	244	9,2
Öffentlicher Verkehr	4 706	4 641	4 507	4 989	5 142	5 054	-88	-1,7
Luftfahrt	114	99	90	91	108	137	29	26,6

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

### B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010	Differenz zu VA 2009 absolut	%
<b>Umweltschutz und Raumordnung</b>	<b>554</b>	<b>624</b>	<b>655</b>	<b>651</b>	<b>738</b>	<b>982</b>	<b>245</b>	<b>33,2</b>
Umweltschutz	326	317	320	330	362	602	240	66,3
Schutz vor Naturgefahren	127	214	215	212	265	271	6	2,3
Naturschutz	88	82	107	96	97	95	-2	-1,8
Raumordnung	13	12	12	13	14	14	0	2,9
<b>Landwirtschaft und Ernährung</b>	<b>3 608</b>	<b>3 645</b>	<b>3 601</b>	<b>3 551</b>	<b>3 721</b>	<b>3 702</b>	<b>-19</b>	<b>-0,5</b>
Landwirtschaft und Ernährung	3 608	3 645	3 601	3 551	3 721	3 702	-19	-0,5
<b>Wirtschaft</b>	<b>432</b>	<b>383</b>	<b>398</b>	<b>405</b>	<b>434</b>	<b>593</b>	<b>159</b>	<b>36,5</b>
Wirtschaftsordnung	128	132	148	160	119	120	1	1,1
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	122	121	129	131	139	178	38	27,6
Energie	80	83	81	90	149	268	119	79,6
Forstwirtschaft	101	46	41	25	27	27	0	0,0
<b>Finanzen und Steuern</b>	<b>8 242</b>	<b>9 262</b>	<b>9 753</b>	<b>10 991</b>	<b>10 781</b>	<b>9 761</b>	<b>-1 020</b>	<b>-9,5</b>
Anteile an Bundeseinnahmen	4 532	5 157	5 750	4 484	4 073	3 773	-300	-7,4
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	3 711	4 105	4 003	3 782	3 905	3 086	-819	-21,0
Finanzausgleich	–	–	–	2 725	2 803	2 903	99	3,5

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

## B32 Entwicklung der Aufgabengebiete

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Total Aufgabengebiete</b> (ordentliche Ausgaben)	<b>3,4</b>	<b>2,9</b>	<b>2,4</b>	<b>1,9</b>	<b>4,0</b>
<b>Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen</b>	<b>3,1</b>	<b>2,3</b>	<b>7,5</b>	<b>0,3</b>	<b>4,6</b>
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,1	2,3	7,5	0,3	4,6
<b>Ordnung und öffentliche Sicherheit</b>	<b>4,7</b>	<b>0,8</b>	<b>5,8</b>	<b>-1,2</b>	<b>5,1</b>
Allgemeines Rechtswesen	8,2	-11,9	11,8	-11,7	-0,6
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	5,7	4,2	9,8	-2,5	6,2
Grenzkontrollen	1,8	1,3	1,4	0,6	4,7
Gerichte	6,6	7,7	0,7	7,4	6,4
<b>Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit</b>	<b>3,5</b>	<b>1,3</b>	<b>2,5</b>	<b>-0,2</b>	<b>5,6</b>
Politische Beziehungen	4,7	2,2	4,2	-0,3	5,4
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1,7	1,5	1,7	3,0	4,0
Wirtschaftliche Beziehungen	18,0	-1,9	3,3	0,1	2,2
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	9,7	-0,4	2,5	-38,7	54,3
<b>Landesverteidigung</b>	<b>-1,4</b>	<b>-4,1</b>	<b>-1,7</b>	<b>-0,9</b>	<b>3,7</b>
Militärische Landesverteidigung	-1,2	-3,7	-1,8	-1,0	3,8
Nationale Sicherheitskooperation	-8,2	-18,3	1,6	3,2	2,4
<b>Bildung und Forschung</b>	<b>4,3</b>	<b>1,2</b>	<b>2,6</b>	<b>3,1</b>	<b>6,7</b>
Berufsbildung	5,3	-3,5	2,6	-0,4	10,6
Hochschulen	2,3	3,1	2,0	-8,8	5,1
Grundlagenforschung	7,3	1,0	6,0	22,1	8,0
Angewandte Forschung	3,7	2,9	0,9	8,4	5,7
Übriges Bildungswesen	32,5	-20,4	8,6	-4,0	-16,3
<b>Kultur und Freizeit</b>	<b>0,5</b>	<b>14,3</b>	<b>2,4</b>	<b>-3,7</b>	<b>-0,5</b>
Kulturerhaltung	0,9	-3,6	2,0	2,6	4,3
Kulturförderung und Medienpolitik	-4,1	31,6	1,7	-7,7	-5,6
Sport	5,9	4,7	4,5	0,0	3,3
<b>Gesundheit</b>	<b>7,0</b>	<b>0,8</b>	<b>4,5</b>	<b>10,7</b>	<b>-4,6</b>
Gesundheit	7,0	0,8	4,5	10,7	-4,6
<b>Soziale Wohlfahrt</b>	<b>6,0</b>	<b>7,1</b>	<b>3,2</b>	<b>2,6</b>	<b>5,0</b>
Altersversicherung	5,0	8,9	4,6	3,3	6,2
Invalidenversicherung	8,6	6,7	6,3	2,7	2,6
Krankenversicherung	8,4	-2,3	4,2	3,9	-0,3
Ergänzungsleistungen	-0,7	-0,4	5,8	4,3	15,7
Militärversicherung	0,8	-1,6	0,5	-2,8	1,2
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	24,2	97,5	-0,7	13,5	8,3
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	4,4	19,9	-10,8	-17,9	9,4
Migration	6,3	15,1	-10,0	-4,8	6,5
Soziale Hilfe und Fürsorge	-11,7	-3,9	20,2	20,5	6,9
<b>Verkehr</b>	<b>3,1</b>	<b>0,0</b>	<b>4,1</b>	<b>0,8</b>	<b>3,0</b>
Strassenverkehr	1,0	-0,1	0,7	-0,9	1,7
Öffentlicher Verkehr	4,9	2,1	6,6	2,0	3,4
Luftfahrt	6,0	-32,7	12,8	-4,1	19,3
<b>Umweltschutz und Raumordnung</b>	<b>-4,2</b>	<b>-0,5</b>	<b>4,7</b>	<b>3,8</b>	<b>11,3</b>
Umweltschutz	-1,2	2,4	1,5	0,5	17,4
Schutz vor Naturgefahren	-5,5	-8,2	9,9	7,0	7,2
Naturschutz	-13,8	5,0	7,5	8,9	-2,5
Raumordnung	6,7	2,3	15,1	3,8	5,2
<b>Landwirtschaft und Ernährung</b>	<b>3,7</b>	<b>4,7</b>	<b>-2,0</b>	<b>-0,8</b>	<b>0,7</b>
Landwirtschaft und Ernährung	3,7	4,7	-2,0	-0,8	0,7

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. So enthält die Legislaturperiode 2003-2007 die Zahlen 2004-2007 und die laufende Legislaturperiode 2007-2011 die Rechnung 2008, die Voranschläge 2009 und 2010 sowie das Planjahr 2011.

## B32 Entwicklung der Aufgabengebiete

Fortsetzung

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Wirtschaft</b>	<b>-9,1</b>	<b>-2,3</b>	<b>5,2</b>	<b>-11,6</b>	<b>7,5</b>
Wirtschaftsordnung	8,4	1,2	9,3	7,9	-4,5
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	-19,7	-2,4	1,9	-14,7	-0,1
Energie	31,3	-9,8	6,9	-6,9	33,1
Forstwirtschaft	-3,9	1,6	6,8	-32,2	-9,4
<b>Finanzen und Steuern</b>	<b>6,5</b>	<b>4,8</b>	<b>2,3</b>	<b>5,9</b>	<b>1,7</b>
Anteile an Bundeseinnahmen	2,1	5,6	5,5	8,4	-10,8
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	11,1	4,2	-0,8	2,8	-1,5
Finanzausgleich	-	-	-	-	-

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. So enthält die Legislaturperiode 2003-2007 die Zahlen 2004-2007 und die laufende Legislaturperiode 2007-2011 die Rechnung 2008, die Voranschläge 2009 und 2010 sowie das Planjahr 2011.

### B33 Struktur der Aufgabengebiete

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Total Aufgabengebiete</b> (ordentliche Ausgaben)	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen</b>	<b>3,6</b>	<b>3,5</b>	<b>4,1</b>	<b>4,2</b>	<b>4,1</b>
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,6	3,5	4,1	4,2	4,1
<b>Ordnung und öffentliche Sicherheit</b>	<b>1,6</b>	<b>1,5</b>	<b>1,6</b>	<b>1,5</b>	<b>1,6</b>
Allgemeines Rechtswesen	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6
Grenzkontrollen	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5
Gerichte	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3
<b>Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit</b>	<b>5,0</b>	<b>4,5</b>	<b>4,8</b>	<b>4,4</b>	<b>4,4</b>
Politische Beziehungen	1,2	1,2	1,2	1,1	1,2
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	3,2	2,7	2,9	2,9	2,9
Wirtschaftliche Beziehungen	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	0,5	0,4	0,4	0,2	0,2
<b>Landesverteidigung</b>	<b>14,3</b>	<b>11,6</b>	<b>9,5</b>	<b>8,4</b>	<b>8,0</b>
Militärische Landesverteidigung	13,8	11,3	9,3	8,2	7,8
Nationale Sicherheitskooperation	0,5	0,3	0,2	0,2	0,2
<b>Bildung und Forschung</b>	<b>9,1</b>	<b>8,6</b>	<b>8,6</b>	<b>9,0</b>	<b>9,9</b>
Berufsbildung	1,3	1,1	1,0	1,0	1,1
Hochschulen	4,6	4,4	4,4	2,9	3,0
Grundlagenforschung	1,5	1,5	1,5	3,3	3,8
Angewandte Forschung	1,6	1,5	1,5	1,8	1,9
Übriges Bildungswesen	0,2	0,1	0,1	0,1	0,0
<b>Kultur und Freizeit</b>	<b>0,7</b>	<b>1,0</b>	<b>1,3</b>	<b>0,9</b>	<b>0,7</b>
Kulturerhaltung	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Kulturförderung und Medienpolitik	0,2	0,5	0,9	0,4	0,3
Sport	0,2	0,2	0,3	0,2	0,3
<b>Gesundheit</b>	<b>0,3</b>	<b>0,3</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>
Gesundheit	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4
<b>Soziale Wohlfahrt</b>	<b>25,5</b>	<b>29,0</b>	<b>29,9</b>	<b>31,3</b>	<b>31,7</b>
Altersversicherung	9,8	10,8	13,7	14,3	16,4
Invalidenversicherung	5,6	6,7	7,5	8,4	6,8
Krankenversicherung	3,7	3,6	3,8	4,1	3,4
Ergänzungsleistungen	1,2	1,0	1,1	1,3	2,0
Militärversicherung	0,7	0,6	0,5	0,5	0,4
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	2,0	3,0	0,4	0,6	0,8
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	0,5	0,7	0,7	0,3	0,3
Migration	2,0	2,6	2,2	1,7	1,5
Soziale Hilfe und Fürsorge	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1
<b>Verkehr</b>	<b>14,8</b>	<b>14,2</b>	<b>14,0</b>	<b>14,2</b>	<b>13,3</b>
Strassenverkehr	6,9	6,0	5,9	5,3	4,6
Öffentlicher Verkehr	7,1	7,9	8,0	8,7	8,5
Luftfahrt	0,8	0,3	0,2	0,2	0,2
<b>Umweltschutz und Raumordnung</b>	<b>1,2</b>	<b>1,1</b>	<b>1,2</b>	<b>1,2</b>	<b>1,4</b>
Umweltschutz	0,7	0,7	0,7	0,6	0,8
Schutz vor Naturgefahren	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4
Naturschutz	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2
Raumordnung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Landwirtschaft und Ernährung</b>	<b>8,0</b>	<b>8,6</b>	<b>7,6</b>	<b>7,0</b>	<b>6,1</b>
Landwirtschaft und Ernährung	8,0	8,6	7,6	7,0	6,1

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. So enthält die Legislaturperiode 2003-2007 die Zahlen 2004-2007 und die laufende Legislaturperiode 2007-2011 die Rechnung 2008, die Voranschläge 2009 und 2010 sowie das Planjahr 2011.

### B33 Struktur der Aufgabengebiete

Fortsetzung

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Wirtschaft</b>	<b>1,6</b>	<b>1,3</b>	<b>1,4</b>	<b>0,8</b>	<b>0,8</b>
Wirtschaftsordnung	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	0,8	0,5	0,5	0,3	0,2
Energie	0,2	0,3	0,2	0,2	0,3
Forstwirtschaft	0,4	0,3	0,4	0,1	0,0
<b>Finanzen und Steuern</b>	<b>14,3</b>	<b>14,9</b>	<b>15,7</b>	<b>16,7</b>	<b>17,5</b>
Anteile an Bundeseinnahmen	7,1	7,4	8,2	9,4	6,7
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	7,2	7,5	7,6	7,3	6,1
Finanzausgleich	–	–	–	–	4,8

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. So enthält die Legislaturperiode 2003-2007 die Zahlen 2004-2007 und die laufende Legislaturperiode 2007-2011 die Rechnung 2008, die Voranschläge 2009 und 2010 sowie das Planjahr 2011.

### B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2010

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Total Voranschlag 2010	Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	Ordnung und öffentliche Sicherheit	Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	Landes- verteidigung	Bildung und Forschung	Kultur und Freizeit
Mio. CHF							
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>60 522</b>	<b>2 549</b>	<b>980</b>	<b>2 761</b>	<b>4 930</b>	<b>6 131</b>	<b>442</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>10 177</b>	<b>2 129</b>	<b>778</b>	<b>701</b>	<b>4 339</b>	<b>246</b>	<b>117</b>
Personalausgaben	4 969	1 333	637	540	1 440	138	83
Sach- und Betriebsausgaben	3 854	796	141	161	1 544	108	35
Rüstungsausgaben	1 355	–	–	–	1 355	–	–
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>40 024</b>	<b>35</b>	<b>155</b>	<b>1 993</b>	<b>195</b>	<b>5 597</b>	<b>295</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	6 935	–	–	–	–	–	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	851	–	67	–	15	0	4
Beiträge an eigene Institutionen	2 838	–	–	–	–	2 283	77
Beiträge an Dritte	14 317	35	88	1 993	180	3 314	214
Beiträge an Sozialversicherungen	15 083	–	–	–	–	–	–
<b>Finanzausgaben</b>	<b>3 086</b>	–	–	–	<b>0</b>	–	–
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>7 235</b>	<b>384</b>	<b>47</b>	<b>66</b>	<b>396</b>	<b>289</b>	<b>29</b>
Sachanlagen und Vorräte	2 667	370	25	0	395	173	1
Immaterielle Anlagen	55	14	4	1	1	–	–
Darlehen	446	–	–	30	–	–	–
Beteiligungen	35	–	–	35	–	–	–
Investitionsbeiträge	4 031	–	18	–	–	116	28

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Gesundheit	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Umwelt- schutz und Raum- ordnung	Land- wirtschaft und Ernährung	Wirtschaft	Finanzen und Steuern
Mio. CHF							
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>218</b>	<b>19 402</b>	<b>8 072</b>	<b>982</b>	<b>3 702</b>	<b>593</b>	<b>9 761</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>126</b>	<b>438</b>	<b>659</b>	<b>156</b>	<b>111</b>	<b>165</b>	<b>211</b>
Personalausgaben	55	290	165	92	83	113	–
Sach- und Betriebsausgaben	71	148	494	64	28	52	211
Rüstungsausgaben	–	–	–	–	–	–	–
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>89</b>	<b>18 910</b>	<b>2 130</b>	<b>495</b>	<b>3 449</b>	<b>216</b>	<b>6 464</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	–	2 643	374	357	–	–	3 561
Entschädigungen an Gemeinwesen	–	729	28	5	4	–	–
Beiträge an eigene Institutionen	16	–	462	–	–	–	–
Beiträge an Dritte	73	547	1 266	133	3 354	216	2 903
Beiträge an Sozialversicherungen	–	14 991	–	–	91	–	–
<b>Finanzausgaben</b>	–	–	–	–	–	–	<b>3 086</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>2</b>	<b>54</b>	<b>5 283</b>	<b>332</b>	<b>142</b>	<b>212</b>	–
Sachanlagen und Vorräte	1	2	1 693	2	2	3	–
Immaterielle Anlagen	–	7	27	0	1	0	–
Darlehen	–	43	316	–	54	4	–
Beteiligungen	–	–	–	–	–	–	–
Investitionsbeiträge	1	2	3 247	329	85	205	–

### B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2009

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Total Voranschlag 2009	Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	Ordnung und öffentliche Sicherheit	Beziehungen zum Ausland - Internatio- nale Zusammen- arbeit	Landes- verteidigung	Bildung und Forschung	Kultur und Freizeit
Mio. CHF							
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>59 020</b>	<b>2 492</b>	<b>950</b>	<b>2 630</b>	<b>4 612</b>	<b>5 752</b>	<b>413</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>9 670</b>	<b>2 048</b>	<b>744</b>	<b>660</b>	<b>3 986</b>	<b>250</b>	<b>142</b>
Personalausgaben	4 802	1 266	618	510	1 411	142	98
Sach- und Betriebsausgaben	3 777	783	126	150	1 483	109	44
Rüstungsausgaben	1 092	-	-	-	1 092	-	-
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>38 320</b>	<b>33</b>	<b>150</b>	<b>1 911</b>	<b>160</b>	<b>5 235</b>	<b>232</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	7 066	-	-	-	-	-	-
Entschädigungen an Gemeinwesen	676	-	65	-	16	0	4
Beiträge an eigene Institutionen	2 667	-	-	-	-	2 187	30
Beiträge an Dritte	13 387	33	85	1 911	144	3 048	198
Beiträge an Sozialversicherungen	14 525	-	-	-	-	-	-
<b>Finanzausgaben</b>	<b>3 905</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>0</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>7 125</b>	<b>410</b>	<b>56</b>	<b>58</b>	<b>467</b>	<b>266</b>	<b>40</b>
Sachanlagen und Vorräte	2 529	396	35	1	466	148	2
Immaterielle Anlagen	47	15	4	-	1	-	-
Darlehen	401	-	-	26	-	-	-
Beteiligungen	31	-	-	31	-	-	-
Investitionsbeiträge	4 117	-	17	-	-	119	38

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Gesundheit	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Umwelt- schutz und Raum- ordnung	Land- wirtschaft und Ernährung	Wirtschaft	Finanzen und Steuern
Mio. CHF							
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>214</b>	<b>18 394</b>	<b>7 888</b>	<b>738</b>	<b>3 721</b>	<b>434</b>	<b>10 781</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>120</b>	<b>407</b>	<b>637</b>	<b>153</b>	<b>111</b>	<b>159</b>	<b>253</b>
Personalausgaben	52	266	159	90	81	109	-
Sach- und Betriebsausgaben	68	140	478	63	31	50	253
Rüstungsausgaben	-	-	-	-	-	-	-
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>89</b>	<b>17 923</b>	<b>2 065</b>	<b>268</b>	<b>3 467</b>	<b>164</b>	<b>6 623</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	-	2 744	374	129	-	-	3 820
Entschädigungen an Gemeinwesen	-	557	25	5	4	-	-
Beiträge an eigene Institutionen	-	-	450	-	-	-	-
Beiträge an Dritte	89	193	1 216	134	3 368	164	2 803
Beiträge an Sozialversicherungen	-	14 429	-	-	96	-	-
<b>Finanzausgaben</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>3 905</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>5</b>	<b>64</b>	<b>5 186</b>	<b>317</b>	<b>143</b>	<b>111</b>	<b>-</b>
Sachanlagen und Vorräte	1	7	1 467	2	2	3	-
Immaterielle Anlagen	-	3	22	0	1	0	-
Darlehen	-	50	264	-	57	4	-
Beteiligungen	-	-	-	-	-	-	-
Investitionsbeiträge	4	4	3 434	315	83	104	-

## B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010	Einlage (+) / Entnahme (-)
<b>Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital, Stand</b>	<b>1 537</b>	<b>1 792</b>	<b>1 910</b>	<b>118</b>
<b>VOC / HEL-Lenkungsabgabe</b>	<b>273</b>	<b>272</b>	<b>272</b>	<b>-</b>
606 E1100.0111/ 112/113 Lenkungsabgaben auf VOC	135	125	135	
606 E1400.0101 Zinsen auf Lenkungsabgabe VOC	5	5	5	
810 A2300.0100 Rückverteilung Lenkungsabgaben VOC	-130	-131	-140	
<b>CO2-Abgabe auf Brennstoffen, Rückverteilung</b>	<b>221</b>	<b>458</b>	<b>674</b>	<b>216</b>
606 E1900.0106 CO2-Abgabe auf Brennstoffen	219	230	209	
606 E1100.0121 CO2-Abgabe auf Brennstoffen	-	-	221	
606 E1400.0114 Zinsen auf CO2-Abgabe Brennstoffe	2	7	7	
606 A2111.0259 Aufwandentschädigung CO2-Abgabe an Ausgleichskassen	-	-	-	
810 A2300.0112 Rückverteilung CO2-Abgabe auf Brennstoffen	-	-	-221	
<b>CO2-Abgabe auf Brennstoffen, Gebäudeprogramm</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
606 E1100.0121 CO2-Abgabe auf Brennstoffen	-	-	200	
810 A4300.0146 Gebäudesanierungsprogramm	-	-	-133	
805 A4300.0126 Erneuerbare Energien im Gebäudebereich	-	-	-67	
<b>Spielbankenabgabe</b>	<b>904</b>	<b>937</b>	<b>852</b>	<b>-85</b>
318 E1100.0119 Spielbankenabgabe	455	482	370	
318 A2300.0110 Spielbankenabgabe für die AHV	-407	-449	-455	
<b>Förderung lokaler und regionaler Rundfunkveranstalter</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
808 E5300.0102 Gebührenanteile lokale/regionale Rundfunkveranstalter	-	-	-	
808 A6210.0147 Gebührensplitting Radio und TV	-	-	-	
<b>Altlastenfonds</b>	<b>103</b>	<b>89</b>	<b>76</b>	<b>-13</b>
810 E1100.0100 Altlastenabgabe	28	26	27	
810 A2310.0131 Sanierung von Altlasten	-29	-40	-40	
<b>Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Bergbauern</b>	<b>32</b>	<b>32</b>	<b>32</b>	<b>-</b>
318 E1400.0102 Fonds Familienzulagen Landwirtschaft	1	1	1	
318 A2310.0332 (Teil) Familienzulagen Landwirtschaft	-1	-1	-1	
<b>Medienforschung, Rundfunktechnologie, Programmarchivierung (ab 2007)</b>	<b>4</b>	<b>4</b>	<b>4</b>	<b>0</b>
808 E5200.0100 Konzessionsabgaben Programmveranstalter	3	2	2	
808 A6210.0145 Beitrag Medienforschung	-1	-1	-1	
808 A6210.0146 Archivierung Programme	-	0	0	
808 A6210.0148 Neue Technologie Rundfunk	-	-1	-1	
<b>Krankenversicherung</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
605 E1100.0118 (Teil) Mehrwertsteuer, Krankenversicherung (5%)	867	890	851	
606 E1100.0109 (Teil) Schwerverkehrsabgabe, ungedeckte Kosten des Schwerverkehrs	-	-	-	
316 A2310.0110 (Teil) Individuelle Prämienverbilligung (IPV)	-867	-890	-851	
<b>Alters- und Hinterlassenenversicherung</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
605 E1100.0118 (Teil) Mehrwertsteuer, MWSt-Prozent für die AHV (83%)	2 213	2 295	2 188	
605 E1100.0118 (Teil) Mehrwertsteuer, Bundesanteil am MWSt-Prozent (17%)	453	465	445	
606 E1100.0102 Tabaksteuer	2 186	2 067	2 229	
601 E1200.0101 Reingewinn Alkoholverwaltung	235	223	233	
318 A2310.0327 (Teil) Leistungen des Bundes an die AHV	-2 874	-2 755	-2 907	
318 A2310.0328 (Teil) Leistungen des Bundes an die IV				
318 A2310.0329 (Teil) Ergänzungsleistungen zur AHV				
318 A2310.0384 (Teil) Ergänzungsleistungen zur IV				
605 A2300.0105 Mehrwertsteuerprozent für die AHV	-2 213	-2 295	-2 188	

### Hinweise:

- Die Tabelle zeigt nur die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben. Es können sich deshalb Abweichungen zum Voranschlag der Verwaltungseinheiten (Band 2) ergeben, sofern die Ertragsposition (E) oder der Aufwandskredit (A) auch nicht-zweckgebundene bzw. -finanzierungswirksame Anteile enthalten.
- Der Aufwand für die Einlage in den Fonds «CO2 -Abgabe auf Brennstoffen» von 209 Mio. ist als ausserordentlicher Posten budgetiert.

## B42 Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010	Einlage (+) / Entnahme (-)
<b>Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital, Stand</b>	<b>2 808</b>	<b>2 807</b>	<b>2 614</b>	<b>-193</b>
<b>Strassenverkehr</b>	<b>2 722</b>	<b>2 721</b>	<b>2 528</b>	<b>-193</b>
Einnahmen	4 242	3 806	3 812	
Ausgaben	-6 129	-3 807	-4 005	
<b>Investitionsrisikogarantie</b>	<b>32</b>	<b>32</b>	<b>32</b>	<b>0</b>
704 E1300.0001 (Teil) Gebühren	0	0	0	
704 A2310.0366 Investitionsrisikogarantie	0	0	0	
<b>Bundeskriegstransportversicherung</b>	<b>54</b>	<b>54</b>	<b>54</b>	<b>-</b>
724 E1300.0010 (Teil) Entgelte	0	0	0	
724 A2119.0001 (Teil) Übriger Betriebsaufwand	-	0	0	

Hinweis: Die Tabelle zeigt nur die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben. Es können sich deshalb Abweichungen zum Voranschlag der Verwaltungseinheiten (Band 2) ergeben, sofern die Ertragsposition (E) oder der Aufwandkredit (A) auch nicht-zweckgebundene bzw. -finanzierungswirksame Anteile enthalten.

### B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010	Differenz zu VA 2009 absolut	%
<b>Einnahmen</b>	<b>3 947</b>	<b>3 806</b>	<b>3 813</b>	<b>6</b>	<b>0,2</b>
606 A2111.0141 Aufwandentschädigungen Bezug der Nationalstrassenabgabe	-31	-32	-33	-1	1,6
606 E1100.0104 Mineralölsteuer auf Treibstoffen	1 555	1 505	1 505	0	0,0
606 E1100.0105 Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	2 089	2 020	2 020	0	0,0
606 E1100.0108 Nationalstrassenabgabe	333	313	320	7	2,2
806 E7100.0001 Veräusserung Sach- und immaterielle Anlagen (Globalbudget); Erlös Restparzellen Nationalstrasse	1	-	-	-	-
806 E7200.0001 Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen	0	0	0	0	0,0
<b>Ausgaben</b>	<b>6 129</b>	<b>3 807</b>	<b>4 005</b>	<b>198</b>	<b>5,2</b>
<b>Nationalstrassen (ohne Infrastrukturfonds)</b>	<b>1 299</b>	<b>1 531</b>	<b>1 488</b>	<b>-42</b>	<b>-2,8</b>
806 A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget); Betrieb	301	307	326	19	6,1
806 A8100.0001 Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget); Unterhalt/Ausbau	998	1 223	1 162	-61	-5,0
<b>Infrastrukturfonds</b>	<b>3 437</b>	<b>850</b>	<b>1 029</b>	<b>179</b>	<b>21,1</b>
806 A8400.0100 Jährliche Einlage Infrastrukturfonds	837	850	1 029	179	21,1
806 A8900.0100 a.o. Ersteinlage Infrastrukturfonds	2 600	-	-	-	-
<b>Hauptstrassen</b>	<b>163</b>	<b>165</b>	<b>168</b>	<b>2</b>	<b>1,5</b>
806 A8300.0107 Hauptstrassen	163	165	168	2	1,5
<b>Übrige werkgebundene Beiträge</b>	<b>597</b>	<b>605</b>	<b>628</b>	<b>23</b>	<b>3,8</b>
802 A2310.0214 Abgeltung kombinierter Verkehr	215	227	230	3	1,5
802 A2310.0215 Autoverlad	3	4	2	-1	-31,4
802 A4200.0115 Darlehen kombinierter Verkehr	8	-	-	-	-
802 A4300.0119 Verkehrstrennung	7	7	7	0	0,0
802 A4300.0121 Anschlussgleise	21	22	22	0	1,5
802 A4300.0122 Investitionsbeiträge kombinierter Verkehr	4	-	-	-	-
802 A4300.0129 Fonds für Eisenbahngrossprojekte	339	312	325	13	4,1
802 A4300.0141 Terminalanlagen	-	34	42	8	22,3
806 A8300.0108 Niveauübergänge	0	-	-	-	-
<b>Nicht werkgebundene Beiträge</b>	<b>388</b>	<b>374</b>	<b>374</b>	<b>1</b>	<b>0,2</b>
806 A6210.0137 Allgemeine Strassenbeiträge	380	366	367	1	0,2
806 A6210.0139 Kantone ohne Nationalstrassen	8	7	7	0	0,2
<b>Forschung und Verwaltung</b>	<b>126</b>	<b>134</b>	<b>156</b>	<b>22</b>	<b>16,6</b>
806 A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	124	130	155	25	19,3
806 A8100.0001 Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)	2	4	1	-3	-72,6
<b>Umweltschutz</b>	<b>72</b>	<b>77</b>	<b>98</b>	<b>21</b>	<b>27,9</b>
806 A6210.0142 Langsamverkehr, Fuss- und Wanderwege	1	1	1	0	1,5
810 A2310.0134 Wald	44	46	46	0	0,0
810 A4300.0103 Schutz Naturgefahren	20	23	23	0	0,0
810 A4300.0139 Lärmschutz	7	7	28	21	318,5
<b>Heimat- und Landschaftsschutz</b>	<b>14</b>	<b>14</b>	<b>14</b>	<b>0</b>	<b>0,2</b>
306 A4300.0138 Heimatschutz und Denkmalpflege	10	11	11	0	0,0
806 A8300.0110 Historische Verkehrswege	2	2	2	0	1,5
810 A4300.0105 Natur und Landschaft	2	2	2	0	0,0

Hinweis: Die Tabelle zeigt nur die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben. Es können sich deshalb Abweichungen zum Voranschlag der Verwaltungseinheiten (Band 2) ergeben, sofern die Ertragspositionen (E) oder der Aufwandkredit (A) auch nicht-zweckgebundene bzw. -finanzierungswirksame Anteile enthalten.

### B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010	Differenz zu VA2009 absolut	%
<b>Schutz übriger Strassen vor Naturgewalten</b>	<b>34</b>	<b>58</b>	<b>50</b>	<b>-8</b>	<b>-14,3</b>
810 A4300.0135 Hochwasserschutz	34	43	50	6	14,1
810 A4300.0142 Unwetter 2005 Kanton Obwalden	-	14	-	-14	-100,0
<b>Saldo</b>	<b>-2 182</b>	<b>-1</b>	<b>-193</b>	<b>-191</b>	<b>n.a.</b>
<b>Abgrenzung aus NRM Eröffnungsbilanz 1.1.2007 *</b>	<b>295</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Stand der Spezialfinanzierung Ende Jahr</b>	<b>2 722</b>	<b>2 720</b>	<b>2 528</b>	<b>-193</b>	<b>-7,1</b>

n.a.: nicht ausgewiesen

\* Bei der Einführung von NRM per 1.1.2007 wurde bei der Eidgenössischen Zollverwaltung auf die periodengerechte Verbuchung der Einnahmen umgestellt. Bei den Mineralölsteuern (inkl. Zuschlag) führte dies zu einer einmaligen Zunahme des Forderungsbestandes für die Einnahmen des Dezembers 2006 in der Höhe von rund 420 Millionen. Für den zweckgebundenen Anteil im Betrag von 294,5 Millionen wurde ebenfalls in der Eröffnungsbilanz per 1.1.2007 eine Abgrenzung gebildet, welche im 2008 - nach Genehmigung der Eröffnungsbilanz - der Spezialfinanzierung gutgeschrieben wird.

Hinweis: Die Tabelle zeigt nur die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben. Es können sich deshalb Abweichungen zum Voranschlag der Verwaltungseinheiten (Band 2) ergeben, sofern die Ertragspositionen (E) oder der Aufwandkredit (A) auch nicht-zweckgebundene bzw. -finanzierungswirksame Anteile enthalten.



## C01 Ertrag nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010	Differenz zu VA 2009 absolut	%
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>50 962</b>	<b>54 617</b>	<b>58 000</b>	<b>64 047</b>	<b>60 525</b>	<b>58 128</b>	<b>-2 397</b>	<b>-4,0</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>47 520</b>	<b>50 873</b>	<b>51 836</b>	<b>58 052</b>	<b>55 514</b>	<b>53 613</b>	<b>-1 901</b>	<b>-3,4</b>
Direkte Bundessteuer	12 213	14 230	15 389	17 513	17 670	16 485	-1 185	-6,7
Verrechnungssteuer	4 000	3 947	2 730	5 760	3 019	3 010	-9	-0,3
Stempelabgaben	2 703	2 889	2 990	2 975	2 600	2 650	50	1,9
Mehrwertsteuer	18 119	19 018	19 684	20 512	21 240	20 260	-980	-4,6
Übrige Verbrauchssteuern	7 132	7 259	7 380	7 517	7 229	7 390	161	2,2
Mineralölsteuer	4 979	4 994	5 086	5 222	5 055	5 055	0	0,0
Tabaksteuer	2 051	2 161	2 186	2 186	2 067	2 229	162	7,8
Biersteuer	102	104	107	110	107	106	-1	-0,9
Verkehrsabgaben	1 848	1 938	2 016	2 137	2 123	1 945	-178	-8,4
Automobilsteuer	310	320	358	363	350	325	-25	-7,1
Nationalstrassenabgabe	306	313	322	333	313	320	7	2,2
Schwerverkehrsabgabe	1 231	1 306	1 336	1 441	1 460	1 300	-160	-11,0
Kombinierter Verkehr	1	-	-	-	-	-	-	-
Zölle	974	1 027	1 040	1 017	1 000	920	-80	-8,0
Spielbankenabgabe	357	406	449	455	482	370	-112	-23,2
Lenkungsabgaben	170	148	156	163	151	583	432	286,0
Lenkungsabgabe VOC	143	127	127	135	125	135	10	8,0
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	1	1	0	0	-	-	-	-
Altlastenabgabe	26	21	28	28	26	27	1	3,8
CO2-Abgabe auf Brennstoffen	-	-	-	-	-	421	421	-
Übriger Fiskalertrag	4	9	3	3	0	-	0	-100,0
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1 307</b>	<b>1 265</b>	<b>1 331</b>	<b>1 284</b>	<b>1 303</b>	<b>1 325</b>	<b>21</b>	<b>1,6</b>
Anteil Reingewinn	223	221	223	235	223	233	10	4,6
Alkoholverwaltung								
Gewinnablieferung SNB	967	833	833	833	833	833	0	0,0
Zunahme des Münzumlaufs	-	-	45	42	43	62	19	44,2
Ertrag aus Kontingentsversteigerungen	82	158	193	148	178	168	-10	-5,6
Übrige Regalien und Konzessionen	35	53	36	26	26	28	2	8,4
<b>Finanzertrag</b>	<b>911</b>	<b>1 089</b>	<b>2 969</b>	<b>2 740</b>	<b>1 367</b>	<b>1 409</b>	<b>42</b>	<b>3,1</b>
Zinsertrag	335	478	690	659	514	626	112	21,7
Finanzanlagen	119	222	334	248	92	191	99	107,5
Darlehen	200	88	166	175	170	229	59	34,5
Vorschuss FEG	-	147	181	226	238	191	-47	-19,7
Übriger Zinsertrag	16	21	9	11	13	14	1	7,0
Kursgewinne	-	-	96	86	-	-	-	-
Beteiligungsertrag	576	611	1	1	0	0	0	1,5
Zunahme von Equitywerten	-	-	1 860	1 807	845	775	-70	-8,3
Übriger Finanzertrag	0	0	322	187	8	8	0	6,2
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>1 224</b>	<b>1 390</b>	<b>1 844</b>	<b>1 970</b>	<b>2 326</b>	<b>1 683</b>	<b>-643</b>	<b>-27,6</b>
Entgelte	1 162	1 323	1 387	1 508	1 222	1 223	0	0,0
Wehrpflichtersatzabgabe	129	142	138	140	135	140	5	3,7
Gebühren für Amtshandlungen	263	280	291	305	199	206	6	3,2
Benützungsgebühren, Dienstleistungen	44	48	73	79	68	71	3	3,8
Verkäufe	159	173	196	183	162	133	-30	-18,2
Rückerstattungen	191	256	113	231	61	65	5	7,6
EU Zinsbesteuerung	-	36	121	147	169	186	17	10,0
Übrige Entgelte	377	388	455	423	428	422	-6	-1,3
Verschiedener Ertrag	62	67	457	462	1 103	460	-643	-58,3
Liegenschaftenertrag	50	53	315	354	337	366	29	8,5
Übriger Ertrag	12	14	141	108	767	95	-672	-87,6
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>21</b>	<b>2</b>	<b>15</b>	<b>99</b>	<b>83</b>	<b>546,1</b>

## C02 Aufwand nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010	Differenz zu VA 2009 absolut	%
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>44 814</b>	<b>45 953</b>	<b>54 289</b>	<b>56 587</b>	<b>58 530</b>	<b>60 156</b>	<b>1 626</b>	<b>2,8</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>8 282</b>	<b>8 187</b>	<b>9 573</b>	<b>11 406</b>	<b>12 168</b>	<b>12 546</b>	<b>378</b>	<b>3,1</b>
<b>Personalaufwand</b>	<b>4 375</b>	<b>4 325</b>	<b>4 492</b>	<b>4 501</b>	<b>4 802</b>	<b>4 969</b>	<b>167</b>	<b>3,5</b>
Personalbezüge	3 657	3 629	3 665	3 767	3 962	4 086	123	3,1
Arbeitgeberbeiträge	497	492	590	611	677	727	50	7,4
Arbeitgeberleistungen	163	160	189	65	73	72	-1	-1,3
Übriger Personalaufwand	59	44	48	58	90	84	-5	-5,9
<b>Sach- und Betriebsaufwand</b>	<b>2 638</b>	<b>2 683</b>	<b>3 238</b>	<b>3 762</b>	<b>4 101</b>	<b>4 189</b>	<b>88</b>	<b>2,1</b>
Material- und Warenaufwand	10	11	225	269	317	335	18	5,6
Betriebsaufwand	2 628	2 672	3 013	3 139	3 382	3 460	78	2,3
Liegenschaften	441	423	439	445	305	317	11	3,8
Mieten und Pachten	144	142	152	153	162	167	4	2,6
Informatik	133	151	295	434	547	555	8	1,4
Beratungsaufwand	327	340	468	263	272	270	-2	-0,8
Betriebsaufwand der Armee	784	784	718	794	837	888	51	6,1
Abschreibungen auf Forderungen	-	-	192	170	256	215	-41	-16,1
Übriger Betriebsaufwand	799	833	749	880	1 002	1 049	47	4,7
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	-	-	-	354	402	394	-8	-2,0
<b>Rüstungsaufwand</b>	<b>1 269</b>	<b>1 178</b>	<b>1 168</b>	<b>1 228</b>	<b>1 092</b>	<b>1 355</b>	<b>263</b>	<b>24,1</b>
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	131	143	145	147	120	122	2	1,7
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	285	295	289	290	289	313	24	8,3
Rüstungsmaterial	853	740	734	792	683	920	237	34,7
<b>Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>675</b>	<b>1 914</b>	<b>2 173</b>	<b>2 034</b>	<b>-139</b>	<b>-6,4</b>
Gebäude	-	-	553	611	560	572	12	2,2
Nationalstrassen	-	-	-	1 176	1 421	1 256	-165	-11,6
Übrige Abschreibungen	-	-	122	127	192	206	13	7,0
<b>Transferaufwand</b>	<b>32 822</b>	<b>33 661</b>	<b>40 604</b>	<b>41 254</b>	<b>42 699</b>	<b>44 371</b>	<b>1 672</b>	<b>3,9</b>
<b>Anteile Dritter an Bundeserträgen</b>	<b>7 226</b>	<b>8 098</b>	<b>8 624</b>	<b>7 414</b>	<b>7 066</b>	<b>6 935</b>	<b>-131</b>	<b>-1,9</b>
Kantonsanteile	4 954	5 607	5 999	4 665	4 194	3 935	-258	-6,2
Anteile der Sozialversicherungen	2 163	2 363	2 478	2 619	2 744	2 643	-101	-3,7
Rückverteilung Lenkungsabgaben	109	127	147	130	129	357	228	177,2
<b>Entschädigungen an Gemeinwesen</b>	<b>1 084</b>	<b>986</b>	<b>955</b>	<b>785</b>	<b>676</b>	<b>843</b>	<b>167</b>	<b>24,7</b>
<b>Beiträge an eigene Institutionen</b>	<b>2 072</b>	<b>2 075</b>	<b>2 527</b>	<b>2 573</b>	<b>2 667</b>	<b>2 838</b>	<b>172</b>	<b>6,4</b>

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung des NRM im Jahr 2007. Die Aufwände 2005-2006 sind nicht vergleichbar. Die Umschlüsselung in die neue Struktur wurde nur für die finanzierungswirksamen Aufwände vorgenommen.

## C02 Aufwand nach Kontengruppen

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010	Differenz zu VA 2009 absolut	%
<b>Beiträge an Dritte</b>	<b>9 662</b>	<b>9 719</b>	<b>9 744</b>	<b>12 668</b>	<b>13 380</b>	<b>14 316</b>	<b>935</b>	<b>7,0</b>
Finanzausgleich	–	–	–	2 725	2 803	2 903	99	3,5
Internationale Organisationen	1 200	1 178	1 297	1 482	1 540	1 627	87	5,6
Übrige Beiträge an Dritte	8 462	8 541	8 447	8 461	9 037	9 787	749	8,3
<b>Beiträge an Sozialversicherungen</b>	<b>12 778</b>	<b>12 783</b>	<b>13 417</b>	<b>13 582</b>	<b>14 450</b>	<b>15 020</b>	<b>570</b>	<b>3,9</b>
AHV / IV / ALV	9 712	9 703	10 187	10 524	11 185	11 301	116	1,0
Übrige Sozialversicherungen	3 065	3 080	3 230	3 058	3 265	3 719	454	13,9
<b>Wertberichtigung Investitionsbeiträge</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>4 966</b>	<b>3 861</b>	<b>4 120</b>	<b>4 034</b>	<b>-85</b>	<b>-2,1</b>
<b>Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>372</b>	<b>372</b>	<b>342</b>	<b>385</b>	<b>44</b>	<b>12,8</b>
<b>Finanzaufwand</b>	<b>3 711</b>	<b>4 105</b>	<b>4 013</b>	<b>3 864</b>	<b>3 622</b>	<b>3 231</b>	<b>-391</b>	<b>-10,8</b>
<b>Zinsaufwand</b>	<b>3 577</b>	<b>3 993</b>	<b>3 635</b>	<b>3 334</b>	<b>3 468</b>	<b>3 093</b>	<b>-375</b>	<b>-10,8</b>
Anleihen	2 945	3 339	3 096	2 939	2 893	2 746	-147	-5,1
Geldmarktbuchforderungen	110	196	228	165	321	76	-245	-76,4
Übriger Zinsaufwand	522	458	312	230	254	271	17	6,7
<b>Kursverluste</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>54</b>	<b>77</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
<b>Kapitalbeschaffungsaufwand</b>	<b>134</b>	<b>112</b>	<b>143</b>	<b>134</b>	<b>138</b>	<b>139</b>	<b>1</b>	<b>0,5</b>
<b>Abnahme von Equitywerten</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>7</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
<b>Übriger Finanzaufwand</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>181</b>	<b>312</b>	<b>16</b>	<b>–</b>	<b>-16</b>	<b>-100,0</b>
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>98</b>	<b>63</b>	<b>40</b>	<b>7</b>	<b>-33</b>	<b>-82,4</b>

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung des NRM im Jahr 2007. Die Aufwände 2005-2006 sind nicht vergleichbar. Die Umschlüsselung in die neue Struktur wurde nur für die finanzierungswirksamen Aufwände vorgenommen.

### C03 Entwicklung von Ertrag und Aufwand

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010	2005-2010
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>5,7</b>	<b>7,2</b>	<b>6,2</b>	<b>10,4</b>	<b>-5,5</b>	<b>-4,0</b>	<b>2,7</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>5,9</b>	<b>7,1</b>	<b>1,9</b>	<b>12,0</b>	<b>-4,4</b>	<b>-3,4</b>	<b>2,4</b>
Direkte Bundessteuer	3,3	16,5	8,1	13,8	0,9	-6,7	6,2
Verrechnungssteuer	52,2	-1,3	-30,8	111,0	-47,6	-0,3	-5,5
Stempelabgaben	-1,9	6,9	3,5	-0,5	-12,6	1,9	-0,4
Mehrwertsteuer	2,6	5,0	3,5	4,2	3,5	-4,6	2,3
Übrige Verbrauchssteuern	0,8	1,8	1,7	1,9	-3,8	2,2	0,7
Verkehrsabgaben	31,0	4,9	4,0	6,0	-0,7	-8,4	1,0
Zölle	-7,6	5,5	1,3	-2,2	-1,7	-8,0	-1,1
Verschiedener Fiskalertrag	17,8	6,3	7,6	2,2	1,9	50,5	12,4
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>5,6</b>	<b>-3,2</b>	<b>5,2</b>	<b>-3,5</b>	<b>1,5</b>	<b>1,6</b>	<b>0,3</b>
<b>Finanzertrag</b>	<b>8,6</b>	<b>19,5</b>	<b>172,7</b>	<b>-7,7</b>	<b>-50,1</b>	<b>3,1</b>	<b>9,1</b>
Beteiligungsertrag	5,2	6,1	-99,9	-31,9	-62,4	1,5	-79,1
Zunahme von Equitywerten	-	-	-	-2,9	-53,2	-8,3	-
Übriger Finanzertrag	14,9	42,6	131,7	-15,9	-44,1	21,5	13,6
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>-3,6</b>	<b>13,6</b>	<b>32,7</b>	<b>6,8</b>	<b>18,1</b>	<b>-27,6</b>	<b>6,6</b>
Entgelte	-3,5	13,8	4,8	8,7	-18,9	0,0	1,0
Verschiedener Ertrag	-4,4	8,1	585,8	1,1	139,0	-58,3	49,5
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-91,3</b>	<b>751,6</b>	<b>546,1</b>	<b>-</b>
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>1,7</b>	<b>2,5</b>	<b>18,1</b>	<b>4,2</b>	<b>3,4</b>	<b>2,8</b>	<b>6,1</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>-2,3</b>	<b>-1,1</b>	<b>16,9</b>	<b>19,1</b>	<b>6,7</b>	<b>3,1</b>	<b>8,7</b>
Personalaufwand	-2,1	-1,1	3,9	0,2	6,7	3,5	2,6
Sach- und Betriebsaufwand	-1,0	1,7	20,7	16,2	9,0	2,1	9,7
Rüstungsaufwand	-5,8	-7,1	-0,9	5,2	-11,1	24,1	1,3
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	-	-	-	183,4	13,5	-6,4	-
<b>Transferaufwand</b>	<b>1,9</b>	<b>2,6</b>	<b>20,6</b>	<b>1,6</b>	<b>3,5</b>	<b>3,9</b>	<b>6,2</b>
Anteile Dritter an Bundeserträgen	10,5	12,1	6,5	-14,0	-4,7	-1,9	-0,8
Entschädigungen an Gemeinwesen	184,9	-9,1	-3,1	-17,8	-13,9	24,7	-4,9
Beiträge an eigene Institutionen	-5,8	0,2	21,8	1,8	3,6	6,4	6,5
Beiträge an Dritte	-8,6	0,6	0,3	30,0	5,6	7,0	8,2
Beiträge an Sozialversicherungen	2,2	0,0	5,0	1,2	6,4	3,9	3,3
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	-	-	-	-22,3	6,7	-2,1	-
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	-	-	-	0,0	-8,0	12,8	-
<b>Finanzaufwand</b>	<b>9,5</b>	<b>10,6</b>	<b>-2,2</b>	<b>-3,7</b>	<b>-6,3</b>	<b>-10,8</b>	<b>-2,7</b>
Zinsaufwand	12,9	11,6	-9,0	-8,3	4,0	-10,8	-2,9
Abnahme von Equitywerten	-	-	-	-	-100,0	-	-
Übriger Finanzaufwand	-39,4	-16,5	238,5	38,3	-70,6	-10,0	0,7
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-36,2</b>	<b>-35,7</b>	<b>-82,4</b>	<b>-</b>

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. So enthält die Legislaturperiode 2003-2007 die Zahlen 2004-2007 und die laufende Legislaturperiode 2007-2011 die Rechnung 2008, die Voranschläge 2009 und 2010 sowie das Planjahr 2011 (siehe auch Fussnote zu C02).

## C04 Struktur von Ertrag und Aufwand

% Anteil am ordentlichen Ertrag / Aufwand	Rechnung 2005	Rechnung 2006	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>93,2</b>	<b>93,1</b>	<b>89,4</b>	<b>90,6</b>	<b>91,7</b>	<b>92,2</b>
Direkte Bundessteuer	24,0	26,1	26,5	27,3	29,2	28,4
Verrechnungssteuer	7,8	7,2	4,7	9,0	5,0	5,2
Stempelabgaben	5,3	5,3	5,2	4,6	4,3	4,6
Mehrwertsteuer	35,6	34,8	33,9	32,0	35,1	34,9
Übrige Verbrauchssteuern	14,0	13,3	12,7	11,7	11,9	12,7
Verkehrsabgaben	3,6	3,5	3,5	3,3	3,5	3,3
Zölle	1,9	1,9	1,8	1,6	1,7	1,6
Verschiedener Fiskalertrag	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,6
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>2,6</b>	<b>2,3</b>	<b>2,3</b>	<b>2,0</b>	<b>2,2</b>	<b>2,3</b>
<b>Finanzertrag</b>	<b>1,8</b>	<b>2,0</b>	<b>5,1</b>	<b>4,3</b>	<b>2,3</b>	<b>2,4</b>
Beteiligungsertrag	1,1	1,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Zunahme von Equitywerten	–	–	3,2	2,8	1,4	1,3
Übriger Finanzertrag	0,7	0,9	1,9	1,5	0,9	1,1
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>2,4</b>	<b>2,5</b>	<b>3,2</b>	<b>3,1</b>	<b>3,8</b>	<b>2,9</b>
Entgelte	2,3	2,4	2,4	2,4	2,0	2,1
Verschiedener Ertrag	0,1	0,1	0,8	0,7	1,8	0,8
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,2</b>
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>18,5</b>	<b>17,8</b>	<b>17,6</b>	<b>20,2</b>	<b>20,8</b>	<b>20,9</b>
Personalaufwand	9,8	9,4	8,3	8,0	8,2	8,3
Sach- und Betriebsaufwand	5,9	5,8	6,0	6,6	7,0	7,0
Rüstungsaufwand	2,8	2,6	2,2	2,2	1,9	2,3
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	–	–	1,2	3,4	3,7	3,4
<b>Transferaufwand</b>	<b>73,2</b>	<b>73,3</b>	<b>74,8</b>	<b>72,9</b>	<b>73,0</b>	<b>73,8</b>
Anteile Dritter an Bundeserträgen	16,1	17,6	15,9	13,1	12,1	11,5
Entschädigungen an Gemeinwesen	2,4	2,1	1,8	1,4	1,2	1,4
Beiträge an eigene Institutionen	4,6	4,5	4,7	4,5	4,6	4,7
Beiträge an Dritte	21,6	21,2	17,9	22,4	22,9	23,8
Beiträge an Sozialversicherungen	28,5	27,8	24,7	24,0	24,7	25,0
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	–	–	9,1	6,8	7,0	6,7
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	–	–	0,7	0,7	0,6	0,6
<b>Finanzaufwand</b>	<b>8,3</b>	<b>8,9</b>	<b>7,4</b>	<b>6,8</b>	<b>6,2</b>	<b>5,4</b>
Zinsaufwand	8,0	8,7	6,7	5,9	5,9	5,1
Abnahme von Equitywerten	–	–	–	0,0	–	–
Übriger Finanzaufwand	0,3	0,2	0,7	0,9	0,3	0,2
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0,2</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>0,0</b>

Hinweis: Die Legislaturperioden überschneiden sich. So enthält die Legislaturperiode 2003-2007 die Zahlen 2004-2007 und die laufende Legislaturperiode 2007-2011 die Rechnung 2008, die Voranschläge 2009 und 2010 sowie das Planjahr 2011 (siehe auch Fussnote zu C02).

## C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2010

Mio. CHF	Total Voranschlag 2010	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	EFD	EVD	UVEK
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>58 128</b>	<b>17</b>	<b>42</b>	<b>451</b>	<b>96</b>	<b>150</b>	<b>56 993</b>	<b>248</b>	<b>130</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>53 613</b>	–	–	<b>370</b>	–	–	<b>53 216</b>	–	<b>27</b>
Direkte Bundessteuer	16 485	–	–	–	–	–	16 485	–	–
Verrechnungssteuer	3 010	–	–	–	–	–	3 010	–	–
Stempelabgaben	2 650	–	–	–	–	–	2 650	–	–
Mehrwertsteuer	20 260	–	–	–	–	–	20 260	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	7 390	–	–	–	–	–	7 390	–	–
Verkehrsabgaben	1 945	–	–	–	–	–	1 945	–	–
Zölle	920	–	–	–	–	–	920	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	953	–	–	370	–	–	556	–	27
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1 325</b>	–	–	–	–	–	<b>1 128</b>	<b>168</b>	<b>28</b>
<b>Finanzertrag</b>	<b>1 409</b>	–	–	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1 388</b>	<b>19</b>	<b>1</b>
Beteiligungsertrag	0	–	–	–	–	–	0	0	–
Zunahme von Equitywerten	775	–	–	–	–	–	775	–	–
Übriger Finanzertrag	634	–	–	1	0	0	613	18	1
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>1 683</b>	<b>17</b>	<b>42</b>	<b>80</b>	<b>96</b>	<b>150</b>	<b>1 163</b>	<b>62</b>	<b>74</b>
Entgelte	1 223	17	42	79	80	107	783	48	67
Verschiedener Ertrag	460	0	0	1	16	43	380	14	7
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>99</b>	–	–	–	–	–	<b>99</b>	–	–
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>60 156</b>	<b>322</b>	<b>2 402</b>	<b>20 377</b>	<b>1 449</b>	<b>5 312</b>	<b>14 661</b>	<b>6 543</b>	<b>9 091</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>12 546</b>	<b>322</b>	<b>663</b>	<b>511</b>	<b>588</b>	<b>5 087</b>	<b>2 698</b>	<b>455</b>	<b>2 222</b>
Personalaufwand	4 969	260	501	305	368	1 583	1 320	312	320
Sach- und Betriebsaufwand	4 189	61	157	200	174	1 821	1 004	137	634
Rüstungsaufwand	1 355	–	–	–	–	1 355	–	–	–
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	2 034	0	5	6	45	328	374	6	1 268
<b>Transferaufwand</b>	<b>44 371</b>	–	<b>1 739</b>	<b>19 866</b>	<b>862</b>	<b>224</b>	<b>8 724</b>	<b>6 088</b>	<b>6 869</b>
Anteile Dritter an Bundeserträgen	6 935	–	–	455	–	–	5 749	–	731
Entschädigungen an Gemeinwesen	843	–	–	32	702	72	–	4	33
Beiträge an eigene Institutionen	2 838	–	–	2 314	–	–	–	32	492
Beiträge an Dritte	14 316	–	1 726	2 334	141	148	2 975	5 453	1 537
Beiträge an Sozialversicherungen	15 020	–	–	14 643	–	–	–	377	–
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 034	–	–	87	18	5	–	141	3 784
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	385	–	12	–	–	–	–	81	293
<b>Finanzaufwand</b>	<b>3 231</b>	–	–	–	–	<b>0</b>	<b>3 231</b>	–	–
Zinsaufwand	3 093	–	–	–	–	0	3 093	–	–
Übriger Finanzaufwand	139	–	–	–	–	–	139	–	–
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>7</b>	–	–	–	–	–	<b>7</b>	–	–

## C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2009

Mio. CHF	Total Voranschlag 2009	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	EFD	EVD	UVEK
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>60 525</b>	<b>18</b>	<b>42</b>	<b>566</b>	<b>81</b>	<b>182</b>	<b>58 572</b>	<b>249</b>	<b>815</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>55 514</b>	–	–	<b>482</b>	–	–	<b>55 006</b>	<b>0</b>	<b>26</b>
Direkte Bundessteuer	17 670	–	–	–	–	–	17 670	–	–
Verrechnungssteuer	3 019	–	–	–	–	–	3 019	–	–
Stempelabgaben	2 600	–	–	–	–	–	2 600	–	–
Mehrwertsteuer	21 240	–	–	–	–	–	21 240	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	7 229	–	–	–	–	–	7 229	–	–
Verkehrsabgaben	2 123	–	–	–	–	–	2 123	–	–
Zölle	1 000	–	–	–	–	–	1 000	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	633	–	–	482	–	–	125	0	26
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1 303</b>	–	–	–	–	–	<b>1 099</b>	<b>178</b>	<b>26</b>
<b>Finanzertrag</b>	<b>1 367</b>	–	–	<b>1</b>	<b>0</b>	–	<b>1 346</b>	<b>20</b>	–
Beteiligungsertrag	0	–	–	–	–	–	0	0	–
Zunahme von Equitywerten	845	–	–	–	–	–	845	–	–
Übriger Finanzertrag	522	–	–	1	0	–	501	19	–
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>2 326</b>	<b>18</b>	<b>42</b>	<b>82</b>	<b>81</b>	<b>182</b>	<b>1 106</b>	<b>51</b>	<b>763</b>
Entgelte	1 222	18	42	82	72	134	758	50	67
Verschiedener Ertrag	1 103	0	0	1	9	48	349	1	696
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>15</b>	–	–	–	–	–	<b>15</b>	–	–
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>58 530</b>	<b>312</b>	<b>2 255</b>	<b>19 531</b>	<b>1 268</b>	<b>4 924</b>	<b>15 256</b>	<b>6 031</b>	<b>8 954</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>12 168</b>	<b>312</b>	<b>631</b>	<b>526</b>	<b>574</b>	<b>4 718</b>	<b>2 590</b>	<b>450</b>	<b>2 368</b>
Personalaufwand	4 802	255	480	318	370	1 564	1 187	310	317
Sach- und Betriebsaufwand	4 101	56	147	201	165	1 760	1 018	134	620
Rüstungsaufwand	1 092	–	–	–	–	1 092	–	–	–
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	2 173	0	4	6	38	302	385	7	1 431
<b>Transferaufwand</b>	<b>42 699</b>	–	<b>1 624</b>	<b>19 006</b>	<b>694</b>	<b>206</b>	<b>9 003</b>	<b>5 581</b>	<b>6 587</b>
Anteile Dritter an Bundeserträgen	7 066	–	–	449	–	–	6 115	–	502
Entschädigungen an Gemeinwesen	676	–	–	32	548	63	–	4	30
Beiträge an eigene Institutionen	2 667	–	–	2 155	–	–	–	32	480
Beiträge an Dritte	13 380	–	1 618	2 193	129	138	2 888	4 943	1 471
Beiträge an Sozialversicherungen	14 450	–	–	14 075	–	–	–	375	–
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 120	–	–	103	17	5	–	139	3 855
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	342	–	6	–	–	–	–	88	248
<b>Finanzaufwand</b>	<b>3 622</b>	–	–	–	–	<b>0</b>	<b>3 622</b>	–	–
Zinsaufwand	3 468	–	–	–	–	0	3 468	–	–
Übriger Finanzaufwand	154	–	–	–	–	–	154	–	–
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>40</b>	–	–	–	–	–	<b>40</b>	–	–